

12. Mai

3/2022

[www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)



+++ 100-Tage-Bilanz +++ Streitpunkt Universitätskliniken - Einsetzung eines Untersuchungsausschusses +++ Die Ökologisierung der Landwirtschaft +++ Jugend debattiert 2022 +++ New-York-Reise der Landtagspräsidentin +++



Titelfoto: Uwe Sinnecker

|         |                                    |  |
|---------|------------------------------------|--|
| 3       | Gastkommentar                      | Michael Seidel „Krieg verändert alles“   |
| 4 - 12  | AUS DEM PLENUM<br>Aktuelle Stunde  | „Ukraine-Konflikt: Auswirkungen auf unser Mecklenburg Vorpommern“<br>(auf Antrag der Fraktion der AfD)   |
| 6 - 12  | Auszüge<br>aus der Originaldebatte | Jan-Philip Tadsen (AfD), Innenminister Christian Pegel, Franz-Robert Liskow (CDU), Torsten Koplín (DIE LINKE), Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), René Domke (FDP), Dagmar Kaselitz (SPD)   |
| 13 - 16 | 100-Tage-Bilanz<br>Auszüge         |  |
| 17 - 35 | aus der Originaldebatte            | Franz-Robert Liskow (CDU), stellvertretende Ministerpräsidentin Simone Oldenburg, Innenminister Christian Pegel, Justizministerin Jacqueline Bernhardt, Finanzminister Dr. Heiko Geue, Wirtschaftsminister Reinhard Meyer, Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus, Wissenschaftsministerin Bettina Martin, Sozialministerin Stefanie Drese, Nikolaus Kramer (AfD), Jeannine Rösler (DIE LINKE), Anne Shepley (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), René Domke (FDP), Julian Barlen (SPD) |
| 36 - 45 | Berichte                           | Sonntags einkaufen<br>Streitpunkt Universitätskliniken<br>Die Ökologisierung der Landwirtschaft<br>„Kernenergie als Ausweg“<br>Die Schule im Dorf lassen<br>Neue Nutzung des Stiftungskapitals   |
| 46 - 47 | Meldungen                          | Dringlichkeitssitzung<br>Mehr Sonnenenergie für MV<br>Neuer Vorsitzender der Enquete-Kommission „Jung sein in MV“<br>Keine Entlastung beim Spritpreis<br>Ein zusätzlicher Feiertag in MV<br>Schnellere Eilverkündung von Rechtsverordnungen  |
| 48      | Gesetzgebung                       |  |
| 49      | Aus den Ausschüssen                | 42. Plenartagung des KGRE  |
| 50 - 51 | Panorama                           | Jugend debattiert 2022<br>New-York-Reise der Landtagspräsidentin   |
| 52      | Chronik                            |  |

**IMPRESSUM**

Herausgeber:  
**Landtag Mecklenburg-Vorpommern**  
 - Öffentlichkeitsarbeit -  
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin  
 Fon: 0385 / 525-2113, Fax 525-2151  
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de  
 Internet: www.landtag-mv.de

**Redaktion:** Referat Öffentlichkeitsarbeit,  
 Anna-Maria Leistner  
 Referatsleiter: Julien Radloff

**Layout:** Uwe Sinnecker

**Druck:** produktionsbüro TINUS  
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen ist stellenweise nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.  
 Redaktionsschluss: 25.03.2022

# Krieg verändert alles

■ Der skrupellose Überfall Russlands auf die Ukraine ist eine Zäsur der Welt- und vor allem der europäischen Geschichte. Die Fassungslosigkeit ob der Ruchlosigkeit des Putinschen Regimes war den parlamentarischen Debatten anzumerken. Die meisten Redner der Fraktionen blieben eng an ihren Redemanuskripten – um die Worte tunlichst "richtig" zu setzen und keinesfalls unbedachte Formulierungen zu benutzen.

Doch unstrittig ist: Das Land Mecklenburg-Vorpommern muss sein gesamtes Verhältnis zu seinen osteuropäischen Nachbarn neu justieren. Die jahrelang betriebene Neben-Außenpolitik gegenüber Russland, die teils abweichend von

des "Russlandtags" insbesondere im Hinblick auf die überschaubare außenwirtschaftliche Relevanz Russlands für Mecklenburg-Vorpommern sei – so konzilient wird es mit Blick auf die Vielstimmigkeit der demokratischen Mehrheit formuliert – "grundlegend zu überdenken und zu einem Ostseeanrainer-Tag weiterzuentwickeln".

Auch das "Hinwirken" auf eine Rückabwicklung der sogenannten Stiftung für Klima- und Umweltschutz, war wachschweich formuliert. Da sind Regierung wie Stiftungsvorstand inzwischen weiter, klarer und – auch unter dem bundesweiten medialen und politischen Druck – konsequenter.

## „ Der fraktionsübergreifende Antrag nennt Eckpunkte der Aufarbeitung. „

der Linie der Bundesregierung, aber gewiss nicht ohne deren Rückendeckung verfolgt wurde, dürfte vorbei sein.

Die vormalige Reserviertheit bis Ignoranz gegenüber einer sehr fordernd auftretenden Ukraine, die allerdings erst seit der Präsidentschaft von Wolodymyr Selenskyi ernsthafte Demokratisierungsfortschritte gemacht hatte, wich nach der russischen Invasion schlagartig einem wiederum sehr undifferenzierten, weil schuldbewussten Wohlwollen.

Wie sagte Grünen-Fraktionschef Harald Terpe in der Dringlichkeitssitzung am 1. März: "Heute senden wir ein Signal als Landtag, getragen von einer breiten demokratischen Mehrheit: Die kritische Aufarbeitung kann beginnen."

Der fraktionsübergreifende Antrag nennt Eckpunkte dieser Aufarbeitung. So wurde die Regierung beauftragt, "alles zu unterlassen, was den außenpolitischen Zielen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union entgegensteht oder diese relativiert". Das Format

Darüber hinaus aber blieb der Antrag schwammig und nicht zuende gedacht. Manches mag in Bezug auf die aktuelle Kreml-Administration richtig sein. Mit Blick auf künftige, tunlichst friedliebende russische Regierungen würde sich das Land aber selbst Steine in den Weg legen.

Ohnehin läge es nach der schmerzlich gewonnenen Erkenntnis, dass "Wandel durch Annäherung" zumindest gegenüber dem jetzigen Kreml nicht funktioniert, weitaus näher, vor allem die Kontakte zu den unmittelbaren Anrainern Polen und baltische Republiken sowie zur Nachkriegs-Ukraine zu intensivieren. Denn jegliche Nachkriegsordnung wird sich dafür wappnen müssen, die eigene territoriale Souveränität des Bündnisgebiets zu sichern und notfalls zu verteidigen. Und die westwärts orientierte Ukraine so wieder aufzubauen, dass sie sich in die freiheitlich-demokratisch verfasste mitteleuropäische Staatengemeinschaft integrieren kann.



Volker Bohmann

Michael Seidel ist Chefredakteur der Schweriner Volkszeitung, der Norddeutschen Neuesten Nachrichten und Der Prignitzer.

Dafür ist mehr nötig als salbungsvoll aufgeschriebene und abgelesene Reden. Das erfordert Grundlagenarbeit. MV muss seine Interessen gegebenenfalls neu definieren. Dafür muss aber auch geklärt sein, wie weit sich einige EU-Mitgliedsstaaten, die sich zuletzt vom Leitbild der liberalen Demokratie entfernt hatten, in der Gewaltenteilung, Rechtsstaatsgebot und Pressefreiheit Grundfesten sind, zurückbesinnen auf die sogenannte Wertegemeinschaft der Europäischen Union. Denn womöglich sind deutsche und mecklenburg-vorpommersche Vorstellungen von der Zukunft Europas damit gar nicht mehr kompatibel.

Darüber hinaus ist allen Fraktionen im Landtag etwas mehr Demut und etwas weniger Selbstgerechtigkeit anzuraten. Denn so richtig es ist, Vorgängerregierungen ihre Fehleinschätzungen und -entscheidungen vorzuhalten: Wer mit einem Finger auf andere zeigt, zeigt mit dreien auf sich selbst. So können die einen sich nicht aus der Mitregierungsverantwortung zurückliegender Wahlperioden stehlen. Und die anderen, vor allem die Neuen, sollten vor übereilter moralischer Selbstüberhöhung erst mal mit der eigenen Parteibasis ausfechten, wie die unter dem Eindruck des Krieges vollzogenen Paradigmenwechsel noch mit der eigenen Programmatik in Einklang zu bringen sind. Von Pazifismus über die Rohstoffbeschaffung bei "weniger schlimmen Autokraten" bis zum Überdenken von Atomausstieg, Dekarbonisierung und neuer Agrarpolitik muss da jeder an seine Grundfesten heran. Und wer dann echte Überzeugungen gewinnt, kann sie gewiss auch in freier Rede authentisch vortragen, um damit Menschen für sich zu gewinnen.

**Michael Seidel**



Innenminister Christian Pegel während der Aktuellen Stunde

Foto: Uwe Sinnecker

## Konflikt oder Krieg?

Die Geschehnisse in der Ukraine entfachen eine Debatte über Solidarität, Energiewende und Rüstungspolitik

■ Die Eskalation zwischen Russland und der Ukraine zwingt den Landtag zur Auseinandersetzung. Die Fraktion der AfD stellte deshalb einen Antrag auf Aussprache zur Aktuellen Stunde mit dem Titel „Ukraine-Konflikt: Auswirkungen auf unser Mecklenburg-Vorpommern“. Die inhaltlichen Schwerpunkte gestalteten sich dabei vielfältig: Ukrainischen Flüchtlingen solle effektiv geholfen, der „Sozialstaat aber nicht überfordert“ werden, ein Verzicht auf Energieimporte aus Russland gefährde den „sozialen Frieden“ und die Sanierung der Bundeswehr sei „längst überfällig“, so die Stellungnahme der AfD. Andere Fraktionen setzten dem Titel der Aktuellen Stunde als „Konflikt“ und der Differenzierung von Flüchtlingen Kritik entgegen. In der Energiewende gab es abweichende Positionen. Einigkeit herrschte darüber, dass Gewalt gegen Menschen nicht zu tolerieren sei.

Jan-Phillip Tadsen (AfD) begann mit der Frage: „Waren wir im Westen zu naiv?“ Die „heftige Eskalation vonseiten Russlands“ zwingt den Landtag zur Auseinandersetzung „in dieser schrecklichen Krise“. Hinsichtlich ukrainischer Flüchtlinge sprach sich Tadsen für „möglichst effektive Hilfe“ aus. Ukrainische Flüchtlinge differenzierte er von Flüchtlingen aus dem Jahr 2015, „meist jungen Männern aus dem arabischen Raum, die ihre Familien, Frauen, Kinder, Eltern und Schwache zurückgelassen hatten“. Für die Einheit der europäischen Union gelte, „echten Flüchtlingen helfen“, den „Sozialstaat aber nicht überfordern“. Tadsen wechselte dann zum Thema Energie. Eine „vollkommen überstürzte Energiewende“ habe das Land erpressbar gemacht. Ein Verzicht auf Importe gefährde den „sozialen Frieden“. Starres Festhalten am Kohle- und Atomausstieg sei „illusorisch“, es brauche jetzt „dringend spürbare Abgaben- und Steuersenkungen“. Die Sanierung

der Bundeswehr bezeichnete Tadsen als „längst überfällig“. Für eine Rückkehr der Wehrpflicht solle sich der Landtag einsetzen. Einen möglichen NATO-Einsatz halte Tadsen für „Wahnsinn“. Tadsens Appell zum Abschluss: Der Krieg müsse enden. An einer neuen europäischen Friedensordnung sei zu arbeiten.

Innenminister Christian Pegel (SPD) lehnte eine „Paralldiskussion“ in Flüchtlingsfragen über die Jahre 2015/16 und die 1970er Jahre ab. Eine Wehrpflicht sei für MV allein nicht zu entscheiden, ebenso nicht der Rüstungshaushalt. Hinsichtlich des „Zustroms“ von schutzsuchenden Menschen aus der Ukraine erlebe Pegel „extrem große Solidarität“. Für die betroffenen Menschen sei bis zu 90 Tage ein Aufenthalt in Deutschland ohne Visa möglich. Auch danach, betonte der Innenminister, gebe es „keine Zwangszuweisungen“. Dass die Energiewende falsch sei, ist für Christian Pegel

nicht überzeugend. Er sagte in Richtung der AfD, „dass die Energiewende eher weiter sein müsste (...)“ und eine „Rolle-rückwärts-Argumentation“ von Atom, über Uran, Kohle und Öl „keine Antwort“ sei.

**Franz-Robert Liskow** (CDU) sprach von einem „eklatanten Bruch des Völkerrechtes, (...) und eben keinem Konflikt.“ Sanktionen gegen Russland und wirtschaftliche Isolation hält der Abgeordnete für richtig. Ein „militärisches Eingreifen“ verbiete sich, sei aber bei Angriff auf das Baltikum neu zu bewerten. Eine „gefährliche Energieabhängigkeit“ Deutschlands von Russland habe den russischen Militärapparat „indirekt mitfinanziert“. Schutz für Flüchtende sei selbstverständlich, „im Verbund mit unseren europäischen Nachbarn“. Kurzfristig sei es „richtig, die ukrainischen Streitkräfte mit Waffen zur Verteidigung auszurüsten.“

Liskow schlug eine Diskussion über die Energiesteuer vor: Der Bund solle vorübergehend auf einen Teil der Steuern verzichten. Eine innenpolitische Debatte sei langwierig und äußere sich womöglich in steigenden Preisen, „Wohlstandsverzicht“ und „einer energiepolitischen Kehrtwende“. Zum Thema Aufrüstungspolitik hielt Liskow fest: „Deutschland wird (...) aufrüsten müssen. Von der Landesregierung erwarte er Kooperation mit dem Bund, wenn Standorte vergrößert oder neu geschaffen werden müssen. Als Handelspartner ordnete Liskow Russland für MV „nicht von herausragender Bedeutung“ ein. Der Abgeordnete schloss mit den Worten: „Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden ist, dass Russland die territoriale Integrität und die Souveränität der Ukraine achtet und akzeptiert (...).“

„Dieser grausame Krieg mitten in Europa muss sofort beendet werden“, war der erste Appell von **Torsten Koplin** (DIE LINKE). Das Land und die Kommunen „handeln vorbildlich“. In seiner Rede zeichne Jan-Phillip Tadsen ein „vergiftetes Bild von Menschenfreundlichkeit“ und unterscheide „in Geflüchtete erster Klasse und Geflüchtete zweiter Klasse“. Torsten Koplin betonte: „Menschenrechte gelten universell.“ Jan-Phillip

Tadsen wies diesen Vorwurf zurück. Den „sozialen Frieden“ sieht Koplin angesichts steigender Sprit- und Energiekosten in Gefahr. Der Redner schlug vor, höhere Sicherheitsreserven im Land aufzubauen und die Energiekosten durch die Auflage eines Sonderfonds „Energiepreissicherung“ zu dämpfen. Dem Bundesfinanzminister müsse klar sein, dass eine Vermögensabgabe und Reichensteuer nötig werde. Dem „System Putin“ wolle die Linksfraktion durch „gezielte finanzielle und wirtschaftliche Sanktionen“ und die Unterstützung demokratischen Widerstands „ein Ende bereiten“.

**Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagte: „(...) die AfD verharmlost in der Überschrift einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg (...) als „Konflikt“. Fünf Fraktionen hätten sich gemeinsam für die Aufnahme Vertriebener und Schutzsuchender ausgesprochen. Harald Terpe forderte, auch die in der Ukraine verbliebenen Menschen zu unterstützen und verweist auf einen entsprechenden Antrag. Die Energiewende hält Terpe für „ausgebremst“, die Nutzung landeseigener Rohstoffe wie Wind und Sonne seien „stiefmütterlich“ und „planlos“ erfolgt. Der Aussage von Jan-Phillip Tadsen, „es gebe eine überstürzte Energiewende“, die erpressbar gemacht habe, entgegnete Harald Terpe: „Das Gegenteil ist der Fall, die verschlafene Energiewende hat uns erpressbar gemacht.“

Das, was in der Ukraine passiere, sei ein „feiger Angriffskrieg“, kein Konflikt, begann **René Domke** (FDP) seine Rede. Die Herausforderungen und das Ausmaß, so der Parlamentarier, seien „noch gar nicht klar“. Der Krieg dürfe nicht bei den Menschen (...), die ursprünglich aus der Ukraine und aus Russland in unser Land gekommen sind, „zu einem Stellvertreterkrieg“ werden. Steigende Kosten seien für den FDP-Politiker kein Argument, „milder mit diesem Krieg umzugehen“. Ein „Preis für Freiheit und für Frieden“ müsse bezahlt werden.

„Die Menschlichkeit ist die wichtigste aller Tugenden,“ begann **Dagmar Kaselitz** (SPD) ihren Beitrag und bedank-

te sich für die solidarische Hilfe vieler Akteure und die vorübergehend vereinfachte Aufnahme Schutzsuchender. Kaselitz bezog sich ferner auf Einschätzungen der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, die besagen, Deutschland sei gut vorbereitet, erneut Menschen aufzunehmen. Die Situation sei eine Chance, wenn „oft hoch qualifizierte Menschen aus der Ukraine (...) auf unserem Arbeitsmarkt Fuß fassen“. Die Politikerin fügte hinzu, dass durch den Krieg Kosten auf den Landeshaushalt zukommen. Die Erweiterung des Landeskrisenstabes begrüße die SPD. Als gut vorbereitet bezeichnete Dagmar Kaselitz auch die Kommunen: „Die Landkreise haben jeweils 700 Plätze in Notunterkünften vorbereitet (...).“ Den Weg hin zur Unabhängigkeit von Energieimporten werde man fortsetzen. Es werde notwendig sein, „höhere Energie- und Mobilitätskosten für die Menschen abzufedern. Anfeindungen gegenüber Menschen aus dem Ausland verurteile die SPD „aufs Schärfste“. Es gelte, wachsam gegenüber Rassismus jeder Art zu sein.

**Julian Barlen** (SPD) kritisierte den Antrag der AfD als „listig aufgesetzt“ und fügte hinzu: „Sie haben hier ideologisch wirklich die Hosen runtergelassen.“ Der Abgeordnete forderte von der AfD: „(...) verschonen Sie uns bitte mit Ihrer Heuchelei gegenüber den Vertriebenen aus der Ukraine und aus Russland, (...) mit Ihrem Kulturrelativismus, (...) mit Ihrem Ethnopluralismus.“ Die Politik der AfD sei „Teil des Problems, warum sich (...) Nationen kriegerisch gegenüberstehen“ und „nicht Teil der Lösung“. Humanität sei nur leistbar, „wenn wir mit Regierungsverantwortung und auch mit einer Oppositionsverantwortung in der Sache konstruktiv und gemeinschaftlich (...) handeln.“ Weiterhin äußerte der Redner zum Thema „Abhängigkeit im Energiebereich“: „(...) das ist ein Weckruf, (...). Der Ausbau der erneuerbaren Energien (...) ist der Weg in die Unabhängigkeit.“

Jan-Phillip Tadsen, AfD:

## „Lassen Sie uns gemeinsam an einer neuen europäischen Friedensordnung arbeiten!“

Foto: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute! Seit zwei Wochen schockiert uns der russische Angriff auf die Ukraine. [...] Wir müssen diesen Krieg mit seinen schrecklichen Folgen für das ukrainische Volk und auch für die europäische Friedensordnung scharf verurteilen. Ich bete dafür, dass eine weitere Eskalation zu verhindern ist und die Diplomatie eine neue Chance erhält.

[...]

Die heftige Eskalation vonseiten Russlands zwingt uns heute, über die Herausforderungen zu sprechen, mit denen wir uns [...] auseinanderzusetzen haben. [...] Wir müssen uns also auf unsere unmittelbare Umgebung konzentrieren.

[...] Meine Damen und Herren, zunächst zum Schicksal ukrainischer Flüchtlinge. [...] Wir sehen Kinder, lediglich bekleidet mit ihren Schlafanzügen, ihre kleinen Füße nur in Hausschuhen, ihre Mütter, die sich von Gefühlen überwältigt für die Hilfe hinter der Grenze bedanken [...].

Die Bilder von bis zu zwei Millionen Flüchtenden [...] unterscheiden sich [...] deutlich von denen, die wir 2015 gesehen haben: Bilder von meist jungen Männern aus dem arabischen Raum, die ihre Familien, Frauen, Kinder, Eltern und Schwache zurückgelassen hatten,

*(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)*

und über viele Länder hinweg [...] auf illegale Weise bis nach Deutschland drängten.

Meine Damen und Herren, warum vergleiche ich diese Bilder [...] miteinander? Ich tue das [...] weil wir uns alle darüber bewusst sein sollten, dass unsere gesellschaftlichen und materiellen Ressourcen in dieser Migrations-, aber auch in dieser Flüchtlingsfrage endlich sind. Unser Land,

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

unser Land hat in den vergangenen Jahren bereits mit enormem Aufwand Menschen [...] versorgt und untergebracht. Die Fragwürdigkeit dieser grenzenlosen Agenda hat die AfD umfassend thematisiert.

Die jetzige Situation ist aber anders. Wir erleben eine bis vor Kurzem kaum vorstellbare Einheit in der europäischen Union. Um diese nicht gleich wieder zu gefährden, gilt weiterhin: echten Flüchtlingen helfen, unseren Sozialstaat aber nicht überfordern.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

[...] Meine Damen und Herren, neben der akuten Unterstützung von ukrainischen Flüchtlingen müssen wir uns aber auch mit den Auswirkungen [...] dieses Krieges auf die Lebensverhältnisse unserer Bürger beschäftigen [...]. Die unbequeme Wahrheit ist [...] dass uns eine vollkommen überstürzte Energiewende erpressbar gemacht hat.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

Und trotz dieses Faktums diskutieren wir sogar eine komplette Abkehr von russischen Gaslieferungen. [...]

*(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –  
Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

Meine Damen und Herren [...] Bei aller Betroffenheit und Empörung über den Krieg dürfen wir uns nicht die klare Sicht auf Notwendigkeiten unserer Energieversorgung verstellen lassen. [...]

*(Zuruf von Constanze Oehlich,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[...] Das starre Festhalten am Kohle- und Atomausstieg ist in dieser Krise vollkommen illusorisch.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

[...]

Meine Damen und Herren [...] Horst Förster [...] sprach vor einer Woche davon, dass Russland nicht Putin und Putin nicht Russland ist. Das gilt auch heute. [...] Dass seit Beginn des Krieges in unserem eigenen Land nun Russen und Russlanddeutsche heftigsten Anfeindungen ausgesetzt sind [...] ist eine Schande [...].

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

Die Regierung muss auch durch eine bedachte Wahl ihrer Worte diesem Phänomen entschieden entgegenreten. Dieser Krieg muss enden, damit aus der ganzen Welt wieder russische und ukrainische Städte in einem Europa der freien Nationen friedlich besucht werden können. Lassen Sie uns gemeinsam an einer neuen europäischen Friedensordnung arbeiten! [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

Minister Christian Pegel:

„Gewalt ist  
in jede Richtung  
abzulehnen.“

Foto: Uwe Sinnecker



[...] Ich hätte hohes Interesse daran, dass wir das Thema [...] Ukraine-Konflikt und seine Auswirkungen auf unser Bundesland [...] im Fokus behalten. Ich würde ungern eine Paralleldiskussion über die Jahre 2015/16 oder mein Geburtsjahr in den Siebzigern führen. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,  
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Zweitens würde ich mich das Land konzentrieren wollen. Die Einführung der Wehrpflicht werden wir zumindest in Mecklenburg-Vorpommern alleine nicht umsetzen

*(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)*

[...] Gewalt ist in jede Richtung abzulehnen. Wenn es zu Übergriffen kommt, [...] ist das selbstverständlich völlig unannehmbar. [...] hat nichts mit Staatsangehörigkeiten, Religionsangehörigkeiten, Geschlechtern oder irgendwelchen anderen Merkmalen zu tun. Angriffe auf Menschen sind per se ein No-Go!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, AfD, CDU, DIE LINKE,*

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

Ich würde aber auch einladen, dass wir gemeinsam in alle Bereiche, in die wir politisch hineinwirken können, dafür werben, die Stimmungslage nicht weiter aufzuputschen. [...] Ganz viele Kundgebungen [...] sind schlicht von dem Gefühl getragen, ein Signal setzen zu wollen, [...] gemeinsam mit vielen anderen Menschen für den Frieden einzutreten und dankenswerterweise in ganz breiter Mehrheit, [...] nicht polarisierend. [...] Sie (wir?) kämpfen für etwas, was uns eint: für den Frieden und dafür, dass möglichst schnell auch in der Ukraine wieder Frieden einkehrt [...].

Ich würde [...] einen kurzen Einblick geben [...] auf eine der Hauptherausforderungen, die sich mit der Ukraine-Krise hier im Land sehr deutlich zeigt. Das ist [...] der Zustrom von Menschen, die Schutz suchen [...]. Wir hatten heute früh [...] knapp über 2.200 Menschen, die Schutz gesucht haben aus der Ukraine, hier in Mecklenburg-Vorpommern in den [...] durch Kommunen [...] und das Land bereitgestellten Unterbringungsmöglichkeiten. Die tatsächliche Zahl dürfte ein deutliches Stück darüber liegen.

Dann kann man die erste Frage aufwerfen: Warum kennt ihr nicht die genaue Zahl? Die Antwort ist einfach: Weil ukrainische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger [...], wenn sie einen biometrischen Ausweis haben [...] bis zu 90 Tage ohne Visum [...] einreisen dürfen. [...]. Die Zahl dürfte irgendwo zwischen 3.000 und 3.500 mindestens liegen. [...]

Ich [...] würde gerne mit einer [...] falschen Nachricht aufräumen, die ich unanständig finde: [...] Wenn ukrainische Staatsangehörige, die hier Schutz gesucht haben, innerhalb dieser 90-Tage-Regelung sich bei den Ausländerbehörden melden, um ihren Status zu wechseln, dann werden sie damit nicht automatisch den Gastgebern, die sie zurzeit beherbergen, entzogen und zwangsweise in einige der Unterkünfte, die ich eben genannt habe, verfrachtet, sondern sie dürfen selbstverständlich dortbleiben. Es gibt keine Zwangszuweisungen. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,  
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[...] Die 90-Tage-Regelung, führt aber dazu, dass ich wie ein Tourist hier bin, keine Gesundheitsversorgung oder ähnliche Möglichkeiten habe. Die zweite Möglichkeit, [...] ist ein Asylverfahren. Auch das ist nicht im zentralen Interesse und vor allen Dingen für viele derer, die Schutz suchen, auch nicht deren Interesse. Deshalb gibt es seit wenigen Tagen einen Aufenthaltsstatus, den wir so in Deutschland bisher noch nicht auslösen konnten, nach [...] Paragraph 24 Aufenthaltsgesetz. [...] Wenn sehr viele Flüchtlinge in sehr kurzer Zeit aufgrund eines gleichen Ereignisses auf die EU-Mitgliedsstaaten zukommen, kann die EU-Kommission eine Feststellung treffen, dass eine Massenzuwanderungssituation besteht. Die ist ausgerufen worden und wir können mit diesem besonderen Aufenthaltsstatus reagieren, der deutlich weniger Verwaltungsaufwand bereitet, der bis zu drei

Jahre Aufenthalt ermöglicht, der Sozialleistungen, Gesundheitsversorgung wie nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ermöglicht und [...] auch von arbeitsrechtsrechtlichen Befugnissen begleitet werden kann.

Wir haben die Ausländerbehörden gebeten, das automatisch mitzuerteilen. Wir wollen, dass diejenigen, [...] die das möchten, mit diesem Aufenthaltsstatus genau diese arbeitsrechtlichen Möglichkeiten erhalten. [...] Ich lade dazu ein, dass man das zu gegebener Zeit noch mal gesondert erörtert. Jetzt geht es darum, Schutz und Hilfe zu gewähren. Die Möglichkeit ist mit diesem Paragraphen 24 Aufenthaltsgesetz verbunden.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU, DIE LINKE,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

Franz-Robert Liskow, CDU:

„Seit zwei Wochen  
führt Russland Krieg  
gegen die Ukraine.“

Foto: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! [...] ich halte den Titel Ihrer Aktuellen Stunde für höchstproblematisch.

*(Beifall Dr. Harald Terpe,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Torsten Koplín, DIE LINKE: Ja, richtig.)*

Es ist eben aus meiner Sicht kein Konflikt, der sich dort in der Ukraine abspielt und wie es die AfD suggeriert, sondern seit zwei Wochen führt Russland Krieg gegen die Ukraine.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU, DIE LINKE,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP –  
Zuruf von Martin Schmidt, AfD)*

[...] Es ist ein eklatanter Bruch des Völkerrechtes, der dort stattfindet [...]

*(Zuruf von Thore Stein, AfD)*

[...] Russland mit Sanktionen zu belegen und wirtschaftlich zu isolieren, ist ganz sicher richtig. Die Auswirkungen der Sanktionspolitik werden sich aber vollends erst mittel- und langfristig auswirken. Das Blutvergießen und das Sterben in der Ukraine, das findet aber jetzt statt.

[...] Wir haben uns über Jahre in eine gefährliche Energieabhängigkeit begeben und den russischen Militärapparat indirekt mitfinanziert. Es ist kein Geheimnis, dass auch ich das in der Vergangenheit nicht ausreichend hinterfragt habe. Gleichzeitig gibt es in Deutschland nach wie vor Politikerinnen und Politikern, die die russische Aggression von Wladimir Putin lange verharmlost haben, etwa nach der Annexion der Krim oder während des Krieges im Donbass. [...]

*(Zuruf von Thore Stein, AfD)*

[...] das, was sich in der Ukraine abspielt, ist ein humanitäres Desaster. [...] Vor allem Frauen und Kinder und alte Menschen fliehen in Panik, während wehrfähige Männer zurückbleiben, um das Land zu verteidigen, und das im Europa des 21. Jahrhunderts! Selbstverständlich müssen wir Menschen, die aus diesem Land fliehen, Schutz bieten. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

Kurzfristig ist es außerdem ganz sicher richtig, die ukrainischen Streitkräfte mit Waffen zur Verteidigung auszurüsten. [...]

*(Zuruf von Thore Stein, AfD)*

Mittel- und langfristig werden zudem die Sanktionen dazu beitragen, die russische Expansion zu stoppen. Die langfristig wirksamste Aktion wäre sicherlich der Verzicht auf fossile Energie aus Russland. [...] wir haben jetzt ungefähr sieben Monate Zeit, eine innenpolitische Debatte in Deutschland zu führen, welchen Preis wir bereit sind, für den Verzicht auf russisches Gas zu bezahlen. Und dieser Preis drückt sich nicht nur in Euros aus, sondern vielleicht auch im Wohlstandsverzicht oder in einer energiepolitischen Kehrtwende. [...] Kurzfristig brauchen wir aber erst mal eine Diskussion darüber, ob man die Energiesteuer nicht erheblich absenken kann. Die Preise an den Tankstellen sind selbst für Normalverdiener kaum noch zu stemmen. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und FDP)*

[...] Mittel- und langfristig hat der Krieg für uns auch eine rüstungspolitische Seite, denn [...] Militärische Abschreckung ist das wirksamste Mittel, um den Krieg fernzuhalten.

*(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)*

[...] Und natürlich gibt es durch den Krieg auch unmittelbare wirtschaftliche Auswirkungen auf Mecklenburg-Vorpommern. Diese halten sich allerdings in Grenzen. [...] Als Handelspartner ist Russland für Mecklenburg-Vorpommern nicht von herausragender Bedeutung.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[...] Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden ist, dass Russland die territoriale Integrität und die Souveränität der Ukraine achtet und akzeptiert, und zwar einschließlich des Donbass und einschließlich der Krim. Daran dürfen wir auch zukünftig nie wieder den Hauch eines Zweifels aufkommen lassen. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

Torsten Koplín, DIE LINKE:

„Zum Frieden gehört der soziale Frieden unbedingt dazu.“

Foto: Uwe Sinnecker



Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Dieser grausame Krieg mitten in Europa muss sofort beendet werden, das ist oberste Aufgabe aller Bemühungen der Welt, Europas, Deutschlands und Mecklenburg-Vorpommerns. Es muss das Trachten aller Menschen sein, auch bei uns. Wir brauchen Frieden!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

Das aktuelle Gebot der Stunde ist die humanitäre Hilfe für Frauen und Kinder, für alle Menschen, die vor diesem Krieg fliehen müssen. Die grenzenlose Solidarität, die wir überall im Land in diesen Tagen erleben, ist ermutigend und ein Zeichen der Hoffnung [...] auch das Land und die Kommunen

handeln vorbildlich und geben den Geflüchteten Sicherheit und die Chance auf eine Verschnaufpause von den Strapazen ihrer Flucht und den traumatischen Geschehnissen.

Und angesichts des Redebeitrags der Themensetzerinnen und Themensetzer dieser Aktuellen Stunde, wissen Sie, ich finde, Herr Tadsen, das ist ein vergiftetes Bild von Menschenfreundlichkeit, das Sie zeichnen. Sie haben in Ihrer Rede wieder deutlich gemacht, dass Sie unterscheiden in Geflüchtete erster Klasse und Geflüchtete zweiter Klasse,

*(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Nein, nein, nein!)*

in Geflüchtete, die willkommen sind und die nicht willkommen sind.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)*

[...] zum Frieden gehört der soziale Frieden unbedingt dazu. Dieser soziale Frieden ist angesichts explodierender Energiepreise und der schier unaufhaltsam steigenden Preise für die Lebenshaltung ernsthaft in Gefahr [...] Zunächst die Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit mit Energie: Die Europäische Kommission legte gestern Nachmittag einen Plan vor, der den Ausbau der erneuerbaren Energien ankurbeln und helfen soll, die Abhängigkeit von russischem Gas zu verringern [...] Auch ein Pakt für erneuerbare Energien wird auf den Weg gebracht, um den Ausbau von Solarenergie, Windkraft, Wasserstoffinfrastruktur sowie Wärmepumpen anzukurbeln [...] Wir schlagen deshalb vor: erstens höhere Sicherheitsreserven aufzubauen, auch in Mecklenburg-Vorpommern, zweitens die Energiekosten zu dämpfen durch die Auflage eines Sonderfonds „Energiepreissicherung“ [...] drittens den beschleunigten Umstieg auf erneuerbare Energien [...] Übrigens, spätestens jetzt muss dem Bundesfinanzminister auch klar sein, dass wir um eine Vermögensabgabe und Reichensteuer nicht herumkommen. Umschichtungen im Bundeshaushalt allein bringen es nicht,

*(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)*

es sei denn, es werden massive Kürzungen im Sozialbereich und bei Investitionen in die kommunale Infrastruktur einkalkuliert. Auch im dritten Jahr der Pandemie sind reiche Menschen noch reicher, einige wenige enorm reich geworden. Zugleich sind sehr viele Menschen in Not geraten und verfügen über keinerlei Reserven. Die Superreichen müssen endlich gerecht und angemessen zur Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben herangezogen werden. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## „Wir Bündnisgrüne sagen Danke für dieses Zeichen des Mitgefühls.“

Foto: Uwe Sinnecker



Die Aktuelle Stunde ist überschrieben „Ukraine-Konflikt: Auswirkungen auf unser Mecklenburg-Vorpommern“. [...] Das ukrainische Volk ist Tod und Verwundung, Zerstörung und Vertreibung ausgesetzt, und die AfD verharmlost

*(Rainer Albrecht, SPD: Genau.)*

in der Überschrift einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg [...] als „Konflikt“. [...]

Wenn man das stehen lässt – [...] dann ist der Titel eher eine boshafte Verhöhnung

*(Jan-Phillip Tadsen, AfD:  
Wenn das Ihr Problem ist heute!)*

des ukrainischen Volkes.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP –  
Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)*

Der Krieg von Putins Russland [...] in der Ukraine hat natürlich schon jetzt Auswirkungen auf M-V und weitere werden dazukommen.

Ich verweise [...] auf den Antrag, den fünf Fraktionen gemeinsam beschlossen haben, [...], dass wir die [...] Schutzsuchenden bei uns aufnehmen und ihnen helfen. [...] Beweisen wir also den Ukrainerinnen und Ukrainern, dass wir verlässliche Helfer in der Not sind und gute Gastgeber! [...]

Wir sind auch verpflichtet, nicht nur bei uns Schutz zu bieten und Hilfe zu leisten, sondern auch den Menschen vor Ort in der Ukraine. So [...] ist ja das Gros der Bevölkerung weiter

in der Ukraine. Wir werden nicht umhinkommen, auch dafür bei uns im Landeshaushalt zu versuchen Mittel freizustellen, um eine Soforthilfe organisieren zu können. [...]

Eine Auswirkung [...] ist auch die große Solidaritätsbekundung mit dem ukrainischen Volk, die sich in Demonstrationen [...] auch in Mecklenburg-Vorpommern niederschlägt. Wir Bündnisgrüne sagen Danke für dieses Zeichen des Mitgefühls [...].

[...] Auch Europa hat inzwischen erkannt, dass dieser Krieg mit den Geflüchteten [...] auch eine neue europäische Antwort braucht [...], wie wir Unterbringung organisieren. [...]

Wir haben erlebt, dass der Ruf von Mecklenburg-Vorpommern bei unseren östlichen Partnern zumindest ramponiert ist. Und das liegt [...] auch an der Frage, wie wir in der Vergangenheit umgegangen sind mit unseren besonderen Interessen gegenüber Russland. [...] Die ewige Litanei von Erdgas als Brückentechnologie und der erdgasverfeuernde Wasserstoffschwindel [...] der hiesigen Gazprom-Lobbyisten aus Politik und Wirtschaft hat die politischen Entscheidungsträger im Lande [...] eingelullt und die Energiewende ausgebremst. [...] Spätestens seit Putins Drohung, [...] Nord Stream 1 abzudrehen, müssen doch dem Letzten die Augen [...] geöffnet worden sein, wie wir uns mit den fossilen Brennstoffen aus Russland abhängig gemacht haben und dass wir dieses Erpressungspotenzial endlich hinter uns lassen müssen.

Die Nutzung unserer eigenen Rohstoffe Wind und Sonne ist in den vergangenen Jahren [...] zu planlos erfolgt und sogar gelegentlich vorsätzlich ausgebremst worden. [...] Eine Diversifikation der Versorgung mit Erdgas ist [...] gleichzeitig zum Ausbau der Energiewende notwendig. [...]

Wo sich Chancen durch [...] diplomatische Lösungen bieten, sollten wir sie mit konsequenter Haltung wahrnehmen. [...]

René Domke, FDP:

## „Was bedeutet das für die Integration in die Gesellschaft in den Städten und Gemeinden?“

[...] wir sind uns alle einig, das, was dort passiert, ist ein feiger Angriffskrieg und es hat nichts mehr in der Kategorie oder mit der Kategorie eines Konfliktes zu tun. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

[...] Es ist in der Tat so, dass wir sehr bedrückt und sehr besorgt jeden Tag [...] morgens das Radio einschalten, das Fernsehen oder die sozialen Medien und uns informieren, wie ist überhaupt die aktuelle Situation in der Ukraine. Und wie konnte es überhaupt dazu kommen in dem Jahr 2022,

Foto: Uwe Sinnecker



mitte in Europa, dass mit Allmachtsfantasien, dass mit falschen Informationen, die auch an die eigene Bevölkerung gestreut werden, eine solche Situation überhaupt eintreten kann? [...]

Ich habe das Thema der Aktuellen Stunde [...] so verstanden, dass es konkret darum geht, [...] welche Herausforderungen kommen auf uns zu. [...] ich glaube, wir sind alle miteinander hier nicht in der Lage, das Ausmaß jetzt schon zu beschreiben, denn es ist überhaupt noch gar nicht klar, welches Ausmaß dieser Krieg annehmen wird [...]

Und [...] wir müssen uns damit beschäftigen, was bedeutet das jetzt hier für unser Land, hinsichtlich der Unterbringung, [...] der gesundheitlichen Versorgung, [...] der Möglichkeiten auch für die Beschäftigung derjenigen, die hierherkommen. [...] Für die muss das Leben auch weitergehen, auch wenn sie hier in Deutschland Hilfe und Schutz suchen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

Was bedeutet das für die Integration in die Gesellschaft in den Städten und Gemeinden? [...] was heißt es hinsichtlich des Ausgleiches und der Versöhnung zwischen den hier lebenden Menschen aus der Ukraine und aus Russland. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)*

[...] Die wirtschaftlichen und die gesellschaftlichen Auswirkungen für Mecklenburg-Vorpommern [...] können wir hier heute auch überhaupt noch nicht abschätzen. [...] Aber es wird so sein, dass es Preissteigerungen [...] geben wird [...]. Aber [...] es kann nicht sein, dass die steigenden Kosten, die wirtschaftlichen Auswirkungen immer als Argument herangeführt werden, doch milder mit diesem Krieg umzugehen. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und FDP)*

[...] Hier muss eine klare Antwort gefunden werden, es muss nicht die Leidensfähigkeit bis zum Letzten ausgeschöpft werden, aber letzten Endes, [...] gibt es auch einen Preis für Freiheit und für Frieden, und den müssen wir auch bezahlen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

Und es ist vor allem der Preis [...] den wir vermutlich schon längst hätten zahlen müssen, denn es war doch ein vergiftetes billiges Angebot aus Russland, die Gaspreise und die Ölpreise besonders niedrig festzusetzen. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)*

[...] wir als Gesellschaft sind jetzt gefragt, gemeinsam diesen Preis zu zahlen, und das werden wir auch hinbekommen [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

Und wir hätten vor allem [...] deutlicher werden müssen, als es um die Krim-Annexion ging. [...] letzten Endes waren doch alle Sanktionen nicht wirklich ernst gemeint oder wurden doch teilweise auch hier durch die Landespolitik ein Stück hintertrieben. [...]

Ich werde meine Rede dann damit beenden, dass wir vor allem auch bei den Flüchtlingen an die Schwachen denken müssen. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

Dagmar Kaselitz, SPD:

„Die Menschlichkeit ist die wichtigste aller Tugenden.“



Foto: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Die Menschlichkeit ist die wichtigste aller Tugenden.“ Diese Worte eines französischen Philosophen sind mein Lebensmotto. Durch Putins Krieg in der Ukraine stehen gerade unmenschliches Handeln und menschliche Größe direkt gegenüber. Kaum in Worte zu fassen ist der Rechtsbruch. Nach über 75 Jahren Frieden will Putin nationale Interessen mit diesem Krieg in Europa durchsetzen.

Diese neue Realität rüttelt die Menschen auf. Verzweiflung, Ratlosigkeit, Angst befällt nicht nur die, die direkt von den Kriegshandlungen und ihren Auswirkungen betroffen sind. Tausende Menschen, vor allem Frauen, Kinder, ältere und beeinträchtigte Menschen, fliehen vor den Angriffen, auch nach Mecklenburg-Vorpommern. Dem gegenüber steht eine unsagbar große Gemeinschaft, die sich solidarisch zeigt, Hilfe und Unterstützung leistet. Menschen wollen sich einsetzen, entsprechend ihrer Profession oder im Ehrenamt. Geld- und Sachspenden werden auf den Weg gebracht. Unser großer Dank gilt allen, die hier Verantwortung übernehmen und sich bis über die Kräfte hinaus engagieren.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU, DIE LINKE,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

Innen- und Außenminister/-innen des Bundes haben versichert, dass Deutschland alle geflüchteten Menschen aus der Ukraine, die bei uns ankommen, aufnehmen wird. Dabei spielt es keine Rolle, welcher Nationalität sie sind. Die gerade in Kraft gesetzte Massenzustromrichtlinie der EU hat das Ziel, die solidarische Verteilung der Menschen innerhalb der EU zu organisieren und bei großen Fluchtbewegungen eben hier vorübergehend vereinfacht einen einheitlichen Schutzstatus für alle Menschen durchzusetzen.

In MV wurde dieses zeitnah umgesetzt. Dafür unser Dank! Und mit diesem vorübergehenden Schutzstatus sind eben eine angemessene Unterkunft, Sozialleistungen, die Sicherung des Lebensunterhaltes und notwendige medizinische Versorgung verbunden, sofern die Menschen nicht auch selbst dafür aufkommen können. Ein Aufenthalt bis zu drei Jahren ist möglich.

Nach Einschätzung der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung Reem Alabali-Radovan [...] ist Deutschland gut vorbereitet, erneut Menschen aufzunehmen, die Schutz suchen. Erfahrungen und gewachsene Strukturen der vergangenen Jahre sind dabei hilfreich. Sie sagte, wir stellen die Weichen auf Integration, wenn die Menschen aus der Ukraine nicht in ihre Heimat zurückkehren können. In diesem Zusammenhang soll die Teilnahme an Integrationskursen und die Aufnahme von Arbeit ermöglicht werden. [...] Wenn es gelingt, Spracherwerb, Qualifizierung und Anerkennung beruflicher Abschlüsse gut zu organisieren, liegt hier jetzt die Chance für oft hoch qualifizierte Menschen aus der Ukraine und für andere Menschen, die mit Migrationsbiografien schon lange bei uns leben, auf unserem Arbeitsmarkt Fuß fassen zu können.

[...] Das Land ist zusammen mit den Kommunen darauf vorbereitet, Vertriebene aufzunehmen und die dafür notwendigen Finanzen aufzubringen. Die im Zusammenhang mit der Aufnahme, Versorgung und Unterbringung verbundenen Kosten werden den Kommunen vom Land erstattet. Der Bund soll gebeten werden, hier Unterstützung zu leisten.

Der Krieg in der Ukraine ist eine humanitäre Katastrophe und braucht abgestimmte Hilfe im Land. [...]

Gut vorbereitet sind unsere Kommunen. Die Landkreise haben jeweils 700 Plätze in Notunterkünften vorbereitet, und das in kürzester Zeit, um jederzeit kurzfristig Schutzsuchenden vorübergehend Hilfe und Unterbringung zu gewährleisten. Es gibt digitale Möglichkeiten, um Unterstützungsangebote zu melden. [...]

Als weitere Solidaritätsaktion im Land ist zum Beispiel eine Wissenschaftsbrücke im Zusammenwirken mit den Unis und Hochschulen eingerichtet worden. Hier gibt es für wissenschaftliches Personal und Studierende aus der Ukraine unbürokratische Hilfe. Der Ausbau von Sprach- und Integrationsmöglichkeiten ist dadurch ebenfalls möglich.

Eine aktuelle Studie [...] beziffert [...] die Abhängigkeit Deutschlands von Energieimporten auf zwei Drittel unseres Bedarfes. Die Sanktionen und die aktuelle Preisspirale an den weltweiten Energiemärkten haben natürlich Auswirkungen auf uns. [...] Wenn die Spritpreise über zwei Euro je Liter klettern, dann trifft das natürlich die Menschen in unserem Bundesland mit einem hohen Pendleranteil hart. Kurzfristig brauchen wir hier zielgenaue Hilfen des Bundes, mittel- und langfristig müssen wir unsere eigenen Energiepotenziale besser nutzen, unsere Abhängigkeit deutlich verringern. Alternativen dazu gibt es, einige haben dazu ausgeführt.

Den Weg hin zur Unabhängigkeit von Energieimporten haben wir in der Landesregierung eingeschlagen und werden diesen jetzt forciert fortsetzen müssen. Es wird notwendig sein, höhere Energie- und Mobilitätskosten für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern abzufedern. [...]

Zu verzeichnen ist aber auch, dass es gegenwärtig verstärkt Anfeindungen gegen aus Russland stammende Personen oder solche, die dafür gehalten werden, gibt. Es gibt grobe Beschimpfungen und tätliche Angriffe bei Kindern, Jugendlichen und Ehrenamtler/-innen. Solche Anfeindungen verurteilen wir aufs Schärfste. Diese Menschen sind nicht unsere Gegner. Es gilt, wachsam gegenüber Rassismus jeder Art zu sein. [...]

Politik muss in dieser gefährlichen Situation aktiv bleiben, Entscheidungen treffen und um diplomatische Lösungen ringen. Das gilt global und selbstverständlich für uns in Mecklenburg-Vorpommern [...].

Politik trifft Entscheidungen, es werden Gespräche geführt, Verhandlungen und Sanktionen umgesetzt und Unterstützung angeboten. Wirtschaftliche Auswirkungen spüren wir, aber aktuell stehen die Menschen im Mittelpunkt, ihr Leid. Unser Einsatz, diese Situation zu beenden, ist notwendig. In diesem Sinne ist es wichtig, dass die Menschen im Mittelpunkt stehen und vor Kriegen und Katastrophen Schutz finden. Jetzt ist eine gute Zeit, alle Anstrengungen dazu zu unternehmen, Entscheidungen für Migrationspolitik auf Dauer zu treffen, denn Menschlichkeit ist die wichtigste aller Tugenden.



Die neue Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern: Vordere Reihe v.l. Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Bildungsministerin Simone Oldenburg. Mittlere Reihe v.l. Innenminister Christian Pegel, Justizministerin Jacqueline Bernhardt, Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus. Hintere Reihe v.l. Wirtschaftsminister Reinhard Meyer, Sozialministerin Stefanie Drese, Finanzminister Dr. Heiko Geue, Kulturministerin Bettina Martin. Foto: Jens Büttner

## 100-Tage Bilanz

Landesregierung und Opposition kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen

■ Es ist politischer Brauch, dass eine neue Regierung nach 100 Tagen eine erste Bilanz präsentiert. Diese Art Schonfrist wird ihr üblicherweise zugestanden, um in der neuen Verantwortung anzukommen, sich aufzustellen und einzuarbeiten. In der von der CDU angemeldeten Aussprache gab es sehr unterschiedliche Auffassungen: Die Opposition zeigte sich unzufrieden mit dem bisher Erreichten, die Regierungskoalition verbreitete Aufbruchsstimmung und verwies auf Erfolge. Auf beiden Seiten gab es reichlich Redebedarf: Insgesamt traten in der fast vierstündigen und teilweise sehr hitzigen Aussprache 17 Redner und Rednerinnen – darunter alle Ministerinnen und Minister – an das Pult.

**Franz Robert Liskow** (CDU) leitete die Aussprache mit diesem Fazit zur 100-Tage-Bilanz der Regierung ein: „Sie haben den Weg geebnet für die Öffnung der Flaggenordnung, der 8. März wird demnächst Feiertag und die Enquete-Kommission 'Jung sein in MV' ist eingerichtet. Unterm Strich war es das dann.“ Den von der Regierung ausgerufenen Aufbruch konnte er nicht erkennen. Er beklagte „die standhafte Weigerung, auf Fragen zu antworten. Das war der Fall, als die Öffentlichkeit nicht erfahren durfte, warum Frau Martin Herr Brodkorb rausgeschmissen hat. Es war der Fall, als Herr Dahlemann erklärte, dass sich Fragen nach dem Stiftungskapital der Klimaschutz-Stiftung nicht stellen. Und es war der Fall, als Herr Backhaus meinem Kollegen Da-

niel Peters keine Antwort auf die Frage gab, was eigentlich genau die Blue Ship macht.“ Von ihrem Ziel, mit der Opposition fair umzugehen, sei die Regierung „schnell abgerückt“. Auf kleine Anfragen werde stark verspätet geantwortet. Er monierte, dass sich die Koalition den Finanzausschuss gesichert habe, „entgegen aller Gepflogenheiten in diesem Landtag“. Dann ging Franz Robert Liskow auf die Wirtschaftspolitik ein: „Die MV Werften sind pleite. (...) auch wegen fehlender Unterstützung aus Schwerin.“ Auch bei der zwar unternehmerisch legitimen Entscheidung von Nordex, den Standort in Rostock zu schließen, sei „von besonders großem Ehrgeiz seitens der Landesregierung nichts zu spüren gewesen“. Und auch das Unternehmen Intel gehe lieber nach Magdeburg als

nach Schwerin. Zur Corona-Politik der Landesregierung sagte Liskow: „Die härtesten Maßnahmen, die strengsten Regeln, der beste Gesundheitsschutz. Ergebnis: Nirgendwo in Deutschland ist die Inzidenz höher als bei uns in Mecklenburg-Vorpommern.“

Die Ministerin für Bildung und Kindertagesförderung, **Simone Oldenburg** (DIE LINKE), eröffnete die Wortmeldungen sämtlicher Minister und Ministerinnen. Sie sah Erfolge der rot-roten Landesregierung. Simone Oldenburg betonte, dass die Regierung vom ersten Tag an in „Krisenzeiten“ arbeite. „Corona brachte und bringt dramatische Einschnitte in unser aller Leben und besonders schwer betroffen sind die Familien.“ Auch die Werften hätten durch die Pandemie Insolvenz anmelden müssen. „Aber es ist dieser Regierung aus SPD und LINKE mit Unterstützung der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gelungen, gemeinsam mit dem Insolvenzverwalter und den Betriebsräten gelungen, Transfergesellschaften zu gründen, um die hervorragenden Fachleute im Land zu halten und alles daran zu setzen, unsere industrielle Stütze, die maritime Wirtschaft, trotz der schwierigen Lage gemeinsam zu retten.“

Dann gab die Ministerin einen kleinen Einblick in die Arbeit der ersten 100 Tage in ihrem Ministerium für Bildung und Kindertagesförderung: „Das 3-Phasen-Modell hat uns wie die erfolgreiche Test-Strategie durch diesen Corona-Winter gebracht und zwar so, dass an fast allen Schulen das gesamte erste Halbjahr Präsenzunterricht stattfand.“ Die Alltagshelfer in den Kindertagesstätten würden in diesem Monat wieder eingeführt, in der kommenden Landtagssitzung werde die Novelle des KIFÖG eingebracht, um den beitragsfreien Ferienhort zu ermöglichen. „Darüber hinaus haben wir die ersten Maßnahmen zur Lehrkräfte-Gewinnung umgesetzt und die Bewerbungsverfahren verändert.“

Innenminister, **Christian Pegel** (SPD) monierte, dass in der Eingangsrede die verschiedenen Krisenbewältigungen „wie Petitesse“ dargestellt wurden und zählte auf, was in dem von ihm geführten Ministerium bisher erreicht sei: „Der Gesetzentwurf für die Einführung des aktiven Wahlalters mit 16 Jahren stehe „kurz davor, erstmals an die Pforte des Kabinetts klopfen zu können und wird im Laufe dieses Jahres dieses hohe Haus erreichen“. Trotz der verschiedenen sehr negativen Einflüsse durch die Pandemie und deren Auswirkungen auf die Wirtschaft, sichere seine Regierung „die möglichst stabile kommunale Finanzausstattung“.

Das bereits durch die große Koalition begonnene umfangreiche Programm für die Neuanschaffung von Feuerwehrfahrzeugen werde konsequent vorangetrieben, seit einigen Wochen werde monatlich eine zweistellige Zahl an Fahrzeugen an die freiwilligen Feuerwehren im ganzen Land übergeben. Parallel leite man die ebenfalls vorgesehene Neubeschaffung größerer Feuerwehrfahrzeuge ein.

Justizministerin **Jaqueline Bernhard** (DIE LINKE), bekräftigte, dass die Regierung seit 100 Tagen im Krisenmodus agiere. „Das Justizministerium hat dafür gesorgt, dass wir rechtssichere Regelungen bei den Corona-Verordnungen auf den Weg bringen konnten.“ Daneben begleitete man zwei Gesetzentwürfe, etwa das eingebrachte „Feiertagsgesetz“, womit wir als rot-rote Koalition deutlich machen, „dass Gleichstellung ein großer Schwerpunkt ist“. Das sehe man nicht nur an der Zusammensetzung dieses Kabinetts, das zum ersten Mal paritisch besetzt ist, sondern auch an der Einsetzung einer Landesbeauftragten für Gleichstellung.“ Eingebracht wurde auch der Gesetzentwurf zur Eilverkündigung für Rechtsverordnungen. „Das klingt etwas rechtstechnisch, aber es entlastet die Verwaltung, führt zu mehr Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger, die schneller die Corona-Verordnungen im Internet nachlesen können.“

Finanzminister **Dr. Heiko Geue** (SPD) erwähnte den MV Schutzfonds zur Bekämpfung der Pandemie und ihrer Folgen: „Ich freue mich, dass das Kabinett schon entschieden hat, dass wir über das Haushaltsbegleitgesetz eine Ausweitung der parlamentarischen Mitbegleitung beim MV Schutzfonds vornehmen wollen. In Zukunft soll nicht mehr nur der Finanzausschuss, sondern das gesamte Parlament auch über den MV Schutzfonds beraten und Veränderungen mitentscheiden können.“ Die Chefgespräche zum aktuellen Doppelhaushalt 2022 und 2023 seien „erfolgreich“ abgeschlossen. Geue betonte die enge Zusammenarbeit mit den Kommunen: „Wir hatten einen Kommunalgipfel, wir haben die FAG-Beiräte, um die Einnahmesituation der kommunalen Ebene auch während Corona zu stabilisieren.“ Auch zu wichtigen Sozialthemen wie dem Kinderförderungsgesetz oder dem Bundesteilhabegesetz seien „wichtige Verfahrens-, aber auch wichtige finanzielle Einigungen mit der kommunalen Ebene gelungen“. Die „historische Mammutaufgabe der Grundsteuerreform“ werde weiter vorbereitet. Alle Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, die Grundstücke ihr Eigen nennen – es sind immerhin 1,2 Mio. wirtschaftliche Einheiten – „werden dieses Jahr ihre Steuererklärung abgeben müssen, damit 2025 die Grundsteuer entsprechend auf den Weg gebracht werden kann“.

Wirtschaftsminister, **Reinhard Meyer** (SPD), gab zunächst eine sehr persönliche Einschätzung seiner 100 Tage Bilanz. Er habe „noch nie so inhaltlich mit einem Koalitionspartner diskutiert, (...) immer mit dem Ziel der besten Lösung.“ Auch Meyer verwies auf die Belastungen durch die Corona-Pandemie, die viele Wirtschaftshilfen nötig macht. Er sprach die MV Werften an, sagte aber auch, dass sich „auch schon vorherige Regierungen damit auseinandersetzen hatten“. Bezüglich der von Franz Robert Liskow monierten fehlenden Ziele verwies Meyer auf eine Klausur der Regierung nach den ersten 100 Tagen, „da haben wir uns alle über die Schwerpunkte in den jeweiligen Häusern verständigt“. Die dort formu-

lierten Ziele nannte er „in aller Kürze“, nämlich: „Fachkräftestrategie für Mecklenburg-Vorpommern, eine Innovationsoffensive, insbesondere abgestellt auf die Wirtschaftsstruktur des Landes Mecklenburg-Vorpommern mit kleinen und mittleren Unternehmen.“ Darüber hinaus verwies er auf „die konkrete Umsetzung eines Industriekonzepts im Strukturwandel, der nicht einfach ist“, versprach „eine Mobilitätsoffensive, mit neuen Tickets und dem Ruf-Bus-System“ und den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien sowie die Vorlage eines Tourismusgesetzes. Mit diesen Zielen, so Meyer, sei man „auf dem richtigen Weg“.

**Dr. Till Backhaus**, Landwirtschaftsminister (SPD) forderte Regierung und Opposition auf, Lösungen anzubieten und anständig miteinander umzugehen, eine Äußerung, die Unmut und Beifall in den Fraktionen auslöste. Zurück zur Sachebene wies der Landwirtschaftsminister darauf hin, dass sein Ressort nicht nur mit der Corona-Pandemie, sondern auch mit der Schweinepest und Vogelgrippe zu kämpfen habe und reklamierte für sein Ministerium, dass man die Schweinepest stoppen konnte, das sei „einmalig in Deutschland“. Dann nannte Backhaus Kernpunkte für sein Ressort: Das neue Landesklimaschutzgesetz etwa, in seinen Worten „die größte gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Oder die erfolgreiche Mitteleinwerbung, allein aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) sei „mehr als eine Milliarde Euro gesichert worden“, die in den kommenden fünf Jahren für die Ökonomie, die Ökologie und soziale Verantwortung zur Verfügung stünden. Auch das Landeswassergesetz sei im Entwurf fertiggestellt, „allein in diesem Jahr werden wir 20 Mio. EUR in den Hochwasser- und Küstenschutz investieren“.

**Bettina Martin** (SPD), Wissenschaftsministerin, startete ohne Umschweife in ihren Beitrag: Ihrem Ressort sah sie eine besondere Rolle in der aktuellen Situation zukommen, „wir sind mitten in einer großen Transformation, da braucht es die Wissenschaft und die Kultur“. Sie verwies auf langfristige Ziele. Eines sei, dem Bundesland eine Wissenschafts- und Forschungsstrategie zu geben. Als ersten Schritt nannte Bettina Martin hier „ein neues Landesgraduiertenförderungsgesetz“. Der Nachwuchs in Wissenschaft und Kultur soll gestärkt und wettbewerbsfähiger werden, die Förderung wurde um 50 Prozent erhöht. Den Fokus auf Europa erläuterte sie mit dem Beispiel der Wissenschaftsbrücke, die kurz nach dem Kriegsbeginn in der Ukraine ins Leben gerufen wurde: Einheimische Hochschulen und Universitäten unterstützen darin vor allem geflüchtete ukrainische Wissenschaftler. Mittlerweile würde das Konzept sogar bundesweit übernommen, zusammen mit ihren Ministerkollegen in anderen Bundesländern wurde eine Bundeswissenschaftsbrücke für die Ukraine gebaut.

Auch Sozialministerin **Stefanie Drese** (DIE LINKE) nannte zuerst die Corona-Pandemie, als sie über die Aktivitäten in ihrem Ministerium zu sprechen begann. Ihre Mitarbeiter würden „am Limit und darüber hinaus arbeiten“. In ihrer 100 Tage-Bilanz führte sie auf, „dass die älteren Menschen in den Pflegeheimen in der Pandemie bestmöglich versorgt und gepflegt werden“. Außerdem habe man „die Impfinfrastruktur schnellstmöglich ausgebaut, und die Test- und Laborkapazitäten deutlich erhöht“. Verordnungen hätten ständig angepasst werden müssen, Krisenstäbe einberufen, wöchentliche Abstimmungsrounden – so beschrieb die Ministerin „den Alltag“ in den ersten 100 Tagen. Sie mahnte zudem: „Corona wird uns auch in den nächsten Monaten begleiten und ist nach dem 20. März nicht vorbei. Ein Gesetz beendet die Pandemie leider nicht.“

**Nikolaus Kramer**, Fraktionsvorsitzender AfD, bemühte mit Blick auf die 100-Tage-Bilanz der Regierung eine Analogie aus dem Fußball: „Schwach begonnen, und dann stark nachgelassen.“ Seine Befürchtung: „Wenn es so weiter geht, drohen Mecklenburg-Vorpommern im besten Fall fünf Jahre Stillstand.“ Kramer warf der Koalition vor, sie fange „nicht an zu regieren“. Angesichts der steigenden Inflation, der in die Höhe preschenden Energiepreise und dem Krieg in Europa hält er das Wirken der Regierung für „nicht zufriedenstellend“. Mit Blick auf die Insolvenz der MV Werften sagt Kramer, die aktuelle Landesregierung wie auch die davor hätten auf „einen völlig falschen Partner gesetzt“. (...), „die Insolvenz des Hongkonger Mischkonzerns fiel eben nicht vom Himmel und war nicht Corona bedingt.“ Kramer kritisierte die Bürgschaften und Darlehen des Landes für die Werften und verwies auf „einen drohenden Verlust von 400 Mio. EUR für das Land“. Die Corona-Politik der Regierung bezeichnete Kramer als „Corona-Chaos“ und warf der Regierung vor, durch die Corona-Maßnahmen mehr als „9.000 Arbeitsplätze in der Gastronomie“ vernichtet zu haben. Weiterhin beklagte er, die Landesregierung habe mit falschen Zahlen zur Inzidenz im Land agiert. Zuletzt monierte er, dass die ehemalige Landesvorsitzende der LINKEN einen „hochbezahlten Job“ als Gleichstellungsbeauftragte erhielt und merkte an, dass der Landesrechnungshof diese Jobvergaben als „verfassungswidrig“ bezeichnet habe.

**Jeannine Rösler**, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE, war anderer Meinung. Sie sah „gute Ergebnisse in den ersten 100 Tagen der Regierungskoalition von SPD und Die LINKE.“ Die Pandemie, verbunden mit vielen Extra-Ausgaben, könne die Landesregierung aktuell und in den kommenden Jahren in „eine schwierige Haushaltslage“ bringen, daran trage die Landesregierung aber „keine Verantwortung“. Besonders würde die maritime Industrie unter der Pandemie leiden, so die Politikerin, und die sei für das Land noch immer von „herausragender Bedeutung“. Mit Blick auf die innenpolitischen Herausforderungen, nannte Jeannine Rösler „die Aufdeckung

rechtsextremistischer Netzwerke“ im Land und die Frage, welche Schlussfolgerungen man daraus für das politische Handeln ableite. Sie schloss ihren Beitrag mit der Bemerkung, dass die Regierung in den ersten 100 Tagen Dinge angeschoben habe, die mit einer Regierungsbeteiligung der CDU niemals möglich gewesen wären, ihrer Meinung nach zum Beispiel das Klimaschutzgesetz und die Perspektiven für eine nachhaltige Landwirtschaft. Ihr Fazit: „Das alles ist ein Aufbruch par excellence!“

**Anne Schepley** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), stellvertretende Fraktionsvorsitzende, sah „jede Menge Gesprächsbedarf zur aktuellen Regierungspolitik“. Die Liste mit kritischen Punkten werde „täglich länger“, das mache die Vielzahl an kleinen Anfragen und Anträgen in der zurückliegenden 100 Tagen, auch aus ihrer Fraktion, „überdeutlich“. Anne Schepley kritisiert, dass die Landesregierung das Thema Klimaschutz verschleppe. Politik habe die Verantwortung, auf alle Krisen zu reagieren, und die Klimakrise sitze „nicht im Wartezimmer“. Ein nötiges Klimaschutzgesetz würde weiter „auf die lange Bank“ geschoben. Sie beklagte, dass Änderungsanträge der Opposition „nicht als inhaltliche Verbesserung im Dienst der Sache angesehen würden, sondern als Affront gegen die Arbeit der Landesregierung“. Anne Schepley fragte mit Blick auf den Rückzug von NORDEX, warum es nicht gelänge, „im windreichsten Bundesland in Deutschland, eine Windkraftfirma zu halten“. Gleichzeitig würde die Landesregierung die fossile Infrastruktur unterstützen, und so eine gefährliche Anhängigkeit von Russland in Kauf nehmen. Mit Blick auf die Düngemittelverordnung beklagte Shepley, dass es keinen Plan geben, „wie wir Landwirtschaft und Naturschutz unter einen Hut kriegen“. Im Bereich Mobilität habe man noch gar nichts von der Landesregierung gehört, „die Menschen warten noch immer auf den Bus, der nicht mehr kommt“.

**René Domke**, Fraktionsvorsitzender FDP, räumte ein, dass die Regierungskoalition von Anfang an „im Krisenmodus“ agieren musste, argumentierte aber auch, dass Krisen wie die Corona-Pandemie oder die Insolvenz von MV Werften keineswegs überraschend kamen. Gerade bei Letzterem sei noch viel aufzuarbeiten, „wer, was und wann schon gewusst habe“. Auch Domke sprach das Thema Russland an, und warf der Landesregierung eine „verstörende Nähe“ zu diesem Land vor. Auch die Klimastiftung griff Domke an: „Seien wir doch mal ehrlich, es diene der Umgehung von Sanktionen.“ Bei den Vorgängen in den Unikliniken Rostock und Greifswald vermisst der Politiker die nötige „Transparenz“. In seinem Fazit kritisiert Domke weiterhin die Verabschiedung eines weiteren Feiertags, „anstatt erst einmal darüber nachzudenken, wie wir mehr Wertschöpfung nach M-V bekommen“. Darüber hinaus zweifelt Domke den sachgemäßen Einsatz des MV-Schutzfonds an, einem Hilfsprogramm zur Abmilderung der Pandemiefolgen, hier müsse man „sehr genau schauen“, ob es zu allen Ausgaben wirklich einen Pandemiebezug gebe, der Fördertopf sei „nicht die Spardose der Landesregierung für die Umsetzung ihres Koalitionsvertrags“.

**Julian Barlen** (SPD), Fraktionsvorsitzender, ging auf das Thema „MV Werften“ ein. Die Regierung arbeite zusammen mit dem Insolvenzverwalter, den Kommunen, den Tarifparteien und den Gewerkschaften daran, „eine Zukunftsperspektive für die maritime Industrie in Mecklenburg-Vorpommern hinzubekommen“. Mit dem „völlig unerwarteten“ Krieg in der Ukraine habe es seitens der Regierungskoalition zu jeder Zeit einen „verantwortungsvollen Umgang“ gegeben. Barlen sieht die Koalition auch im Bereich der Abkehr von fossilen Energien auf Kurs: „Bis 2035 wollen wir den Energiebedarf dieses Landes aus eigener erneuerbarer Kraft decken, bis 2040 wollen wir CO<sub>2</sub>-neutral sein. Da gibt es ganz konkrete Maßnahmen, die haben wir hier schon stundenlang diskutiert.“ Zuletzt lud Barlen zu „einem respektvollen Miteinander“ ein, „lassen Sie uns dahin zurückkehren“. An die Adres-

se der Abgeordneten Shepley sagte Barlen, es „ein menschlicher Tiefpunkt“, dass sie behauptet hätte, die Ministerpräsidentin Manuela Schwesig habe mit ihrer Politik die Tür zu einem Krieg in der Ukraine ein Stückweit mit aufgemacht. Zuletzt lud Barlen alle Abgeordneten dazu ein, den Aufbruch 2030 „konstruktiv mitzugestalten“.

Franz-Robert Liskow, CDU:

„Die Zahl der abrechenbaren Leistungen, die ist überschaubar.“

Foto: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! [...] Es ist ein guter politischer Brauch, dass die Regierung nach 100 Tagen im Amt eine erste Bilanz präsentiert. [...] Die Zahl der abrechenbaren Leistungen, die ist überschaubar. Sie haben den Weg geebnet für die Öffnung der Flaggenordnung, der 8. März wird demnächst Feiertag

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

und die Enquete-Kommission „Jung sein in M-V“ ist eingerichtet.

*(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)*

Unterm Strich war es das dann. Andererseits besteht der Koalitionsvertrag zu einem erheblichen Teil ja auch aus Bekräftigungen, aus Prüfaufträgen und aus Selbstverständlichkeiten. [...] Gemessen daran ist die Mängelliste jedoch erstaunlich lang. [...]

*(Julian Barlen, SPD: Ts! – Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)*

Entsprechend getrieben und reagierend statt agierend wirken Sie. [...]

*(Zurufe von Ministerin Stefanie Drese und Minister Reinhard Meyer)*

Und spätestens, seit Russland Krieg gegen die Ukraine führt, merkt man, dass Ihnen die Antworten auf die Fragen dieser Zeit fehlen. Sondersitzungen, Solidaritätszeichen, Hilfe für die Ukraine, das Eingeständnis eigener Fehler, das Hinterfragen von Entscheidungen, all das muss die Opposition seit Wochen erledigen beziehungsweise Ihnen mühsam abhandeln.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP – Julian Barlen, SPD: Einbildung ist auch eine Bildung!)*

[...] Symptom dieses Problems ist zum Beispiel die standhafte Weigerung, auf Fragen zu antworten. [...] Von Ihrem selbst gesteckten Ziel, den besonders fairen Umgang mit der Opposition, sind Sie jedenfalls schnell abgerückt. Auf Kleine Anfragen wird stark verspätet geantwortet, und wenn geantwortet wird, dann mitunter so, dass Sie uns zwingen, vor Gericht zu gehen, um wirkliche Antworten zu bekommen. [...]

Und ich habe [...] die Befürchtung geäußert, dass unter Rot-Rot die Deindustrialisierung des Landes [...] voranschreiten könnte, was nicht nur zu einem Verlust an Wertschöpfung führt, sondern vor allem zu einem Verlust an gut bezahlten Arbeitsplätzen. [...] Die MV WERTTEN sind pleite. [...] auch wegen fehlender Unterstützung aus Schwerin.

*(Zurufe vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE: Jaja! – Torsten Koplín, DIE LINKE: Unsinn!)*

Dann vor wenigen Tagen Nordex.

*(Zurufe von Julian Barlen, SPD, und Torsten Koplín, DIE LINKE)*

[...] von besonders großem Ehrgeiz seitens der Landesregierung, das Unternehmen zu halten,

*(Torsten Koplín, DIE LINKE: Das ist auch Unsinn!)*

ist auch nichts zu spüren gewesen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP – Julian Barlen, SPD: Das ist Unsinn!)*

[...] Auch mit Blick auf die Innenpolitik waren die Befürchtungen groß. [...]

Die Erklärung von Frau Schwesig und Frau Oldenburg[...] ließ nichts Gutes erahnen. Das Wort „Generalverdacht“ stand im Raum. Herr Pegel bleibt sich allerdings treu. [...] unmittelbaren Handlungsdruck scheint er jedenfalls nicht zu verspüren. [...] In der 100-Tage-Bilanz-Pressemitteilung von vor zwei Wochen tauchen weder die Polizei noch die Kommunen auf. So kann man Gleichgültigkeit auch zum Ausdruck bringen [...].

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP – Torsten Koplín, DIE LINKE: Unterstellung! – Zuruf von Elke-Annette Schmidt, DIE LINKE)*

[...] Ebenso wenig hat mich die Argumentation von Dr. Backhaus [...] überzeugt. Seine Landesverordnung zur Ausweisung roter Gebiete[...] ist [...] vor Gericht kassiert worden. Die Meinung von Richtern und Staatsanwälten sind im Hau-

se Backhaus vielleicht aber eben auch nur Meinungen.[...] wenn es um die Lehrkräfte geht, dann ist Frau Oldenburg sehr penibel. 1.000 zusätzliche Lehrkräfte sind eben etwas ganz anderes als 1.000 zusätzliche Stellen. Und so verpuffte die Forderung der LINKEN aus dem Wahlkampf, noch bevor Rot-Rot so richtig angefangen hatte.

[...] Ich freue mich jetzt selbstverständlich auf die Grußworte der Landesregierung, die gleich folgen.

*(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)*

[...] – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Ministerin Simone Oldenburg:

„... das nennen wir  
Aufbruch.“

Foto: Uwe Sinnecker



Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Was kann eine Regierung in 100 Tagen alles auf die Beine stellen? Diese 100-Tage-Frist gewährt man normalerweise neuen Regierungen, um Fuß zu fassen, sich einzuarbeiten und natürlich auch,

*(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)*

um erste Pflöcke einzuschlagen und einige Erfolge zu erzielen...

Sehr geehrte Damen und Herren, vom ersten Tag an hat unserer Koalition bereits neben der Corona-Pandemie eine weitere Krise zu schaffen gemacht, die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest in Mecklenburg-Vorpommern... Obwohl hier nun viele Kräfte gebunden waren, konnten wir dennoch zeitgleich konkrete Maßnahmen und Ziele für das erste Klimaschutzgesetz des Landes erarbeiten, die bereits im Sommer dieses Jahres auf einer ersten Regionalkonferenz beraten werden.

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

Neben diesen ganzen Vorbereitungen hat die rot-rote Landesregierung

*(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)*

mit dem ersten Tag alles getan, um die Ausbreitung der Corona-Pandemie einzudämmen. Wir haben die fast abgewickelten Impfstrukturen und Testkapazitäten zügig wieder hochgefahren und 340.000 FFP2-Masken kostenlos zur Verfügung gestellt.

*(Torsten Koplín, DIE LINKE:*

*Hört, hört! –*

*Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)*

Wir haben uns beim Bund erfolgreich für den Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger und für die Verlängerung der Wirtschaftshilfen

*(Unruhe vonseiten  
der Fraktion der SPD)*

sowie des erhöhten Kurzarbeitergeldes eingesetzt.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)*

Um in dieser schweren Zeit in der Wirtschaftspolitik nicht nachzulassen und die Unternehmen unseres Landes nicht im Regen stehen zu lassen, finanziert die Landesregierung die Überbrückungshilfe vor, unterstützt mit der Neustart-Prämie 2 sowie mit zinsfreien Darlehen und sie gewährt seit Januar Zuschüsse zur Ausbildungsvergütung, um Kurzarbeit für Azubis zu verhindern.

Sehr geehrte Damen und Herren, in den ersten 100 Tagen haben wir alle Vorbereitungen getroffen, damit der Landtag die Enquete-Kommission „Jung sein in M-V“ einsetzen kann. So geben wir gemeinsam, über die Parteigrenzen hinweg,

*(Unruhe vonseiten  
der Fraktion der CDU –  
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)*

den jungen Frauen und Männern die Möglichkeit, sich noch mehr in die Gesellschaft und in die Politik einzubringen und vor allem ihre Zukunft selbst zu gestalten...

In dieser Landtagssitzung haben wir eine Gesetzesinitiative eingebracht für einen neuen Feiertag

*(Heiterkeit vonseiten  
der Fraktion der CDU)*

und damit für die längst überfällige umfassende Anerkennung der Leistungen der Frauen, die ihre Arbeit und die Familie managen, meistens diejenigen sind, die die Eltern pflegen, die Kinder umsorgen und erziehen. Dieses große Dankeschön für eine grandiose Leistung der Frauen, das nennen wir Aufbruch.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD  
und DIE LINKE)...*

Sehr geehrte Damen und Herren, dass unser Herz für die Kommunen schlägt, beweist unser Kommunalgipfel, den wir bereits 14 Tage nach unserem Regierungsbeginn durchgeführt haben. Diese Koalition lässt die Kommunen nicht im Stich, sie gewährt ihnen einen zeitlichen Aufschub zur Rückzahlung der Corona-Hilfen. Und damit stehen den Kommunen in diesem Jahr 100 Millionen Euro mehr zur Verfügung, Geld, was sie dringend brauchen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE –  
Unruhe vonseiten  
der Fraktion der AfD)*

Eltern und Schulen haben wir von belastender Bürokratie befreit, weil wir entschieden haben, dass die Schülerschaft auch als Testnachweise gelten. Die Alltagshelferinnen und Alltagshelfer für die Kindertagesstätten werden in diesem Monat wieder eingeführt, und in der kommenden Landtagsitzung werden wir die Novelle des KiföG einbringen und damit den beitragsfreien Ferienhort. Ab diesen Sommerferien haben die Eltern dann die Möglichkeit,

*(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)*

Ihre Kinder bis zu zehn Stunden täglich in allen Ferien kostenlos betreuen zu lassen. Ferienspaß für die Kleinen und Entlastung für die Großen, das nennen wir erfolgreiches Regierungshandeln.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE –  
Henning Foerster, DIE LINKE: Sehr gut!)*

Minister Christian Pegel:

## „Dieses Land gewährt Solidarität und lebt sie.“



Foto: Uwe Sinnacker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)*

[...] wir haben im Innenministerium neben den verschiedenen Krisenbewältigungen, die leider in der Einbringungsrede so ein bisschen wie Petitesse dargestellt wurden, in allen Abteilungen die vorrangigen Themen anstoßen und zum Teil schon bis ins Kabinett führen können. [...] Für mehr Freiheiten und Rechte haben die Kolleginnen und Kollegen im Innenressort die Vorbereitungen für eine deutliche Liberalisierung der Flaggenverordnung wesentlich vorangetrieben. Praktisch [...] haben wir diese Ergebnisse bereits vorweggenommen, [...] bei der Beflaggung gegen Frauengewalt und [...] bei den diversen Solidaritätsbekundungen in den Städten und Gemeinden mit der Ukraine nach dem Beginn des Angriffskrieges, die wir zugelassen haben. Wir gewähren kommunale Freiheit [...].

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)*

Der Gesetzentwurf für die Einführung des Wahlalters mit 16 [...] wird im Verlauf dieses Jahres dieses Hohe Haus ebenfalls erreichen. Wir werden mehr Demokratie wagen

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE –  
Julian Barlen, SPD: Super!)*

Wir haben [...] die konsequente [...] Zusammenarbeit mit den Kommunen auf Augenhöhe und eine stabile Kommunalfinanzierung im Rahmen des Kommunalgipfels im letzten Dezember [...] mit der kommunalen Familie weiter umgesetzt. Wir sichern eine [...] stabile kommunale Finanzausstattung trotz der verschiedenen negativen Einflüsse der

Pandemie und deren Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung. Sie haben offenbar schlicht Ihren Kontakt zur kommunalen Familie verloren, sonst wüssten Sie das [...].

*(Henning Foerster, DIE LINKE:  
Das ist die ganze Hilflosigkeit.)*

[...] Wir haben das durch die Große [...] begonnene Programm für die umfangreiche Neubeschaffung der Feuerwehrfahrzeuge konsequent vorangetrieben, sodass seit einigen Wochen einmal monatlich eine zweistellige Zahl an Fahrzeugen an die freiwilligen Feuerwehren im gesamten Land übergeben werden kann. Parallel haben wir die ebenfalls vorgesehene Beschaffung der größeren Feuerwehrfahrzeuge eingeleitet, um kontinuierlich die Neufahrzeugbeschaffungen der Feuerwehren weiterzuführen. Wir sichern die Einsatzbereitschaft der Feuerwehren quer durchs ganze Land.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)*

Die Kolleginnen und Kollegen der Polizeiabteilung bereiten zudem die kleine, aber schnell erforderliche SOG-Novelle vor, mit der [...] nur bis Oktober dieses Jahres für anwendbar erklärten Bestimmungen einer verfassungsgemäßen Neufassung zugeführt werden. Wir stellen die Arbeit von Polizei und Sicherheitsbehörden künftig auf sichere, verfassungsgemäße Beine und sichern weiterhin wichtige Eingriffsbefugnis,

*(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:  
War das vorher nicht so?)*

[...] Für den dringend benötigten Nachwuchs für unsere Polizei, aber auch für den gesamten Landesdienst haben wir der Ausbildung, insbesondere aber auch der Qualifizierung und dem Aufstieg besonderes Augenmerk gewidmet. Die Stärkung unserer Hochschule in Güstrow, zum Beispiel durch die Einführung einer Y-Ausbildung für Schutz- und Kriminalpolizei, die stärkere Berücksichtigung der Digitalisierung in der Verwaltung und in der Ausbildung, in den entsprechenden Ausbildungsinhalten, und das kommende Woche im Kabinett erstmalig zu behandelnde Konzept für Qualifizierung und Aufstieg im Landesdienst steigern die Arbeitgeberattraktivität des Landes deutlich. Wir sichern Nachwuchs [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)*

Neben dieser für alle Ressorts und gemeinsam zentral umzusetzenden Entwicklungsperspektive für unsere Kolleginnen und Kollegen wird auch die Zentralisierung der Landes-IT, der MV-PC als Grundrechensystem auf jedem Arbeitsplatz und eine einheitliche Server- und Sicherheitsinfrastruktur die Landesressourcen noch zielführender einsetzen helfen. Das Konzept wird kommende Woche erstmalig im Kabinett erörtert. Die Umsetzung soll noch im laufenden Jahr begin-

nen, gerade auch zur Sicherstellung einer noch wirksameren Cyber-Sicherheit. Wir sichern einheitliche PC-Arbeitsplätze und wir sichern vor allen Dingen Cyber-Sicherheit in der Landesverwaltung durch diese Zentralisierung,

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)*

Das Innenministerium war aber insbesondere in den letzten 100 Tagen mit der Pandemiebegleitung im Rahmen des Corona-Krisenstabes deutlich herausgefordert, und die aktuell hinzugekommene Herausforderung der gemeinsamen Solidarleistung gegenüber den [...] Schutzsuchenden aus der vom Angriffskrieg gebeutelten Ukraine bestimmt momentan weithin die Arbeit, [...] Dieses Land gewährt Solidarität und lebt sie. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –  
Torsten Koplín, DIE LINKE: Bravo!)*

Ministerin Jacqueline Bernhardt:

„Mit uns wird  
der Rechtsstaat gewährt.“



Foto: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei dem CDU-Antrag zur Aussprache „100 Tage Krisenmodus – kein Aufbruch für M-V“ stimmt eigentlich nur der erste Teil. Ja, wir befanden uns 100 Tage in der Krise und sie geht weiter. Und natürlich hat das Justizministerium insgesamt dafür gesorgt, dass wir rechtssichere Regelungen bei den Corona-Verordnungen auf den Weg bringen. Deshalb einen herzlichen Dank an das Ministerium, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die hier im Sinne der Bürgerinnen und Bürger sicherstellen, dass wir rechtssichere Rechtsverordnungen auf den Weg bringen! Mit uns wird der Rechtsstaat gewährt.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)*

Aber nicht nur dem Ministerium ist zu danken, sondern auch den Gerichten, Staatsanwaltschaften, Justizvollzugsanstalten, der Bewährungs- und Führungsaufsicht für ihre Arbeit zur Aufrechterhaltung des Rechtsstaates, die uns ergänzt haben. Insofern ging es hier Hand in Hand und wir haben gemeinsam bisher die Krise gut bewältigt.

Daneben durften wir zwei Gesetzentwürfe begleiten. Das eine ist das bereits gestern eingebrachte Feiertagsgesetz, womit wir als rot-rote Koalition deutlich machen, dass Gleichstellung bei uns ein großer Schwerpunkt ist. Das sieht man nicht nur an der Zusammensetzung dieses Kabinetts, das das erste Mal paritätisch besetzt ist, worauf ich sehr stolz bin, sondern das sieht man auch an der Einsetzung einer Landesbeauftragten für Gleichstellung, die diese großen Aufgaben in der Zukunft, wie das gleichstellungspolitische Rahmenprogramm, weiter auf den Weg bringen wird. Dieses Land steht für mehr Gleichstellung, diese rot-rote Koalition steht für mehr Gleichstellung.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)*

Gestern wurde ebenfalls eingebracht ein Gesetzentwurf zur Eilverkündung von Rechtsverordnungen. Das klingt erst mal etwas rechtstechnisch, aber es entlastet die Verwaltung, es führt zu mehr Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger, die schneller die Corona-Verordnungen im Internet nachlesen können. Wir haben die Formulierungshilfe in den ersten Tagen auf den Weg gebracht.

*(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)*

Nur mal so am Rande: Im Ministerium der CDU lag es seit 2020. Das zeigt, wir sind für Transparenz und Rechtssicherheit.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)*

Wir stellen den Nachwuchs im Bereich der Justiz sicher. So konnte die Ombudsstelle für die Referendare auf den Weg gebracht werden, und der Zuschlag, der gestern beschlossen wurde, für die Referendar/-innen und Richter wurde ebenfalls – eine lange Forderung der Referendare – erfüllt. Darüber bin ich froh. Und ich finde, wir haben als rot-rote Koalition viel auf den Weg gebracht und es wird weiterhin so gehen. Das ist der „Aufbruch 2030“. – Vielen Dank!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)*

Minister Dr. Heiko Geue:

## „So sieht solide Finanzpolitik auch aus.“



Foto: Uwe Sinnacker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Abgeordneten! Es wird ja ganz heiß diskutiert hier, was alles jetzt kommt. Sie sind ja ganz gespannt.

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

Die ersten 100 Tage waren davon geprägt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, die solide Finanz- und Haushaltspolitik der Vergangenheit trotz der Krisen, trotz der Katastrophen, trotz des Krieges fortzuführen. Wir haben bei der Bekämpfung der Pandemie und der Bewältigung der Pandemiefolgen weiterhin den „MV-Schutzfonds“, der uns dabei hilft, der uns dabei unterstützt. Und ich freue mich, dass das Kabinett schon entschieden hat, dass wir über das Haushaltsbegleitgesetz tatsächlich eine Ausweitung der parlamentarischen Mitbegleitung beim „MV-Schutzfonds“ vornehmen wollen, über das Haushaltsbegleitgesetz. In Zukunft soll nicht mehr der Finanzausschuss, sondern das ganze Parlament auch über den „MV-Schutzfonds“ beraten können und Veränderungen mitentscheiden können. Das ist gelaufen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)*

Wir haben erfolgreich die Chefgespräche abgeschlossen zum aktuellen Doppelhaushalt 2022/2023. Die Schwerpunkte werden Ihnen hier von den Kolleginnen und Kollegen dargestellt. Ich kann Ihnen aber auch verraten, da sind auch Einsparungen damit verbunden. Da werden wir am Dienstag nach dem Haushaltskabinett mehr dazu sagen. So sieht solide Finanzpolitik auch aus, auch wenn es Ihnen nicht gefällt, weil Sie das anders erwarten von Rot-Rot. Wir sind weiter solide.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)*

Der Innenminister hat jetzt darauf verwiesen, wir haben intensiv in den letzten Monaten mit der kommunalen Ebene zusammengearbeitet, wir hatten einen Kommunalgipfel, wir haben die FAG-Beiräte, um die Einnahmesituation der kommunalen Ebene auch während Corona zu stabilisieren. Das ist erfolgreich gelungen beim Kommunalgipfel, das ist gesagt worden. Es ist aber auch erfolgreich gelungen, dass dort zu wichtigen Sozialthemen wie dem Kinderförderungsgesetz oder auch dem Bundesteilhabegesetz wichtige Verfahrens- und auch finanzielle Einigungen mit der kommunalen Ebene gelungen sind.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)*

Nicht zu unterschätzen, ganz wichtig für die weitere Zukunft, ist die Verständigung auf einen gemeinsamen Datenpool, weil wir werden es weiter, gerade im Sozialbereich, mit deutlich steigenden Kosten aufgrund des demografischen Wandels zu tun haben. Und es ist sehr wichtig, dass wir in der gemeinsamen Steuerung, Land und Kommunen, einen besseren Datenpool, eine bessere Datengrundlage haben. Auch darauf haben wir uns verständigt. So sieht erfolgreiche Kommunalpolitik aus, meine Damen und Herren.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)*

Wir haben beim Besoldungs- und Versorgungsrecht einen Gesetzentwurf für die einmalige Sonderzahlung in Höhe von 1.300 Euro auf den Weg gebracht, für die Covid-Belastung, damit das Tarifergebnis im öffentlichen Dienst auch fair und gerecht sowohl auf die Tarifbeschäftigten als auch auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden kann. Die Erste Lesung war hier schon. Also auch hier, im Bereich Gerechtigkeit, Tarifgerechtigkeit, haben wir die ersten 100 Tage nutzen können.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)*

Und wir haben die große historische Mammutaufgabe der Grundsteuerreform weiter vorbereitet aus dem Finanzministerium. Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, die Grundstücke ihr Eigen nennen, werden dieses Jahr – und es sind immerhin 1,2 Millionen wirtschaftliche Einheiten, um die es da geht –, werden dieses Jahr ihre Steuererklärung abgeben müssen,

*(Zuruf von Torsten Renz, CDU)*

damit 2025 entsprechend die Grundsteuer auf den Weg gebracht werden kann. Die ganze Kommunikation dazu, die ganzen Vorbereitungen dazu, die Einstellungen dazu sind in den ersten 100 Tagen passiert.

*(Torsten Koplín, DIE LINKE: Jawoll!)*

So was passiert nicht von allein, Herr Abgeordneter Renz.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

Damit werden wir eine solide Finanzpolitik mit besonderem Augenmerk auf die Zusammenarbeit mit der kommunalen Ebene auch weiterführen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

Minister Reinhard Meyer:

„Wie kurzfristig ist Politik  
und wo sind die Linien.“



Foto: Uwe Sinnecker

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Jede und jeder macht es irgendwie, eine 100-Tage-Bilanz. Und wenn jetzt die Schülerinnen und Schüler aus Neubrandenburg mal googeln würden, [...] dann sehen sie, dass der US-Präsident das macht – übrigens mit einem White House Dinner, traditionell mit Journalisten, das machen wir nicht –, sie werden auch die Bilanz der Landesregierung finden,

*(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)*

wie sich das gehört, [...]

*(Heiterkeit vonseiten der Fraktion  
der SPD)*

Meine Damen und Herren, ich will ganz kurz etwas anderes sagen. Wie sind diese ersten 100 Tage aus meiner Sicht als Minister in der Landesregierung gewesen? Sie sind so gewesen, wie die Koalitionsverhandlungen mit dem Koalitionspartner gewesen sind. Ich habe – und das habe ich schon mal gesagt – noch nie so inhaltlich diskutiert mit einem Koalitionspartner wie mit diesem. Über jede Lösung wird geredet, diskutiert, immer mit dem Ziel der besten Lösung, und das zeichnet diese neue Regierung aus, meine Damen und Herren.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)*

Und, Herr Liskow, eine Bemerkung zu Ihnen: Ich wünsche mir über die ersten 100 Tage hinaus, dass wir keine beleidigte CDU-Opposition haben, sondern ...

*(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –  
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)*

[...] ... sondern dass wir gemeinsam einen Diskurs führen, dass wir diskutieren über die besten Wege.

*(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)*

Und ich sage auch persönlich, ich möchte da auch ein Stück weit gefordert werden,

*(Zurufe vonseiten der Fraktion der CDU:  
Wir auch! Wir auch!)*

damit wir uns über den besten Weg für Mecklenburg-Vorpommern unterhalten. Aus den Worten, die Sie gewählt haben, kann ich nicht darauf schließen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen d  
er SPD und DIE LINKE –  
Torsten Koplín, DIE LINKE: Jawoll!)*

100-Tage-Bilanzen sind, glaube ich, nicht geeignet, um zu sagen: Daumen hoch, Daumen runter. Es ist eher die Frage, wie kurzfristig ist Politik und wo – langfristig – sind die Linien. Und das ist für mich, meine Damen und Herren, der entscheidende Punkt. Natürlich hatten wir alle zusammen in der Landesregierung sehr viel mit Krisenbewältigung zu tun, das ist gesagt worden, in der Corona-Krise, die sich mit Omikron wieder verschärft hat, die Wirtschaftshilfen, insbesondere das, was das Land zusätzlich tut, auf den Weg zu bringen. Ja, das Thema MV WERTEN hält uns in Atem, aber übrigens nicht erst mit dieser Regierung, sondern das geht ja schon länger so. Und jetzt kommt auch noch das Thema Angriffskrieg von Russland in der Ukraine dazu und natürlich die Unsicherheit in der Wirtschaft darüber, was werden Sanktionen bedeuten, was sind die wirtschaftlichen Folgen. All das gehört dazu.

Aber ich möchte Ihnen ganz kurz sagen – und, Herr Liskow, das nehme ich sehr ernst, Sie haben nach den Zielen gefragt: Die Landesregierung hat es anders gemacht als der amerikanische Präsident. Anlässlich von 100 Tagen haben wir eine Klausur gemacht und da haben wir uns alle über die Schwerpunkte in den jeweiligen Häusern verständigt, also die großen Punkte, die Ziele, von denen Sie gesprochen haben, über die wir hier auch im Landtag diskutieren werden. Ich nenne sie in aller Kürze:

- eine Fachkräftestrategie für Mecklenburg-Vorpommern, die es vorher so nicht gegeben hat,
- eine Innovationsoffensive, insbesondere abgestellt auf die Wirtschaftsstruktur des Landes Mecklenburg-Vor-

pommern mit kleinen und mittleren Unternehmen.

- Ja, wir werden das Industriekonzept konkret umsetzen im Strukturwandel, der nicht einfach ist.
- Wir werden eine Mobilitätsoffensive machen mit neuen Tickets, mit dem Rufbussystem.
- Wir werden die erneuerbaren Energien beschleunigt ausbauen.
- Und wir werden ein Tourismusgesetz für Mecklenburg-Vorpommern vorlegen.

Für all das haben wir die Weichen gestellt im Wirtschaftsministerium. Und ich freue mich auf die Diskussionen in den nächsten viereinhalb Jahren über den richtigen Weg. Ich glaube, mit dieser Regierung, mit diesen Zielen sind wir auf dem besten Weg dorthin.

*(Zuruf von Anne Shepley,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Vielen Dank!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)*

Minister Dr. Till Backhaus:

„Wir haben das größte Aufforstungsprogramm, das es jemals in Deutschland gegeben hat.“

Foto: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich die ersten 100 Tage betrachte, dann muss ich ganz ehrlich sagen, wir sind zehn Jahre gemeinsam in der Verantwortung gewesen, Sie haben,

*(Sebastian Ehlers, CDU: 15!)*

die CDU hat das alles mitgemacht,

*(Zuruf von Daniel Peters, CDU)*

[..]

*(Sebastian Ehlers, CDU: 15!)*

[..]

*(Sebastian Ehlers, CDU: 15!)*

[..]

*(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, AfD und DIE LINKE)*

[..]

*(Zurufe von Martin Schmidt, AfD, und Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Lösungen für Ökonomie, für Ökologie, für soziale Verantwortung,

*(Zuruf von Daniel Peters, CDU)*

und ein anständiges Umgehen miteinander.

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

Und das erwarte ich.

*(Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, wir auch.)*

Und deswegen möchte ich meine, unsere vier Punkte ...

*(Zuruf von Daniel Peters, CDU)*

[..]

*(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[..]

*(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)*

[..]

*(Zurufe aus dem Plenum: Oh! – Sebastian Ehlers, CDU: Oha!)*

[..]

*(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD – Zurufe von Sebastian Ehlers, CDU, und Daniel Peters, CDU)*

[..]

*(Glocke der Vizepräsidentin)*

das wird sich irgendwann rächen.

[..]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)*

[..]

*(Julian Barlen, SPD: Hochmut kommt vor dem Fall! – Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)*

[..]

*(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)*

[..]

*(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD – Heiterkeit bei Sebastian Ehlers, CDU – Zuruf von Daniel Peters, CDU)*

Und insofern darf ich Ihnen sagen, ja, ich habe nicht nur in dem Ressort mit Corona zu tun, sondern – leider – wir haben es auch mit ASP, im Übrigen auch mit der Vogelgrippe zu tun. Nehmen Sie das eigentlich wahr, was unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier geleistet haben innerhalb des Landes mit den Landrätinnen und Landräten oder auch mit den Verwaltungen? Dass wir im Übrigen die ASP zum Stoppen gebracht haben, ist einmalig, zumindest in Deutschland.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)*

Gucken Sie sich das mal in Brandenburg oder in Sachsen an!

*(Unruhe vonseiten  
der Fraktion der CDU)*

Da sind eure Leute mit in der Verantwortung!  
Im Übrigen haben wir, wenn man den Klimawandel –, da mögen Sie ja drüber lachen, wenn ich das an den Augen so sehe –,

*(Zuruf von Anne Shepley,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

wir haben allein im Januar/Februar, innerhalb der ersten 100 Tage, haben wir vier Stürme erlebt und haben hier im Übrigen auch das Schlimmste, was hätte passieren können, verhindern können, dass nämlich Menschen zu Schaden gekommen sind. Eine Riesenleistung!

*(Zuruf von Martin Schmidt, AfD)*

Und dann will ich natürlich die vier Punkte nennen:

*(Heiterkeit bei Martin Schmidt, AfD –  
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

Punkt 1. Wir sind dabei, das Landesklimaschutzgesetz – ich glaube, das ist heute deutlich geworden, die größte Aufgabe gesamtgesellschaftlich, uns zu lösen von den Abhängigkeiten, endlich, zu lösen von den Abhängigkeiten von anderen Regionen auf dieser Welt, die uns erpressen,

*(Zuruf von Martin Schmidt, AfD)*

uns loszusagen und diesen Weg zu beschreiten. Ich glaube,

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)*

ein großartiges Projekt mit ganz breiter Teilhabe. Da bin ich heute schon gespannt, wo Sie denn alle sein werden, wenn der Wind uns in die Augen weht.

*(Zuruf von  
Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

[...] Zweitens. Ich glaube, es ist auch uns gelungen, dass wir 1 Milliarde im Übrigen – meiner Fraktion ausdrücklich Dank, auch meinen und unseren Mitarbeitern –, 1 Milliarde haben wir für den ELER-Fonds gesichert und damit im Übrigen für die nächsten fünf Jahre 1 Milliarde Euro für die Entwicklung der ländlichen Räume, für mehr Umweltpolitik, aber auch für die Landwirtschaft und letzten Endes damit für Ökonomie, Ökologie, soziale Verantwortung. Ich finde, ein großartiges Ergebnis!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)*

Ich darf Ihnen auch ausdrücklich sagen, ja, das Landeswassergesetz ist nicht nur vorbereitet, sondern im Entwurf fertiggestellt.

*(Zuruf von Harry Glawe, CDU)*

Und allein in diesem Jahr werden wir über 20 Millionen Euro in Hochwasserschutz, in den Küstenschutz hinein investieren. Und auch da halten wir Stabilität.

Im Übrigen, dass wir den Nothafen im Übrigen auf den Weg gebracht haben in Prerow, den Inselhafen, oder dass wir auch das Regenbogencamp ...

*(Zuruf von  
Harry Glawe, CDU)*

Ja, Harry, da hast du tatsächlich ein bisschen mitgeholfen.

*(Heiterkeit vonseiten  
der Fraktion der SPD)*

[...]

*(Harry Glawe, CDU: Jaja!)*

[...]

*(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)*

[...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE –  
Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)*

Ja, Wasser ist Leben, Wasser ist Leben und ist das wichtigste Lebensmittel auf dieser Erde.

Und, Herr Liskow! Herr Liskow!

*(Franz-Robert Liskow, CDU: Ja.)*

[...]

*(Sebastian Ehlers, CDU: Na, legen Sie mal Ihre schnoddrige Art ab!)*

[..]

*(Sebastian Ehlers, CDU: So eine arrogante Art!)*

[..]

*(Zurufe von Harry Glawe, CDU, Franz-Robert Liskow, CDU, und Daniel Peters, CDU – Glocke der Vizepräsidentin)*

wenn Sie der Auffassung sind, dass die Düngeverordnung nicht ordnungsgemäß vorgelegt worden ist,

*(Zuruf von Harry Glawe, CDU)*

dann sage ich hier und heute, Sie werden es in den nächsten Tagen erleben, dass wir weitere massive Verschärfungen aus Europa bekommen werden. Die CDU – ich sage das hier in aller Deutlichkeit – hat seit 1991 die Verschärfung in diesem Bereich jedes Mal verhindert, jedes Mal verhindert. Und jetzt werden wir handeln müssen! [...]

Und abschließend, ich sage das auch ausdrücklich:

*(Zuruf von Harry Glawe, CDU)*

Wir haben das größte Aufforstungsprogramm, das es jemals in Deutschland gegeben hat,

*(Torsten Koplín, DIE LINKE: Großartig! Toll!)*

in Mecklenburg-Vorpommern auf den Weg gebracht, 750 Hektar pro Jahr.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

[..]

Und abschließend sage ich noch mal: Für unser Ressort, mit dem wir in der Fläche im Übrigen in diesem Lande stark verwurzelt sind, ist für mich vollkommen klar, Öko-nomie, Ökologie und soziale Verantwortung und ein anständiger Umgang miteinander, das ist unsere Devise. – Herzlichen Dank!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

Ministerin Bettina Martin:

„Auch die Krise, die Pandemie begleitet die Wissenschaft.“



Foto: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! [...] jetzt zu meinem Ressort, ein Ressort, das neu zusammengesetzt ist,

*(Zuruf von Thore Stein, AfD)*

das den Fokus auf Wissenschaft und Kultur, auf Europa legt in dieser schwierigen Zeit. Wir sind mitten in einem Transformationsprozess. Da brauchen wir Wissenschaft, da brauchen wir die Kultur.

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

Wir sind mitten in einem Krieg. Da spielt der zivilgesellschaftliche Kulturaustausch eine Riesenrolle, da spielt das Arbeiten und das Stärken von Europa eine wichtige Rolle

*(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)*

und selbstverständlich im Transformationsprozess – digitale Transformation, Klima, wir haben jetzt die europäische Krise –, all das begleitet Wissenschaft. Deswegen ist das eine hervorragende Entscheidung dieser Regierung gewesen, den Fokus auf Wissenschaft, Kultur, Europa zu legen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

Und wir haben gehört, wir haben uns verständigt auf die langen Linien. [...]

*(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU)*

[..]

*(Zuruf von Torsten Renz, CDU)*

Und eine dieser Linien ist, dass wir uns als Bundesland eine Wissenschafts- und Forschungsstrategie geben werden. Der erste Schritt dafür ist, den haben wir getan, ich habe ein Landesgraduiertenförderungsgesetz neu reformiert auf den Weg gebracht, denn es geht darum, dass wir den Nachwuchs, den wissenschaftlichen Nachwuchs, den Nachwuchs in der Kultur, in der Kunst stärker fördern wollen, wettbewerbsfähiger werden möchten. Und wir haben die Förderung um 50 Prozent erhöht. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD  
und DIE LINKE –*

*Julian Barlen, SPD: Sehr gut! –*

*Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

Und ja, auch die Krise, die Pandemie begleitet die Wissenschaft [...] Wir haben deswegen erneut die Regelstudienzeit erhöht, damit die Studierenden auch jetzt für dieses Semester eine Verlängerung erhalten, weil sie eben erhebliche Beschränkungen in ihrem Studium in Kauf nehmen mussten. Wir haben für sie jetzt sichergestellt, dass sie verlängern können.

*(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)*

Und wir waren die Ersten in der Bundesrepublik, die das zusammen – ich glaube, es war Bayern –, gemeinsam haben wir das auf den Weg gebracht. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –  
Julian Barlen, SPD: Hört, hört!)*

[..] Ich möchte noch einen Punkt sagen zum Thema Forschung [...] Wir haben bereits in den ersten 100 Tagen auch bei der Landesexzellenzinitiative noch mal obendrauf gelegt, um die acht Projekte, die das Landesexzellenzprogramm im Moment befördert, weiter zu stärken. Nur kurze Stichworte: innovative Behandlungskonzepte bei einer Mangelernährung, neue Therapieformen zur Behandlung von Hautkrebs, die psychische Gesundheit von Schwangeren und jungen Müttern. [...]

*(Zuruf von Harry Glawe, CDU)*

[..] Wir haben natürlich in dieser Zeit auch die Kulturschaffenden begleitet, ihnen weitere Perspektiven gegeben, damit sie nach dieser Pandemie auch wieder ihre Arbeit so aufnehmen können und gestärkt möglichst aus dieser Pandemie herauskommen können.

Letztes Wort „Europa“: Der Krieg zeigt, dass Europa, das Thema Europa für uns ein ganz wichtiges ist. Dieser furchtbare Krieg hat die Sicherheit und die Ordnung, wie wir sie kennen, in Europa erschüttert und ist dabei, sie infrage zu stellen durch den Angriffskrieg Putins. Wir haben mit den Hochschulen sofort eine Wissenschaftsbrücke ins Leben gerufen.

Das Engagement der Hochschulen in unserem Land ist enorm, was die Hilfe für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Ukraine, die Geflüchteten, angeht. [...]

Und insgesamt wird das Thema Europa, ich habe es gesagt, in den nächsten Jahren uns stark und hoffentlich noch stärker bewegen, weil wir Europa stärken müssen. [...]

*(Zuruf aus dem Plenum:  
So ist es.)*

Es ist das Europäische Jahr der Jugend. Wir sind dabei, eine große Veranstaltungsreihe für das Land Mecklenburg-Vorpommern für dieses Jahr vorzubereiten, mit einer großen Abschlussveranstaltung. Es gibt die Zukunftskonferenz Europas. Auch da werden wir noch im Frühjahr eine größere Veranstaltung machen, die in Vorbereitung ist. Europa müssen wir auch in den Köpfen und den Herzen unserer Jugend, aber auch der Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg stärken. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE –  
Torsten Koplín, DIE LINKE: Bravo! –  
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

Ministerin Stefanie Drese:

„Ein Gesetz beendet die Pandemie leider nicht.“

Foto: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Für mein Ressort stand und steht die Corona-Pandemie mit all ihren Facetten im Mittelpunkt unseres Handelns. Die Bekämpfung der Pandemie mit all ihren Regelungsbedarfen und Maßnahmen musste sofort funktionieren, und das hat sie auch, auch dank vieler fleißiger Kolleginnen und Kollegen in meinem Sozial- und Gesundheitsministerium, die wirklich am Limit und darüber hinaus arbeiten.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

In den ersten 100 Tagen haben wir zum Beispiel gemeinsam mit den Kommunen und Einrichtungsträgern dafür gesorgt, dass die Menschen in den Pflegeheimen bestmöglich geschützt und versorgt werden. Wir haben die Impfinfrastruktur im Land schnellstmöglich ausgebaut und wir haben die Test- und Laborkapazitäten deutlich erhöht. Hier gab es überall viel zu tun. Zudem mussten und müssen Verordnungen ständig angepasst werden. Krisenstäbe und wöchentliche Abstimmungsrunden der Gesundheitsminister der Länder gehören zum Alltag dazu. Und Corona wird uns auch in den nächsten Monaten begleiten und ist nach dem 20. März nicht vorbei. Ein Gesetz beendet die Pandemie leider nicht.

Und ja, Herr Liskow, wir arbeiten im Krisenmodus. Wir haben mit der Corona-Pandemie als Gesundheitsministerium auch in einer Krise zu agieren und werden auch zukünftig gut abwägen und verantwortungsvoll handeln. – Vielen Dank!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

Nikolaus Kramer, AfD:

„Wenn Sie so weiterdilettieren, drohen MV im besten Fall fünf Jahre Stillstand.“



Foto: Uwe Sinnecker

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute! [...] kommen wir jetzt mal zu dieser 100-Tage-Bilanz. [...] Ein „Armutszugnis“ ist [...] ein freundliches Wort für Ihr Agieren hier in den vergangenen drei Monaten.

Wir alle wünschen uns natürlich, dass Sie und Ihre Mannschaft die Kurve noch bekommen, allerdings fehlt mir [...] der Glaube, dass Sie es noch hinbekommen [...] Wenn Sie so weiterdilettieren, drohen Mecklenburg-Vorpommern im besten Fall fünf Jahre Stillstand. [...]

Angesichts einer aus dem Ruder laufenden Inflation, den Hammerpreisen für Strom und Benzin, den großen Sorgen der Menschen hier im Land angesichts eines Krieges in Europa ist das wirklich ein Armutszugnis [...].

Machen Sie sich doch mal ehrlich: Für Sie [...] ist es keine 100-Tage-Bilanz, Sie regieren dieses Land als führende Koalitionspartei seit 8.529 Tagen in den Boden. [...] Schauen wir also mal auf die landespolitische Bilanz. [...] Da haben wir das Drama um die MV WERTTEN mitbekommen: Insolvenz, Kurzarbeit, drohender Jobverlust. Und wir [...] fühlen mit jedem Arbeitnehmer, der jetzt um seinen Arbeitsplatz und seine soziale Existenz bangen muss, und natürlich auch bei den betroffenen Zulieferbetrieben.

*(Unruhe bei Marcel Falk, SPD – Henning Foerster, DIE LINKE: Ja, genau.)*

Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen [...]

*(Zurufe von Henning Foerster, DIE LINKE, Torsten Koplín, DIE LINKE,*

*und Jeannine Rösler, DIE LINKE)*

dass diese Landesregierung und auch die letzte Landesregierung hier

*(Julian Barlen, SPD: Sie waren gegen die Werftenrettung, glaube ich, ne? – Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)*

auf einen völlig falschen Partner gesetzt hat,

*(Henning Foerster, DIE LINKE: Sie wollten Nähmaschinen bauen lassen. – Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)*

meine Damen und Herren.

*(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)*

Die Insolvenz des Hongkonger Mischkonzerns fiel eben

*(Julian Barlen, SPD: Das ist unglaublich!)*

nicht überraschend vom Himmel und ist nicht coronabedingt. Und das gehört zur Wahrheit dazu. [...] Und nun kam es, wie es kommen musste:

*(Julian Barlen, SPD: Ja, sagen Sie es doch!)*

Genting ist am Ende,

*(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)*

es findet sich kein Käufer für das fast fertiggestellte Luxuskreuzfahrtschiff und dem Land droht ein Verlust von 400 Millionen Euro, mehr also als bei der vorherigen P+S-Werften-Pleite, meine Damen und Herren. [...]

Dann kommen wir zum Corona-Chaos, ist auch schon gesagt worden, meine Damen und Herren: härteste Maßnahmen in der Bundesrepublik, Bundesrepublik härteste Maßnahmen weltweit, und trotzdem haben wir die höchsten Inzidenzen, meine Damen und Herren. [...]

*(Daniel Seiffert, DIE LINKE: Da seid ihr mit dran schuld!)*

Sie haben es lediglich geschafft, 9.000 Arbeitsplätze durch Ihre Corona-Politik im Gastro-Gewerbe zu vernichten, und nichts anderes. Sie haben keine Menschen geschützt, Sie haben die vulnerablen Gruppen nicht geschützt,

*(Torsten Koplín, DIE LINKE: Das stimmt doch gar nicht!)*

[...] Und zu guter Letzt [...] kommen wir mal auf diesen roten Filz zu sprechen.

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

Wer will noch mal, wer hat noch nicht?! Das ist im Moment das Motto der rot-roten Filzokraten hier in Schwerin. Offenbar muss jeder gescheiterte Politiker der Regierungsparteien noch mit einem so gut dotierten Posten versorgt werden. Jüngstes Beispiel, die Vorsitzende der Linkspartei Wenke Brüdgam wird sogleich Gleichstellungsbeauftragte, ihr Verdienst: fast 10.000 Euro im Monat [...].

Der Landesrechnungshof hat diese Art des Jobzuschusterns übrigens als grundgesetzwidrig bezeichnet. [...] Und Frau Oldenburg meinte, 100 Tage Zeit sind dazu da, um sich zu beschnuppern und Fuß zu fassen.

*(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)*

Wir haben den Eindruck [...],

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

dass die 100 Tage doch eher dazu dienen, Zeit sich zu verschaffen, oder dazu dienen, sich hier Posten zuzuschanden. [...]

Hören Sie auf, sich hier gegenseitig Versorgungsposten zu schaffen, und packen Sie endlich die drängenden Probleme hier in diesem Land an! Nehmen Sie sich der Probleme unserer Landesmenschen hier an! Das sind Sie ihnen schuldig. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

Jeannine Rösler, DIE LINKE:

„Das alles [...] ist ein Aufbruch par excellence!“



Foto: Uwe Sinnecker

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! [...]

Es kann wohl niemand bestreiten, dass die rot-rote Landesregierung vom ersten Tag an vor unvergleichliche Heraus-

forderungen gestellt war.

*(Torsten Renz, CDU: Doch, ich! –  
Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD,  
und René Domke, FDP)*

Wir haben pandemiebedingt überall zusätzliche Aufgaben zu bewältigen,

*(Sebastian Ehlers, CDU: Haben  
Sie Herrn Liskow nicht zugehört?)*

ganz besonders in den Bereichen Gesundheit, Wirtschaft, Schule und Kita. Verbunden ist dies mit massiven zusätzlichen Ausgaben, die uns aktuell und für die kommenden Jahre

*(Zuruf von Torsten Renz, CDU)*

in eine äußerst schwierige Haushaltslage bringen. Und daran trägt die Landesregierung keine Verantwortung.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Was?!)*

Meine Damen und Herren,

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

hinzu kommen pandemiebedingt enorme Schwierigkeiten für unsere maritime Industrie, die für das Land immer noch von herausragender Bedeutung ist. Und auch innenpolitisch haben wir es mit einem schwerwiegenden und belastenden Erbe zu tun. Trotz der Bemühungen des zurückliegenden NSU-Untersuchungsausschusses müssen wir weiter unsere ganze Kraft darauf richten, rechtsextreme Netzwerke im Land aufzudecken und entsprechende Schlussfolgerungen für unsere politische Arbeit zu ziehen.

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

[...] Den massiven Lehrkräftemangel gehen wir stringent an. Unter anderem geht es darum, Lehrerinnen und Lehrer für den ländlichen Raum zu gewinnen [...] Mit uns werden keine Schulen mehr geschlossen, weil die Zahl der Schülerinnen und Schüler zu niedrig ist.

*(Unruhe vonseiten der Fraktion  
der CDU)*

Meine Damen und Herren, um den Schulen in der Zeit der Pandemie Möglichkeiten einzuräumen, angemessen auf die jeweilige Entwicklung zu reagieren, hat das Bildungsministerium das Drei-Phasen-Modell entwickelt und eingeführt, und dieses findet bei allen Beteiligten bei uns im Land, aber auch darüber hinaus große Zustimmung.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE –  
Torsten Koplín, DIE LINKE: So ist es.)*

[...] All das, was hier eindrucksvoll von der Landesregierung vorgetragen wurde, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU, haben wir in 100 Tagen angepackt, und das in einer Zeit, die uns jeden Tag und jede Stunde fordert, die Lage neu zu bewerten,

*(Heiterkeit und Unruhe vonseiten  
der Fraktion der CDU)*

abzuwägen und Entscheidungen zu treffen. Meine Damen und Herren, wir haben in diesen 100 Tagen Dinge angepackt, die mit einer regierungsbeteiligten CDU niemals möglich gewesen wären,

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE –  
Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:  
Jetzt nennen Sie endlich mal Beispiele!)*

etwa das Klimaschutzgesetz, das in einem breiten Dialog unter Einbeziehung aller gesellschaftlich relevanten Gruppen entwickelt wird [...] Und mit Ihnen, verehrte Damen und Herren der CDU, mit Ihnen wäre auch die Entwicklung von Perspektiven für eine nachhaltige Landwirtschaft nicht möglich gewesen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE –  
Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –  
Zurufe von Sebastian Ehlers, CDU,  
und Harry Glawe, CDU)*

Und gerne wiederhole ich – weil Wiederholung hilft ja –, dass die Beflaggungsordnung des Landes geändert wird.

*(Sebastian Ehlers, CDU: Ja, ganz tolles Thema!)*

Nun endlich können Fahnen gehisst werden, die symbolisch für Pluralismus, Weltoffenheit und Toleranz stehen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)*

Ja, und ganz besonders freuen wir uns, dass der 8. März ab kommendem Jahr ein gesetzlicher Feiertag ist –

*(Heiterkeit bei Sebastian Ehlers, CDU:  
Haben wir gestern gerade gehört.)*

undenkbar mit Ihnen

*(Heiterkeit bei Sebastian Ehlers, CDU:  
Sehr richtig! Sehr richtig!)*

von der CDU.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE –  
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)*

Sehr geehrte Damen und Herren, das alles, das alles, wovon die Koalition hier gesprochen hat, ist ein Aufbruch par excellence!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE –  
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –  
Sebastian Ehlers, CDU: Oh Gott, oh Gott, oh Gott!)*

## Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: „Die Klimakrise sitzt nicht im Wartezimmer“

Foto: Uwe Sinnacker



Weil die Zeiten so schwierig sind wie lange nicht mehr, braucht unser Land eine starke Regierung, die einen kühlen Kopf bewahrt und kluge Entscheidungen trifft. Doch die Arbeit der Landesregierung reicht längst nicht aus, um der Größe der Aufgaben gerecht zu werden. [...] Der Krisenmodus, in dem die Landesregierung bislang agiert, ist in Teilen auch hausgemacht.

*(Torsten Renz, CDU: So ist es.)*

Das bereitet mir echte Sorgen - auch schon nach den 100 Tagen. [...]

Die Klimakrise sitzt nicht im Wartezimmer. Dennoch schieben Sie ein echtes und wirksames Klimaschutzgesetz auf die lange Bank. [...] Handeln heißt, konkret zu werden. Handeln heißt, mit Maßnahmen nicht zu warten, bis es in die Choreographie Ihrer Koalition passt.

*(Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)*

Wie können [...] Sie ernsthaft nur ein Prozent Windkraftfläche ausweisen wollen und weiterhin ohne jegliche Strategie zum Ausbau der Erneuerbaren Energien agieren? [...] Wann, wenn nicht jetzt, muss alles daran gesetzt werden, dass Firmen wie Nordex [...] genau die Hilfe gegeben wird, die sie brauchen, um die Energiewende voranzutreiben?

*(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:  
Haben sie bekommen!)*

[...] Nichts geht voran beim Klimaschutz, zusätzlich unterstützen Sie [...] die fossile Infrastruktur - und sind damit Teil des Problems, dass [...] wir uns in eine gefährliche Abhängigkeit vom russischen Kriegstreiber begeben haben. [...] Und dann ist von Ihrer Seite und vonseiten der Ministerpräsidentin bis heute nicht ein einziges Wort der Selbstkritik oder der Einordnung bezüglich ihres Beitrags zur derzeitigen dramatischen Lage gefallen.

*(Thomas Krüger, SPD:  
Das habe ich doch selbst gemacht!)*

[...] Es gibt keinen Plan, wie wir Landwirtschaft und Naturschutz in MV unter einen Hut bringen können. [...] Stand heute ist unsere Natur in einem verheerenden Zustand: geringer Waldanteil, verschmutztes Grundwasser, Fischsterben aufgrund von Klimakrise und hohen Nährstoffeinträgen,

beim Moorschutz wird gekleckert und nicht geklotzt.

Auf dem Weg raus aus der Massentierhaltung sind wir seit der Katastrophe von Alt Tellin [...] nicht einen [...] Schritt vorwärtsgekommen.

*(Beifall vonseiten  
der Fraktionen der CDU  
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[...] Und im Bereich der Mobilität [...] haben wir noch gar nichts von Ihnen gehört. Die Menschen in MV warten noch immer auf den Bus, der nicht mehr kommt. [...]

Seit 100 Tagen arbeiten Sie im Krisenmodus. [...] Fangen Sie endlich an, mit Ambitionen und kühlem Kopf auf die aktuelle Lage zu reagieren!

*(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)*

[...] Weichen Sie von Ihrer Regierungs-Choreografie [...] ab, wenn die Opposition konstruktive Vorschläge für eine [...] bessere Lösung hat! Und öffnen Sie die Augen dafür, was dieses Land wirklich braucht, nämlich eine Landesregierung, die nicht nur schöne Ankündigungen und seicht formulierte Anträge schreiben kann,

*(Unruhe bei Dr. Till Backhaus, SPD,  
und .Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

sondern endlich vorangeht, mit konkreten Maßnahmen und zielgenauen Ideen, wie wir dieses Land zukunftssicher aufstellen und alle Chancen nutzen, die der Wandel bietet.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

René Domke, FDP:

„Wir haben Herausforderungen vor uns, die wir nur gemeinsam meistern können.“

Foto: Uwe Sinnecker



Was ich erwartet hätte, dass irgendwie etwas positioniert wird, woran wir Sie auch messen können, [...] es ist natürlich schwierig [...] wir sind gleich reingekommen in einen Krisenmodus. [...] Vermutlich war zum Beispiel die Werttenkrise doch schon seit längerem bekannt. Wir haben den Verdacht, dass eigentlich über den Wahlkampf das Thema nur gezogen wurde,

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: So ist es.)*

[...] und das ist ein Krisenmanagement, was hätte längst schon aufgebaut sein müssen [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)*

Jetzt liegt das Schicksal [...] fast unter außenpolitischem Einfluss[...]

Eine anfangs starre und unbelehrbare [...] Nähe zu Russland, die wir immer wieder feststellen mussten [...] und plötzlich das komplette Umdenken. [...] es war die Krim-Annexion [...] Giftmorde, [...] zahlreiche Menschenrechts- und Völkerrechtsverstöße [...] Da hätte man [...] sich auch viel früher stärker distanzieren müssen [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

[...] eine einholende Intransparenz hinsichtlich einer im Eilverfahren zusammengeschusterten Stiftung für Klima- und Umweltschutz.

[...] auch da machen wir uns doch mal ehrlich, es diene der Umgehung von Sanktionen. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und FDP)*

Dann das nächste Thema: UMR, UMG, [...] da erwarte ich tatsächlich von einer Landesregierung nach 100 Tagen, dass man [...] Transparenz reinbringt [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

[...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

Ich muss sagen, als außerparlamentarische Opposition hatten wir ja schon eine gewisse Vorstellung, aber das, was wir hier im Moment auch erleben, hat nichts mit Fehlerkultur zu tun. [...] Angetreten sind Sie mit dem Titel „Aufbruch 2030“, Dreiklang von Wirtschaft und guter Arbeit, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verantwortung. Bekommen haben wir [...] einen gesetzlichen Feiertag mehr – bravo! –, Thema eins, Wirtschaft und gute Arbeit, wäre denn damit wohl abgehandelt, [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der CDU und FDP)*

[...] Solide Finanzpolitik, Umgang mit dem MV-Schutzfonds [...] es ist nicht die Spargbüchse [...] wo Sie [...] Ihre Koalitionsvorhaben draus finanzieren können, [...]

*(Thomas Krüger, SPD: Wir sind gewählt  
worden dafür. Das haben wir vorher  
schon bei uns angekündigt.)*

[...] der kommunale Finanzbericht, den wir hier jüngst wieder beraten haben, zeigt auch auf, wie viele Baustellen hier noch offen sind.

Investitionen in Bildung, in Wirtschaft, in Arbeitsplätze, in Digitalisierung und Klimaschutz oder eben auch das Seniorenticket, so stand es auch in [...] Ihrem Regierungsvorhaben. [...] wovon war da heute die Rede? Ich habe nicht [...] viel davon gehört. Wo stehen wir im Bereich der Digitalisierung? Wo stehen wir im Klimaschutz?

*(Dr. Till Backhaus, SPD:  
Haben Sie nicht zugehört?)*

[...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP –*

*Zuruf vonseiten der Fraktion der CDU: So ist es.)*

Stabile Kommunal финанzen, bitte, das sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Da sind Arbeitszeitkonten angesprochen worden, Prämien für Lehrkräfte. Wo ist da der „Aufbruch 2030“?! [...]

ich denke schon, dass ich vieles von den Ankündigungen etwas genauer verfolgen will, und vielleicht dann auch dem einen oder anderen Minister da mal auf den Zahn fühlen möchte.

[...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP –*

*Zurufe von Martina Tegtmeier, SPD,  
und Jeannine Rösler, DIE LINKE)*

[...] Nun heißt es aber auch wieder zusammenstehen [...] Wir haben Herausforderungen vor uns, die wir nur gemeinsam meistern können. [...]

Julian Barlen, SPD:

„Haben dem Ansinnen der CDU, hier Rechenschaft abzulegen, außerordentlich gut Rechnung getragen“



Foto: Uwe Sinnecker

[...] Ich [...] bin nach dieser Aussprache tatsächlich ein bisschen verwundert [...]. Einerseits wird [...] eine Aussprache angezettelt zum Thema „100 Tage M-V-Koalition“,

*(Zuruf von Harry Glawe, CDU)*

und dann hat man den Eindruck, nachdem hier eine echt starke Regierungsmannschaft einfach mal abgeliefert hat,

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE –  
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD  
und Sebastian Ehlers, CDU)*

will man sich damit überhaupt gar nicht befassen [...].

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)*

Hat man überhaupt gar keine Lust anzuerkennen, dass sich die gesamte Gesellschaft [...] in Mecklenburg-Vorpommern [...] seit mehr als zwei Jahren Tag und Nacht den Allerwertesten aufreißen, über die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit hinausgehen, um mit Verantwortungsbewusstsein, [...] mit Solidarität dieses Land weiter gut durch eine dieser schwersten Krisen zu bringen?! Und Sie stellen sich hier hin und brechen den Stab [...] in einer [...] Selbstgerechtigkeit, die ich [...] als unangemessen empfinde.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)*

[...] Sie haben einen engagierten Wahlkampf gemacht [...]. Und wir haben das auch gemacht [...].

*(Torsten Renz, CDU: Oha!)*

Und am Ende hat sich das Angebot der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Mecklenburg-Vorpommern mit unserer Spitzenkandidatin und Ministerpräsidentin Manuela Schwesig durchgesetzt, die fast 70 Prozent persönliche Zustimmung [...] bekommen hat von den Menschen im Land. [...]

*(Torsten Renz, CDU: DIE LINKE haben Sie noch gar nicht ausgewertet, Herr Barlen!)*

[...]

*(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)*

[...] Und wir haben [...] jetzt [...] unsere Pflicht zu erfüllen, das, was wir angekündigt haben, auch in die Tat umzusetzen,

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

und das tun wir.

*(Rainer Albrecht, SPD: Genau.)*

Und in diesem Sinne [...] möchte ich mich [...] bei [...] der Landesregierung [...] für [...] das, was schon angepackt worden ist in den ersten 100 Tagen, [...] bedanken. [...] sie haben auch dem Ansinnen der CDU, hier Rechenschaft abzulegen, außerordentlich gut Rechnung getragen.

*(Zuruf von Torsten Renz, CDU)*

Und ich könnte mir vorstellen, dass, [...] meine Damen und Herren von der CDU, Sie das im Nachhinein vielleicht auch als gar nicht mehr so gute Idee ansehen, hier so auf die Pauke gehauen zu haben.

*(Sebastian Ehlers, CDU: Sehr entlarvend, sehr entlarvend!)*

[...]

*(Zurufe vonseiten der Fraktion der CDU: Nö!)*

die MV-Koalition

*(Sebastian Ehlers, CDU: Rot-Rot!)*

hat sich auf diesen verantwortungsvollen Weg begeben in schwersten Zeiten. Da geht es um Corona und um Omikron,

*(Sebastian Ehlers, CDU: Höchste Zeit!)*

um die aktuell um sich greifende sechste Welle,

*(Sebastian Ehlers, CDU:*

*Mit den höchsten Zahlen!)*

wo wir immer gemeinsam Verantwortung dafür getragen haben [...]. Das haben wir alles zusammen gemacht und das hat nicht aufgehört, [...] nur, weil sich eine Regierungskonstellation verändert hat. Und wir hatten [...] vorher gemeinsam Respekt vor dieser Verantwortung, und [...] wir sollten auch jetzt noch gemeinsam Respekt vor dieser Verantwortung haben.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

[...] Und dann [...] kam für uns wirklich als Schock, als auch Niederlage jeden Einsatzes für Frieden, für Dialog der durch nichts zu rechtfertigende illegitime, menschenverachtende Angriffskrieg von Putin auf die Ukraine, und hier ist sofort der Schalter umgelegt worden und es ging um humanitäre Hilfe [...].

*(Zurufe von Sebastian Ehlers, CDU, und Torsten Renz, CDU)*

Es ging um das ganz klare, von uns übrigens [...] im Rahmen der demokratischen Fraktionen gemeinschaftlich getragene

*(Sebastian Ehlers, CDU: Zum Jagen getragen.)*

ganz klare Votum für den Frieden, für den sofortigen Stopp jeden Blutvergießens und gleichzeitig darum, auch hier zu schauen, [...] was macht das mit der Wirtschaft in diesem Land,

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

[...] mit Lieferketten, [...] Wertschöpfung, [...] Beschäftigung [...], Energiesicherheit. Über diese Fragen [...] hat es [...] zu jeder Stunde durch diese MV-Koalition, durch diese Regierung einen verantwortungsbewussten Umgang gegeben.

*(Zuruf von Torsten Renz, CDU)*

[...] wenn wir hier heute das Gefühl haben, es gibt eigentlich gar keine Steigerung mehr, wie schlecht in diesem Land alles läuft. Denken Sie daran, wenn man alles schwarz malt, wenn man alles schlecht macht, dann ist man am Ende auch Teil dieses Elends, was man auf diese Art und Weise herbeireden möchte.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

Und das möchten wir explizit nicht, weil wir an die Stärke der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern glauben, [...] dass dieses Land eben in der sauberen Wirtschaft und [...] der Verfügbarkeit erneuerbarer Industrien hier ganz nach vorne kommen kann [...]. wir wissen, dass wir in einem solidarischen Land leben, was zusammensteht, was Herz zeigt,

wenn geholfen werden muss, das sehen wir gerade jetzt in der Ukraine-Krise,

*(Sebastian Ehlers, CDU:  
Krieg, nicht Krise!)*

und was wir auch durch eine entsprechende fortgesetzte Sozialpolitik weiterentwickeln wollen [...].

Und der dritte Punkt ist eben eine intakte Natur und Verantwortung für die Zukunft, auch für eine ökologisch nachhaltige Entwicklung dieses Landes. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)*

[...] Ich möchte, dass wir gemeinschaftlich die Zukunft dieses Landes gestalten [...]. Und zu einer solchen gemeinschaftlichen Entwicklung gehört respektvolles Miteinander. [...] lassen Sie uns dahin zurückkehren!

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Gehen Sie mit gutem Beispiel voran!)*

[...] da kann man hart in der Sache sein –

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

[...] aber [...] fair im Ton. Und das vermisste ich.

*(Zurufe vonseiten der Fraktion der CDU:  
Ja, wir auch! – Sebastian Ehlers, CDU:  
Das sagt der Richtige!)*

[...] trotz dieser schwierigen Situation hat die MV-Koalition [...] einen guten, einen vertrauensvollen, [...] wirklich einen partnerschaftlichen, einen verantwortungsbewussten Start hingelegt. [...]

Es hat angefangen mit mehr Förderung für Gewerbegebiete, [...] Ferienhort [...], Lehrerinnen- und Lehrgewinnung und [...] Schulnetz [...]. Das ganze Thema [...] „Anerkennung für die Frauenrechte und auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, übrigens im Rahmen von einem zusätzlichen Feiertag, das ganze Thema „Fortsetzung der guten Kooperation mit den Kommunen“, [...] die nächsten Schritte sind vorgezeichnet: Vergabegesetz mit der Kopplung von Landesaufträgen, die Zahlung von Tariflöhnen, von tarifgleichen Löhnen, das ist wichtig, damit [...] Mecklenburg-Vorpommern sich im Kampf um die klügsten Köpfe im Wettbewerb um die besten Fachkräfte auch behaupten kann. Es geht weiter mit dem Klimaschutzgesetz, [...]

*(Zuruf von Anne Shepley,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

um eben auch die Energieautarkie zu erreichen, um [...]

*(Unruhe vonseiten  
der Fraktion DIE LINKE)*

[...] unabhängig zu sein, nicht nur von fossilen Energieträgern, sondern auch von geopolitischen Verwerfungen. Es geht um die Investitionen in dem Kinder- und Jugendtourismus, um die Jugendbeteiligung, um die Fortsetzung des Breitbandausbaus, auch für die wirtschaftliche Kraft in diesem Land, es geht um bürgerfreundlichere Verwaltung, mehr Onlineangebote, es geht um das Landeswahlprogramm, es geht [...] auch um unsere Verantwortung für die Demokratie, wenn wir über den NSU und auch über Nordkreuz reden.

[...] Und wir lösen [...] diesen Dreiklang jetzt ein, für den die Wählerinnen und Wähler sich auch entschieden haben [...].

*(lang anhaltender Beifall vonseiten  
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*



Foto: Jens Büttner

Üblicherweise sind Geschäfte sonntags geschlossen.

## Sonntags Einkaufen

FDP will Verkaufsverbot an Sonntagen zeitlich begrenzt aufheben

■ Das Thema Ladenöffnungszeiten hat im Schweriner Plenarsaal schon Tradition. Es wurde bisher in so ziemlich jeder Legislaturperiode behandelt – so auch in dieser, nämlich mit dem Gesetzesentwurf der FDP für die zeitlich begrenzte Aufhebung des Verkaufsverbots an Sonntagen vom 15. April bis zum 31. Oktober 2022. In der Debatte ging es darum, was schützenswerter ist: das wirtschaftliche Überleben der Einzelhändler oder der freie Wochentag für Familie und Freizeit?

Laut Sandy van Baal (FDP) soll der von ihrer Fraktion vorgelegte Gesetzesentwurf dem stationären Einzelhandel helfen, die massiven wirtschaftlichen

Schäden durch die Corona-Pandemie „wieder auszugleichen“. Sie stellte zugleich klar: „Es geht nicht um die generelle Aufhebung des Verbotes“. Sandy van Baal konstatierte, dass „der stationäre Einzelhandel am Boden liegt“. Durch die starke Konkurrenz des Online-Handels und die Corona-Pandemie. Die zeitlich begrenzte Aussetzung des Verkaufsverbots an Sonn- und Feiertagen beschrieb die Politikerin als „Hilfe zur Selbsthilfe“. Durch das neue Gesetz soll dem stationären Einzelhandel die Chance gegeben werden, zusammen mit der Kunst und Kultur, der Gastronomie und den Vereinen an Sonn- und Feiertagen „unsere Städte nicht im Dornröschenschlaf versinken zu lassen“. Sandy van Baal zitierte einen Beschluss der IHK Rostock, in dem sich die Kammer für eine „vollständige Freigabe der Ladenöffnungszeiten ohne jedwede zeitliche, sachliche und örtliche Begrenzung“ aussprach.

Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) stimmte seiner Vorrednerin zu, dass der Einzelhandel in der Pandemie „sehr gelitten“ habe, sah sich aber auch

zu einer Korrektur genötigt: „Wir haben sehr viele Wirtschaftshilfen im Einzelhandel platzieren können (...), und die Landesregierung hat überall da, wo der Bund zu lange gebraucht hat, die Zeit überbrückt und vorfinanziert.“ Der Gesetzesentwurf der FDP sei „die falsche Antwort“. Meyer verwies darauf, dass es von Montag bis Freitag keine Einschränkung von Ladenöffnungszeiten gibt. Samstag könne bis 22 Uhr geöffnet werden. „Die Möglichkeiten sind da.“ Läden könnten zudem an vier weiteren verkaufsoffenen Sonntagen oder Samstag bis 24 Uhr öffnen. Er sagte auch, dass man über Verfassungsrecht rede, „über den gesetzlichen Schutz des Feiertages“ – das müsse „wohl abgewägt werden“. Vor allem aber bezweifelte der SPD-Politiker, dass die längeren Ladenöffnungszeiten dem stationären Einzelhandel wirklich helfen. Vielmehr müsse man „für lebendige Innenstädte sorgen“, mit gemeinsamen Konzepten und synchronisierten Öffnungszeiten. „Entsprechende Kampagnen“ habe man auf den Weg gebracht, etwa „Kauf mit Herz“, für Produkte aus Mecklenburg-Vorpommern, unterstützt mit 500.000 EUR.

**Martin Schmidt** (AfD) bezeichnete die Idee, die Ladenöffnungszeiten auszuweiten, als „an sich völlig in Ordnung“. Im Gegensatz zum Minister verwies er auf Wirtschaftswissenschaftler, die meinten, dass die Verlängerung von Ladenöffnungszeiten „eine geringe Erhöhung der Umsätze zur Folge haben könnten“. Er sagte zudem, dass diese Initiative nicht neu sei, bisher aber immer die Kirchen und Gewerkschaften „erzürnt“ habe. Der vorliegende Gesetzentwurf sei „der falsche Weg“. Die AfD hätte in der Vergangenheit bereits „den rechtlich sicheren und besseren Weg gewählt“, nämlich die Zahl der verkaufsoffenen Sonntage fortwährend von 4 auf 8 zu erhöhen, wie etwa in Berlin. Auch er mahnte, dass es für eine verfassungsrechtliche Änderung, „überzeugendere juristische Argumente bräuchte“. Er hinterfragte auch, ob man es den Menschen wirklich „zumuten“ möchte, auch noch sonntags arbeiten zu müssen. „Für Arbeitnehmer mit Kindern ist das schwer vermittelbar“, so Schmidt. Sein Fazit: „Der Gesetzentwurf ist verfassungsrechtlich bedenklich. Familienpolitische Fragen würden ausgeblendet und der „wirtschaftliche Effekt geht gegen Null“.

Auch **Wolfgang Waldmüller** (CDU) sprach von den massiven Einschränkungen durch die Corona-Maßnahmen im stationären Einzelhandel, die staatlichen Hilfen hätten die Verluste nicht ausgeglichen. Die Öffnungszeiten zeitlich begrenzt zu verlängern, hielt Waldmüller für grundsätzlich richtig. Er sprach von „Einkaufserlebnissen“, die Einzelhandel und Gastronomie gemeinsam am Sonntag erzeugen könnten. Er hielt den Antrag für diskussionswürdig und überweisungsfähig – „deswegen sind wir dabei“.

**Henning Förster** (DIE LINKE) nahm vorweg, seine Fraktion „werde diesen Gesetzentwurf ablehnen“. In dem Antrag würden sich viele Dinge wiederfinden, die bereits in anderen Bundesländern zu diesem Thema diskutiert wurden. Henning Förster warb dafür, Off- und Online-Handel besser zu verzahnen, davon könnten auch die Innenstädte profitieren. „Schräg“ nannte er die Argumentation, dass bereits viele Beschäftigte am Sonntag arbeiten müssen. „Das heißt aber nicht, dass man die Sonntagsruhe



Foto: Jens Büttner

Besonders zum Saisonwechsel locken die Geschäfte mit starken Rabatten.

nun immer weiter aushöhlen kann. (...) Der Sonntag ist von besonderem Wert, (...) und dabei soll es auch bleiben.“

**Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) lobte das Ansinnen der FDP, mit diesem Gesetzentwurf für den stationären Einzelhandel Hilfe zu Selbsthilfe zu leisten. Sie sorgte sich um „das Veröden der Innenstädte“. Dabei „spreche vieles für die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten“. Sie fragte: „Warum sollen wir uns beim Shoppen in ein enges Korsett drängen lassen?“ Gerade jetzt, wo es um ein Aufholen nach der Pandemie gehe? Man habe das in der Fraktion lange diskutiert. Sie verwies auch darauf, dass sich, obwohl die Ladenöffnungszeiten in der Vergangenheit immer mehr verlängert wurden, „die wirtschaftliche Lage der Einzelhändler nicht signifikant verbessert habe“. In der Fraktion sei man zu dem Schluss gekommen, dass verlängerte Öffnungszeiten „das Problem nicht lösen“. Deshalb lehne man den Antrag ab.

Das sagte auch **Christian Winter** (SPD) gleich zu Beginn seiner Rede: „Wir (...) werden den Antrag ablehnen.“ Er bezweifelte „die im Antrag suggerierte breite Wirkung für die Innenstädte in Mecklenburg-Vorpommern“, seiner Meinung nach profitierten nur die Tourismusebiete. Ausgespart seien die zusätzlichen Kosten durch längere Öffnungszeiten, in vielen Kleingeschäften und kleinen Städten würden die Geschäfte trotzdem geschlossen bleiben, „weil das nötige Umsatzplus mehr als fraglich ist“. Gleichwohl

bekenne man sich zur Belebung der Innenstädte, „die wir als Orte des Lebens und Zusammenlebens bewahren möchten“. Zuletzt wies er darauf hin, dass es ein fatales Zeichen sei, auf der einen Seite mit dem Frauentag einen neuen freien Tag zu schaffen, „und dann gleichzeitig in diesem Jahr vielen Beschäftigten fast 30 freie Tage zu streichen.“ Der Sonntag solle bleiben was er ist, „ein freier Tage für Familie und Freizeit“.

**René Domke** (FDP) sagte hingegen, es verlange niemand, „dass jemand 30 Tage mehr arbeiten soll, die Arbeitsschutzbestimmungen sind davon doch gar nicht betroffen. (...) die Einzelhändler wollen doch am Sonntag öffnen und dafür an einem Wochentag schließen“. Viele Beschäftigten hätten ihm mitgeteilt, sie hätten kein Problem damit am Sonntag zu arbeiten, dann hätten sie auch unter der Woche mal einen freien Tag“. Es gehe um eine Flexibilisierung, außerdem bekräftigte Domke noch mal den Ansatz, im Verbund mit Gastronomie, Kunst und Kultur und Einzelhandel die Innenstädte auch sonntags zu beleben.

Den Antrag zur weiteren Diskussion in den Wirtschaftsausschuss zu überweisen, wurde abgelehnt.

*Gesetzentwurfes der Fraktion der FDP  
Drucksache 8/410*

## Streitpunkt Universitäts- kliniken

Debatte zu Einsetzung eines  
Untersuchungsausschusses

■ Die Universitätskliniken in Greifswald und Rostock galten einst als Leuchttürme der medizinischen Versorgung im Land. Zuletzt aber schwand das Vertrauen in die Häuser. In Greifswald wuchs sich eine Finanzierungslücke in der betrieblichen Altersversorgung der Mitarbeiter in Höhe von 30 Millionen Euro in einen Skandal aus. Auch in der Uniklinik Rostock rumort es: Ärzte beklagten, dass die Rendite mehr zähle als die medizinische Versorgung, in der Kinderklinik sah man gar die medizinische Versorgung nicht mehr gewährleistet, zuletzt wurde der Aufsichtsratschef Matthias Brodkorb von der Landesregierung von seinem Amt entfernt. Die Oppositionsparteien stellten zur Aufklärung dieser und anderer Vorfälle in den vergangenen 25 Jahren einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.

Daniel Peters (CDU) sagte in seiner Begrüßung, man begehere diesen Untersuchungsausschuss „aus gutem Grund“, denn „wir erleben (...) Zustände an den beiden Universitätsmedizinen, die uns mit (...) großer Sorge erfüllen“. Er bekräftigte, dass man nicht „an dem guten Image und der fleißigen Arbeit der Ärzte und des Pflegepersonals rütteln“ möchte. Es gehe „um strategische Fehlentscheidungen, insbesondere in den Führungsgremien“. Dann zählte Daniel Peters einige der Punkte auf, die seiner Meinung nach für einen Untersuchungsausschuss sprechen: An der Universitätsmedizin Greifswald sei durch eine Umstellung der betrieblichen Altersvorsorge im Jahr 2005 ein Defizit von 30 Millionen Euro entstanden, das vom Steuerzahler aufgebracht werden müsse. Er vermutet „betrügerische Absichten“, die aufgeklärt werden müssten. Dabei sei die Rolle des Aufsichtsrates,

aber auch des zuständigen Ministeriums zu hinterfragen. Er sehe dabei die Ministerin für Bildung und Kindertagesförderung in der Verantwortung. Dann sprach Daniel Peters zur Universitätsmedizin Rostock. Er erwähnte „einen Brandbrief von Chefärzten und weiteren Medizinern, die hier klargestellt haben, dass (...) der Versorgungsauftrag nicht erfüllt werden kann“. Daniel Peters forderte „eine lückenlose Aufklärung“. Der parlamentarische Untersuchungsausschuss soll dazu dienen, „dass wir (...) Verantwortlichkeiten benennen, über bestimmte strategische Fehlentscheidungen, aber eben auch lernen (...), wie wir die beiden Universitätsmedizinen zukunftssicher aufstellen können“.

Wissenschaftsministerin Bettina Martin reagierte in der Aussprache auf diese Vorwürfe: „Selbstverständlich werde ich und wird die Landesregierung alle Ihre Fragen beantworten, Akten zur Verfügung stellen und bei der Zeugensuche helfen.“ Sie wundere sich aber „doch über diese Forderung nach einem solchen Untersuchungsausschuss, denn (...), wir sollten im Interesse der Unimedizin im Land nach vorne schauen und nicht nach hinten.“ Sie beklagte, die Fragen im Antrag für den Untersuchungsausschuss würde 25 Jahre zurück in die Vergangenheit führen. Die Bearbeitung würde enorme zusätzliche Ressourcen einfordern. Im Einsetzungsantrag sei „kein Thema genannt, das nicht schon längst auch Gegenstand von Akteneinsicht und Auskunftersuchen von den Fachausschüssen des Landes, von Prüfungen durch den Landesrechnungshof oder anderen Behörden gewesen ist“. Sie hoffe, dass die Arbeit im Untersuchungsausschuss in den kommenden Jahren nicht dazu führe, „die hervorragenden Leistungen der Universitätsmedizinen (...) in ein schlechtes Licht zu stellen“. Das „würde den beiden Unimedizinen definitiv mehr schaden als nützen“. Sie betonte zudem, dass sie selbst damals vor 15 bis 25 Jahren noch nicht in politischer Verantwortung war. „Viele von Ihnen aber sehr wohl.“ Sie zählte „die bauliche Infrastruktur“ zu den „größten Herausforderungen für die Standorte“. Das gelte insbesondere für Rostock, „aber auch für Greifswald wird der Investitionsbedarf in diesem Jahrzehnt wachsen“. In den vergange-

nen Jahren sei die Anzahl der Standorte „bereits von ehemals 16 auf heute 6 zurückgegangen“. Ihrer Meinung nach stehe das Land zu seinen beiden Unimedizinen.

Thomas de Jesus Fernandes (AfD) hielt eine gründliche Generalrevision für „notwendig“. Er fragte sich aber, „weshalb die innere Kontrolle (...) der Universitätskliniken“ und der Aufsicht führenden Ministerien für Wirtschaft sowie Bildung „mit all ihren Behörden und Abteilungen es offensichtlich bislang versäumt haben, eine Revision im Sinne der von ihnen im Antrag mehrfach beschworenen Good Governance zu leisten“. Immerhin sei in den Zeitungen von Betrug die Rede, „schon dazu hat sich unsere Ministerin nicht geäußert“. Es habe dazu Anhörungen im Landtag gegeben, Professoren hätten über ihre Schwierigkeiten informiert. Etwa darüber, „dass sie in ihrer Entwicklung, der wirtschaftlichen Weiterentwicklung und in der besten Entwicklung auch für die Patienten nicht weiterkommen, aufgrund von Blockaden der Führungsebene“. Die Führungsebene über dem Aufsichtsrat sei nun mal das Ministerium. Wenn es um Geldmittel gehe, die versickern und in fragwürdigen Rentenanlageprogrammen 30 Millionen Euro verschwinden, „dann ist dieser Untersuchungsausschuss mehr als notwendig“. Der Abgeordnete betonte die Wichtigkeit parlamentarischer Untersuchungsausschüsse, sie seien „das schärfste Schwert der Opposition“. Die AfD unterstütze daher diesen Untersuchungsausschuss.

Torsten Koplín (DIE LINKE) nahm direkt Bezug auf seinen Vorredner: „In der Tat, ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss ist das schärfste Instrument der Opposition.“ Er bestätigte, dass es „viele Herausforderungen in diesem Bereich“ gebe, auch Probleme, die einer Lösung harren und „wir haben ein großes Interesse daran, dass ein solcher Untersuchungsausschuss eine Möglichkeit darstellt, die medizinische Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern, insbesondere für diese beiden Flaggschiffe der Krankenhausstruktur (...) zu verbessern.“ Er verwies auf einen Sonderbericht des Landesrechnungshofs aus dem Jahr 2014 über die Finanzaus-

stattung der Universitäten, darin gab es auch „ein gesondertes Kapitel über die Ressourcen für die Unimedizinen“. Man habe sich „all die Jahre“ im Parlament, in den Ausschüssen, der Wahlkreisarbeit mit den einzelnen Problemstellungen der Universitätsmedizinen befasst. „Der Finanzausschuss war in der vorvorherigen Legislaturperiode an der Uniklinik in Greifswald, (...) hat befragt, (...) Auskünfte bekommen, nach Lösungen gesucht.“ Man habe mit dem Finanzausschuss ebenfalls die Unimedizin Rostock besucht, „und wir haben im zuständigen Wirtschaftsausschuss in der letzten Legislaturperiode im Bildungsausschuss, aber auch im Finanzausschuss immer wieder einzelne Dinge beleuchtet“. Als gut und richtig habe sich eine Expertenkommission unter Leitung von Herrn Terpe erwiesen. All das sei im Antrag für den Untersuchungsausschuss „nicht weiter reflektiert“. Klar sei für ihn aber, dass „geklärt werden muss, wo es Aufsichtsversagen gab“. Er warb für eine konstruktive Aufklärung. Ihn würden diese Fragen interessieren: „Wie steht es um die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung in den beiden Universitätskliniken? Wie ist es mit dem Entlass-Management? Wie ist es mit den Ersatzinvestitionen in ausgewählten Fachabteilungen? Gibt es Mengenvorgaben? „Wir haben die Erkenntnis gewonnen, dass es von großem Schaden ist, wenn das Gesundheitssystem auf Gewinne gebürstet wird. An der UMR trieb zumindest zeitweilig (...) die Ökonomisierung von Gesundheitsleistungen besondere Blüten.“

**Dr. Harald Terpe** (Bündnis 90/Die Grünen) lobte den Abgeordneten Torsten Koplin zunächst als denjenigen, „der sich am intensivsten mit diesen Taten auseinandergesetzt hat und ich glaube, das macht ihn auch zu einem wertvollen (...) Kollegen für den Untersuchungsausschuss“. Seine Fraktion verwundere der „relativ umfangreiche Zeitraum (...) von mehr als vier Legislaturperioden“, der im Untersuchungsausschuss in den Blick genommen werden soll. Als eine Ursache sah er, dass neben individuellem Fehlverhalten auch „unzureichende organisatorische Verhältnisse“ vorliegen könnten. Er verwies auf die Einsetzung einer interdisziplinären, unabhängigen Kommission im Jahr 2018,

die den Auftrag hatte, die Vorgänge an den Universitätsmedizinen unter medizinisch-ethischen Gesichtspunkten, und einer zur Ethik verpflichtenden Unternehmensführung und der zu erwartenden Vorbildwirkung zu prüfen. Über den langen Untersuchungsausschuss des nun beantragten Ausschusses habe es „Rechtsformänderungen der Universitätsklinik vom sogenannten Kooperationsmodell zu einem Integrationsmodell gegeben“. Die Aufsichtsstrukturen wurden mehrfach durch Novellierung des Landeshochschulgesetzes verändert. Terpe wünschte eine Aufklärung darüber, „ob das tatsächlich auch so funktioniert hat, wie sich das vorgestellt wurde“. Meldungen über eine objektiv gefährdete Kinder-klinische-Versorgung nannte er „ein Armutszeugnis für das Land“. Befremdlich fand er, „dass die Regierungskoalition mit einem Änderungsantrag, die von uns vorgeschlagene Ausschussgröße von 13 auf 9 Mitglieder und stellvertretende Mitglieder verändern will“.

**Barbara Becker-Hornickel** (FDP) bezeichnete die Universitätsklinik als „Leuchttürme“ des Landes, die „an Glanz verloren“ hätten. Die Probleme seien „groß“ und „dringend“. Dem beantragten Untersuchungsausschuss schrieb Barbara Becker-Hornickel „ungeahnte Dimensionen“ zu, angesichts des Vorhabens, einen Zeitraum von 25 Jahren aufzuarbeiten. Als Oppositionspartei sehe man sich aber „gezwungen“, diese in 25 Jahren angehäuften Missstände aufzuklären und zu verhindern, dass „weitere Lücken-Haushalte auftauchen“. Auch sie betonte, dass nicht die Qualität der Ärzte und der Pflegekräfte in Zweifel gezogen würden.

Die Arbeit von Gremien, Ministerien und des Managements müsse untersucht werden, „damit Fehler in der Zukunft vermieden werden“. Sie kündigte an: „Wir werden auch Herrn Brodkorb auffordern, Rede und Antwort zu stehen“, daran ändere „auch die Abberufung kurz vor Einberufung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses nichts“.

**Philipp da Cunha** (SPD) verkündete, dass die SPD der Einsetzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zustimmen werde, „unter der Maßgabe, dass wir die Mitgliederzahl von

13 auf 9 reduzieren.“ Diese Zahl würde auch der Größe im ersten parlamentarischen Untersuchungsausschuss sowie einiger Fachausschüsse entsprechen. Er kündigte an, man werde den Untersuchungsausschuss „konstruktiv“ begleiten, kritisierte aber gleichzeitig, dass die antragstellenden Parteien die parlamentarischen Möglichkeiten, etwa in den Fachausschüssen, „nicht ausgeschöpft haben“. Der Opposition warf Philipp da Cunha vor: „Es geht ihnen nicht um die Sicherstellung der medizinischen Versorgung, es geht ihnen (...) um Profilierung.“ Außerdem spare die CDU „ihre eigene Rolle“ in den Geschehnissen der vergangenen 25 Jahre aus. Abschließend sagte der Abgeordnete, der Untersuchungsausschuss dürfe „nicht in der Vergangenheitsbewältigung und in einem Schwarzer-Peter-Spiel steckenbleiben“.

Der Änderungsantrag wurde mit den Stimmen der Regierungskoalition angenommen. Der Antrag auf Einsetzung des Untersuchungsausschusses wurde einstimmig angenommen.

*Antrages der Fraktionen der CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 8/409*

*Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und DIE LINKE - Drucksache 8/476*



Die Folgen des Krieges zwischen Russland und der Ukraine rücken die Agrarpolitik in den Fokus.

## Die Ökologisierung der Landwirtschaft

Neuaustrichtung der Agrarförderung soll Landwirtschaft in MV nachhaltiger, für Landwirte attraktiver und ökologischer machen

■ Ab 2023 soll in der Europäischen Union eine neue gemeinsame Agrarpolitik umgesetzt werden. Auf Bundesebene wurden dazu Stellungnahmen der Länder eingefordert. Die Regierungskoalition in Schwerin reichte nun einen Antrag ein, der neue Regelungen für den Erhalt von Niedermoorflächen, das nachhaltige Bewirtschaften von Grünlandflächen, eine artgerechte Tierhaltung und Agroforstsysteme vorsieht. In der Debatte monierte die Opposition fehlende konkrete Maßnahmen, eine Mehrheit plädierte für die Überweisung an den zuständigen Fachausschuss.

Die Abgeordnete **Elisabeth Aßmann** (SPD) verlangte, angesichts des Krieges in der Ukraine in der Agrarpolitik des Landes „von jetzt auf gleich“ umzusteuern, damit „nicht nur wir, sondern auch die Menschen im globalen Süden mit Getreide und Lebensmitteln versorgt werden können.“ Die SPD-Politikerin forderte Programme, die „nicht nur gut für die Landwirtschaft, sondern auch gut für die Umwelt“ seien. Im Zusammenhang mit dem Strategieplan des Bundes habe es eine Forderung gegeben, innerhalb von 48 Stunden den 1.000 Seiten starken Entwurf des Strategieplans durch die Länder zu bearbeiten, zu bewerten und eine Stellungnahme zu formulieren. „1000 Seiten, die über die nächsten sieben Jahre europäische Gelder entscheiden. Das ist unfassbar“,

kommentierte Aßmann. Zur Bewässerung und zum Erhalt von Niedermoorflächen ist ein Agrar-, Umwelt- und Klima-Maßnahmenprogramm geplant. Man will die „Grünlandbewirtschaftung noch umweltverträglicher“ und die „Nutztierhaltung noch tiergerechter“ gestalten. Weitere Anliegen seien Agroforstsysteme, die bessere Vernetzung von Biotopen, die Verringerung von Winderosion und die Steigerung der Artenvielfalt und des Wasserhaushalts.

Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus** (SPD) erwartete „Preiserhöhungen“ durch den Krieg in der Ukraine. Für die deutsche Bevölkerung sei die Ernährungssicherung gewährleistet. Die Schonung der Ressourcen müsse in Zukunft „massiv vorangetrieben“ wer-

den. Landwirte sollen dafür honoriert werden, dass sie ökologische Leistungen wie Klimaschutz, Artenschutz und sauberes Wasser erbringen. Der Politiker forderte, aufgrund des Krieges in der Ukraine, bestimmte Flächen in MV – nämlich 24.000 Hektar Greening-Flächen – mit Eiweißpflanzen wieder in die Produktion zu nehmen. „Damit machen wir Biodiversität, sichern die Versorgung der Tierbestände und könnten einen Beitrag zur Ernährungssicherung (...) in Europa (...) leisten.“ Der Redner stehe „voll und ganz“ zur Agrarreform, einem „Meilenschritt in Richtung öffentliches Geld für öffentliche Leistungen.“ Als „großen Durchbruch“ beschrieb Backhaus die „bodenschonende Landbewirtschaftung auf Niedermoororten“. Der Nutzen der Bioökonomie und das Ablösen von fossilen Energien sei voranzutreiben. Für Landwirte sehe der Minister dafür Ausgleichszahlungen vor. Ein Förderkatalog solle im Sommer vorliegen und zur Ökologisierung der Landwirtschaft beitragen.

**Thore Stein** (AfD) sah im Antrag der Regierungskoalition eine „Extensivierung zum Wohle der Umwelt“. Man könne darüber debattieren, „Agrarflächen (...) mit PV-Anlagen zuzustellen“, „Grünland nun auch extensiv zu nutzen“ und die „Tierproduktion so umzustellen, dass es zu einem deutlichen Kostenaufschlag und somit auch zur Konsumminderung beim Endverbraucher kommen muss“. Er sagte aber auch: „Ohne eine intensive Landwirtschaft ist eine Versorgung der

Bevölkerung (...) nicht möglich.“ Niemand wisse, ob und wann Russland oder die Ukraine zu ihren Rollen als Weizenexporteure zurückfinden. Bis dahin sei „tunlichst zu vermeiden“, die eigene Versorgungssicherheit mit Agrarrohstoffen und Lebensmitteln „derart zu gefährden, dass wir nicht nur uns, sondern auch andere Teile der Welt in ernsthafte Versorgungsprobleme bringen.“ Die AfD werde dem Antrag „nicht zustimmen“.

**Thomas Diener** (CDU) sah in Deutschland nur eine 65-prozentige Abdeckung der gesamten Versorgung mit Nahrungsmitteln gewährleistet. Der vorgelegte „Rückenwindantrag“ der Koalition komme zur „Unzeit“ und trage die „Handschrift des Ministeriums“. Unter dem ersten Punkt werde sich mit „Allgemeinplätzen begnügt“. Zur Bewässerung der Niedermoorstandorte könnten derzeit weder „landwirtschaftliche noch energiewirtschaftliche Maßnahmen“ betrieben werden. Eine nachhaltigere Bewirtschaftung von Grünland sei im nationalen Strategieplan nicht abgestimmt. Er erwarte „Dopplungen“ und „Kannibalisierung“ in den Maßnahmen. Die landwirtschaftliche Tierhaltung in MV durch Investitionen in tiergerechte Haltungssysteme zu unterstützen, befürwortete Thomas Diener „ausdrücklich“. Die Einrichtung von Agroforstsystemen verlaufe vielerorts „mit gutem Beispiel“, jedoch wäre eine Reduzierung des Lebensmittelanbaus die Folge. Der vorliegende Antrag sei „nicht geeignet die genannten Probleme zu minimieren“, seine Fraktion lehne ihn daher ab.

„Wir wollen (...) eine bessere, eine wirtschaftlich tragfähige, bodengebundene, soziale, einkommenssichernde, ressourcenschonende, umweltgerechte, klimaschützende und rechtssichere – kurzum eine zukunftssichere Landwirtschaft“, sagte **Daniel Seiffert** (DIE LINKE). Diesen Umbau wolle man gemeinsam mit den Landwirten umsetzen. Ziel des diskutierten Antrages sei, „dem Umwelt-, Agrar- und Klimaschutz des Landes entsprechende und praktikabel umsetzbare Programme ab 2023 für die Landwirtschaftsbetriebe anzubieten“.

**Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellte fest, dass es sich bei dem eingebrachten Antrag nur um die „planmäßig anstehende Fortschreibung der föderalen Ausgestaltung der zweiten Säule der gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik“ handle. Der Auftrag der Landesverwaltung sei „unklar“, von „klaren Zielen, Maßnahmen und Kriterien“ nichts zu lesen. In Richtung der Regierung sagte Damm: „Trauen Sie sich doch, die Förderung an einen Verzicht auf Pestizide und Düngemittel zu binden, zumindest für sensible Flächen der Natur und Trinkwasserschutzgebiete.“ Auch „feste Stall- und Flächenobergrenzen für die Förderung tiergerechter Haltung“ schlug Damm vor. Moorschutz sei „der wichtigste Hebel“ für die Verminderung von Treibhausgasen. Den vorliegenden Antrag bezeichnete Damm als „Unvollständigkeit“. Es fehle der Hinweis auf klassische Ackerflächen, die ein enormes Potenzial böten. Der Humusaufbau müsse durch die Verwendung von Komposten gefördert werden. Insgesamt sollte eine Förderung für MV so aufgestellt werden, dass die Landwirte, die die „meisten gesellschaftlichen Leistungen“ erbringen, die „höchste finanzielle Förderung“ erhalten. MV brauche keine „Agrarwende light“, sondern ein „mutiges, zielgenaues Konzept zum Umbau“.

**Sandy van Baal** (FDP) begrüßte, dass mit dem Antrag eine Erweiterung und Ausgestaltung einzelner Maßnahmen der GAP stattfinde: „Dieses Element erlaubt uns, die Fördermittel gezielt auf die Probleme und Notwendigkeiten in unserem Land anzupassen (...)“. Ebenfalls befürworte ihre Fraktion geplante Maßnahmen zur Modernisierung und Entbürokratisierung. Bei den Agroforstsystemen habe die Abgeordnete „arge Bedenken“, weil diese sicher „extrem bürokratisch“ und „wahrscheinlich nicht rentabel“ seien. Ihre Partei stehe zur Tierhaltung im Land, neue Gebäude müssten „unbürokratisch, schnell und tiergerecht ermöglicht werden“.

*Antrag SPD und DIE LINKE*

*Drucksache 8/405*

*Beschluss: Annahme der Überweisung an den Agrarausschuss bei Stimmenthaltung der AfD*

## „Kernenergie als Ausweg“

AfD fordert Wiederbelebung der Kernkraft und will in MV die Forschung dazu fördern

■ **Energiepreise auf Rekordhoch, eine gefährdete Versorgungssicherheit und unzureichende Fortschritte bei der Senkung der Treibhausgas-Emission – die Welt steckt in einer Energiekrise. Die AfD sieht die Wiederbelebung der Kerntechnologie als eine Antwort auf diese Herausforderungen. In einem Antrag fordert sie unter anderem längere Laufzeiten der aktuell noch in Betrieb befindlichen Kraftwerke und den Neubau moderner Kraftwerke der Generation 4 oder 5. Auch die Forschung soll in MV wieder hochgefahren werden.**

**Petra Federau** (AfD) meinte, dass es seit dem Krieg in der Ukraine „jedem dämmern müsste, wie fragil der Frieden ist“, das gelte auch für „die Energieversorgung und die Versorgungssicherheit hier im Lande“. Sie sprach sich dafür aus, die Kernenergie neu zu bewerten, da bei „bei Kraftwerken der sogenannten vierten Generation die Sorge vor einem sogenannten Gau nicht mehr besteht“ und „der Atomüll der alten Kraftwerke zur Energiegewinnung genutzt werden kann“. Die Kerntechnologie ist für die AfD daher die Energiequelle der Zukunft. Sie sollte daher weiter erforscht werden, „entsprechende Forschungseinrichtungen müssen in Deutschland erhalten bleiben“. Sie verwies darauf, dass die EU die Kernkraft als „klimafreundlich“ einstuft und dass weltweit der Bau von mehr als 100 Atomkraftwerken geplant sei. Sie sagte zudem, dass auch CSU-Chef Markus Söder die AfD-Forderung nach Verlängerung der Laufzeit der Atomkraftwerke unterstütze. Die Industrie in Deutschland brauche verlässlichen und bezahlbaren Strom, um „in Deutschland überhaupt noch eine Zukunft zu haben“. Sie verlangte, jetzt die Weichen für eine sichere Energieversorgung zu stellen.

Die Aussprache eröffnete Wirtschaftsminister **Reinhard Meyer** (SPD). Er bezeichnete auch die neuen, angeblich sicheren Kraftwerke, als eine „Hochrisiko-Technologie“. Auch die Kosten der Atomwirtschaft würden „nie richtig dargestellt“. Bis heute suche man ein Endlager für den Atommüll der Vergangenheit. Und: „Wir reden bei den drei Atomkraftwerken, die zurzeit noch am Netz sind, über fünf Prozent unserer Energieversorgung. Das löst nicht unser Problem.“ Außerdem seien für diese Kraftwerke spätestens Ende des Jahres neue Brennstäbe nötig, laut Reinhard Meyer müsste man diese von Russland beziehen. Stillgelegte Kraftwerke wieder in Betrieb zu nehmen, würde „jahrelange“ Genehmigungsverfahren nach sich ziehen. Und er fragte: „Warum sind uns Städtenamen wie Harrisburg, Tschernobyl, Fukushima (...) im Gedächtnis?“ Weil dort nukleare Katastrophen stattgefunden hätten. „Deswegen ist die Atomkraft der falsche Weg.“

Der Minister räumte aber auch ein: „Wir haben große Sorge, was unsere Energieversorgung angeht, (...) ob Energie noch bezahlbar ist in Deutschland (...)“ Er begrüßte das Entlastungspaket der Ampelkoalition, namentlich die „Heizkostenzuschüsse“, die „Erhöhung der Pendlerpauschale“, die Aussetzung der EEG-Umlage. Er sagte aber auch: „Diese Maßnahmen werden nicht reichen.“ Daher dürfe man „keine Denkverbote haben“, ausdrücklich betonte er: „Wir in Mecklenburg-Vorpommern werden uns einsetzen für eine Spritpreisbremse, (...) durch die Absenkung der Mehrwertsteuer oder durch die Absenkung der Energiesteuer.“ Ein weiteres übergeordnetes Ziel sei, „unabhängiger zu werden“ – und dafür müsse man „den Ausbau der Erneuerbaren Energie auch in Mecklenburg-Vorpommern beschleunigen.“ „Und das werden wir auch tun.“

**Daniel Peters** (CDU) betonte, dass der von der AfD in ihrem Antrag vorgeschlagene Weg nicht der sei, der „politisch und gesellschaftlich vereinbart wurde“, daher könne die „Ernsthaftigkeit dahinter hinterfragt werden“. In punkto Spritpreisbremse sah Daniel Peters seine Partei mit der Regierung „einig“, auch auf Bundesebene. Auch er betonte, dass eine Wiederaufnahme der Kernenergie in Deutschland nicht denkbar sei. In Richtung der

AfD sagte er: „Alle diese Maßnahmen, die Sie vorschlagen, die wirken doch nicht jetzt, aber wir brauchen jetzt Antworten und Sofortmaßnahmen.“ Daniel Peters glaubt zudem, dass auch Braunkohle in Deutschland weiter salonfähig bleiben könnte, „da wird uns gar nichts anderes übrigbleiben“.

**Daniel Seiffert** (DIE LINKE) warnte davor, „sterbenden Geschäftsmodellen neues Leben einzuhauchen“. Das versuche die AfD mit ihrem Antrag. Von den verbliebenen Atomkraftwerken in Deutschland sei laut Seiffert „kein nennenswerter Beitrag zur Energieversorgung“ zu erwarten. Zu den Atomkraftwerken der vierten Generation sagte er: „Die gibt es schlichtweg nicht.“ Es handele sich um Konzepte und Forschungsfelder. Gebaut würde an Kraftwerken der dritten Generation, und das sehe „wenig hoffnungsvoll aus“, so Daniel Seiffert. Er verwies auf ein solches Kraftwerk in Finnland, das 2009 fertiggestellt sein sollte, aber immer noch in Bau sei. Ähnlich sei es in Frankreich, ein Projekt dort sei für 3,3 Mrd. Euro geplant gewesen und „kratzt jetzt die 20-Milliarden-Grenze“. Er stellte daher klar: „Wir lehnen den Antrag ab.“

**Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) lehnte den Antrag „inhaltlich vollständig ab“. Die Atomindustrie sei „viermal so teuer wie die erneuerbaren Energien“ und auch zu langsam für „eine zumindest CO<sub>2</sub>-freie Energiewende“, jeder Neubau würde viele Jahre dauern. Er bemängelte den im Antrag genannten Vorschlag, die Atomphysik in den Hochschulen des Landes stärker zu fördern: „Man erkennt daran, dass Sie keine Ahnung vom Grundsatz der Freiheit von Forschung haben und die Atomforschung den Hochschulen im Land aufzwingen wollen“. Daher lehne man den Antrag ab.

**David Wulff** (FDP) schloss „sich vollumfänglich“ seinem Vorredner an. Deutschland habe sich längst entschieden, einen anderen Weg einzuschlagen. „Wir lehnen diesen Antrag ab.“ David Wulff gab allerdings zu, dass der Punkt, die Kompetenz für Atomphysik in Deutschland weiter zu fördern, durchaus relevant sei.

Laut **Falko Beitz** (SPD) beschreibt der vorliegende Antrag „die energetische Zukunft aus Sicht der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Er sah es als „wichtigste Aufgabe“, den aktuellen Entwicklungen mit Preissteigerungen und Abhängigkeiten etwas entgegenzusetzen. Daraus eine Wiederbelebung der Kernkraft abzuleiten, sei „schlichtweg anachronistisch“. Laut Falko Beitz produzierten aktuell bereits die Biogasanlagen im Land mehr Energie als alle drei Kernkraftwerke in Deutschland zusammen. Zudem seien die Anlagen in Deutschland viel zu alt und die Betreiber hätten einen Weiterbetrieb längst abgesagt. Zur Forschungskompetenz sagte er, dass die landesweiten Hochschulen über Kompetenz in der Plasmaforschung verfügten. Der Aufbau eines solcher Schwerpunktes würde Millionen kosten, „ohne dass dazu in den kommenden 10 Jahren nennenswerte Forschungsergebnisse zu erwarten wären“. Als Neubaustandorte für neuen Kernkraftwerke sah er allenfalls die Küsten im Land, was aber niemand wolle. Er zitierte den FDP-Chef Christian Lindner, der sagte, „erneuerbare Energien sind Freiheitsenergien“. Die SPD lehne diesen Antrag ab.

Der Antrag wurde abgelehnt.  
*Antrag der Fraktion der AfD*  
*Drucksache 8/400*

## Die Schule im Dorf lassen

Neues Gesetz für Fortbestand der ländlichen Schulen

■ In Mecklenburg-Vorpommerns Grundschulklassen sollen laut Verordnung über die Schulentwicklungsplanung mindestens 20 Kinder sitzen. Da viele Schulen auf dem Land diese geforderte Mindestschülerzahl aber nicht erreichen, sind Schließungen die Folge. Mit einem Gesetzesantrag zum Schulnetz 2030 wollen SPD und DIE LINKE Schulschließungen künftig vermeiden. Alle Fraktionen stimmten dem Antrag zum Schulnetz 2030 zu. Ein Änderungsantrag der CDU, in dem ein genauer Zeitpunkt, längerfristiges Handeln sowie die Ausarbeitung konkreter Zahlen gefordert wurden, wurde abgelehnt.

**Jeannine Rösler**, Fraktionsvorsitzende (DIE LINKE) sagte, jedes Jahr werde in den Kommunen „gebannt und mit Bangen“ auf die Anmeldezahlen der Erstklässler geschaut. Mit dem eingereichten Antrag wolle man „künftig das Schulsterben allein aufgrund nicht erreichter Schülermindestzahlen verhindern“. Schulschließungen im ländlichen Raum bedeuten, „einen wesentlichen Teil dessen zu verlieren, was das Leben in einer Kommune ausmacht“. Das Anliegen der Partei DIE LINKE mache deutlich: „Wir wollen nicht nur die unmittelbaren Folgen von Schulschließungen verhindern, uns geht es auch um die Langzeitwirkungen (...) – wir lassen die Schule bis 2030 im Dorf.“ Der Erhalt von Schulstandorten und Strukturen sei „für ein lebens- und liebenswertes Zuhause unerlässlich“, endete Rösler ihre Ausführungen.

Dass die Schulentwicklungsplanung die Politik „jahrzehntelang in Alarmbereitschaft versetzt“ habe, stellte Bildungsministerin **Simone Oldenburg** (DIE LINKE) fest. Wegen rückläufiger Schülerzahlen „in den 1990er Jahren bis Anfang der 2000er Jahre wurden mehr als die Hälfte aller Schulen des Landes geschlossen“, erläuterte Oldenburg. Schule, sagte Ministerin Oldenburg, sei



Foto: Jens Büttner

Ein neues Gesetz soll Schulen unabhängig von den Mindestschülerzahlen sichern.

eine „hochemotionale Angelegenheit“ und „viel mehr als nur ein Gebäude“. Die Zustimmung des Antrages wäre ein „starkes und positives Signal“ für den ländlichen Raum. Bis zur „großen Novelle des Schulgesetzes“ vergehe noch zu viel Zeit. Die Fraktionen von SPD und DIE LINKE schlugen deshalb vor, keine Schulen bis zur Änderung des Gesetzes zu schließen. Allein im vergangenen Schuljahr habe es 42 Grundschulen gegeben, die die Schülermindestzahlen von 20 Kindern in der Eingangsklasse unterschritten hätten. Vielen kleinen Grundschulen drohe somit das Aus. In den fünften Jahrgangsstufen seien die geforderten 36 Schüler in fast 40 Schulen nicht mehr angemeldet worden. „Hier droht ebenfalls ein Sterben auf Raten, wenn wir nicht umgehend reagieren“, erklärte die Bildungsministerin. Auch eine verringerte Schülerzahl von 22 Kindern in Regionalen Schulen könne vielerorts nicht mehr erfüllt werden. Auf den Änderungsantrag der CDU ging Simone Oldenburg nach Nachfrage des Abgeordneten Torsten Renz (CDU) nicht ein.

**Enrico Schult** (AfD) stimmte den Rednerinnen „vollumfänglich zu“ und schickte voran, dass die AfD diesem „vernünftigen Antrag“ folgen werde. Der Erhalt kleiner Schulen sei der AfD stets ein wichtiges Anliegen. Schult beschrieb die Schule als „wichtigste“ und „einzig verbliebene kulturelle Instanz in den Landgemeinden und kleineren Städten“. Die Regierung des Landes

habe durch die Schulpolitik in den zurückliegenden Jahren kleine Schulen benachteiligt, „indem man ihnen allzu hart Grenzen durch die enge Festlegung von Minimalzahlen an Schülern setzte.“ Das Verschwinden von Schulen in kleinen Orten bezeichnete Schult als „fatalen Fehler.“ In Dörfern ohne Schule fehle „der ideelle Kern“. Schulträger seien finanziell so auszustatten, dass sie den „erheblichen Instandhaltungs- und Investitionsstau von etwa 1,5 Milliarden Euro“ bewältigen können. Es sei richtig, das Geld der Steuerzahler den Kindern zugute kommen zu lassen.

**Torsten Renz** (CDU) betonte, dass die CDU zwar einen Änderungsantrag gestellt habe, aber dem Antrag der Regierungskoalition zustimmen werde. Der Abgeordnete hielt eine Anpassung des Schulgesetzes für richtig, fügte aber durch den Änderungsantrag hinzu: „(...) wir wollen das verbindlicher und korrekter haben und deswegen wollen wir die Schulentwicklungsplanung zum Schuljahr 2022/23 anpassen.“ Dass die Sicherung des Schulnetzes explizit nur bis zum Jahr 2030 gehe, könne der Politiker aber nicht verstehen. „Sie können gern auch die Schule bis 2035 im Dorf lassen“, reagierte er auf die Ausführungen Röslers. Die Behauptung, dass die Schulen unmittelbar und gegenwärtig von Schließungen bedroht seien, teilte der Abgeordnete nicht. Er präsentierte diese Zahlen: „In den letzten zehn Jahren wurden zwei Grundschulen (...) geschlossen.“ Für interessanter hielt

Torsten Renz die Themen Lehrermangel, verbesserte Arbeitsbedingungen oder Investitionsprogramme für den Schulneubau.

Renz erklärte weiterhin, dass die Schülerzahlen bis zum Jahr 2026 und somit in dieser Legislaturperiode leicht ansteigen würden. Seine Prognose: Die Zahlen werden mittelfristig aufgrund der Flüchtlingsbewegung zumindest gehalten. Zusammenfassend sagte Renz: Die Lösung des Problems sei wichtig, auch wenn es andere Herausforderungen gebe. Konkretere Zahlen seien wünschenswert, sodass die „Rahmenbedingungen eines Tages gemeinsam“ beschlossen werden können.

**Andreas Butzki** (SPD) bedauerte, dass dieser „sehr wichtige“ Antrag erst so spät diskutiert wird. Die Schulentwicklungsplanung sei in Arbeit, so Butzki, ein Beschluss nun notwendig. Der SPD-Politiker wies darauf hin, dass es Schüler im Land gebe, die „morgens eine Stunde Fahrzeit bis zur Schule“ und damit einen „Arbeitstag hätten, den manche Erwachsene nicht haben“. Zur Aufgabe der Schulträger gehöre es, gleiche Voraussetzungen in Stadt und Land zu schaffen. „Städte haben es leichter, weil sie finanzstärker sind.“ Butzki nahm auch das Bildungsministerium in die Pflicht, „entsprechendes Fachpersonal für den ländlichen Raum zu gewinnen“. Das Format „Lehrerlandpartie“ sei ein erfolgreiches Beispiel. Der Erhalt einer Schule sei von der Koalition gewünscht, müsse aber auch „vor Ort gewollt“ sein. „Die Kommunen müssen mitmachen, junge Lehrer willkommen heißen.“

**Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) befürwortete den Antrag mit dem Hinweis: „Das fordern BÜNDNIS 90/GRÜNE schon seit mindestens zehn Jahren.“ Noch immer gebe es Schulwege, die länger als eine Stunde seien. Die anhaltende Unsicherheit durch Ausnahmeanträge sei „nicht zumutbar“. Der Antrag sei wichtig „für die Entwicklung unserer ländlichen Räume“. Die Politikerin fasste zusammen: „Die Entscheidung, Schulstandorte nicht an Mindestschülerzahlen scheitern zu lassen, ist der richtige Schritt.“

**Sabine Enseleit** (FDP) wollte es als letzte Rednerin kurz machen: „Wir von der FDP

wollen keine Schulschließungen“. Man wisse, wie wichtig besonders im ländlichen Raum ein „breites Netz an Schulen und kurzen Schulwegen ist“. Enseleit hob hervor: „Gerade die Vielfalt und Wahlmöglichkeiten sind uns Liberalen wichtig.“ Das erfordere, das „möglichst viele Schulen erhalten bleiben“. Gerade auf dem Land machten Schulen auch kleine Dörfer „attraktiv und lebenswert“, daher müssen „kurze Wege für unsere Jüngsten Priorität haben“. Dabei habe die FDP zwei weitere Themen im Blick: „Erstens ausreichend Lehrkräfte, die an den Schulen unterrichten.“ Und zweitens müssen „Schulen an sich attraktiv sein“. Heruntergekommene und klimatechnisch veraltete Gebäude als Lernorte für Kinder „müssen der Vergangenheit angehören.“ Enseleit beendete ihre Ausführungen mit: „Wir stimmen dem Antrag zu.“

Zum Ende der Debatte zeigte sich Jeanine Rösler (DIE LINKE) froh über einen „breiten Konsens“, Schulstandorte unabhängig von Schülerzahlen zu gestalten. Die Initiative der Koalition bezeichnete Rösler als „wertvoll“, weil auch die Arbeit von Schulen und Lehrkräften damit anerkannt werde. „Gute Arbeit leisten nämlich alle Schulen, ob in der Stadt oder auf dem Land.“ Dem Änderungsantrag seitens der CDU werde man nicht zustimmen. Die Abgeordnete richtete an Torsten Renz: „Sie kommen mit ihrem Änderungsantrag zu spät.“ Den Ausführungen der Ministerin wäre nichts hinzuzufügen.

*Antrag SPD und DIE LINKE  
Drucksache 8/407*

*Der Änderungsantrag der Fraktion  
CDU Drucksache 8/474*

## Neue Nutzung des Stiftungskapitals

Verwendung für humanitäre Hilfe in der Ukraine

■ Der Zusatztagesordnungspunkt, 20 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt für humanitäre Hilfe in der Ukraine zur Verfügung zu stellen, wurde von FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kurzfristig gestellt und korrespondiert mit einem weiteren Antrag, dem in einer Dringlichkeitssitzung zugestimmt wurde. Darin hatte der Landtag bekräftigt, das Stiftungskapital der Klimastiftung MV in Höhe von 20 Millionen Euro für die humanitäre Hilfe in der Ukraine einzusetzen.

**Ann Christin von Allwörden** (CDU) räumte ein, dass die Auflösung der Stiftung „nicht mal eben so gemacht ist“. Möglicherweise habe das Unternehmen Nordstream 2 im Zuge der Insolvenz „sogar Zugriff auf das Stiftungskapital“. Diese rechtliche Klärung sollte man aber nicht abwarten, „der Krieg in der Ukraine tobt jetzt“, und deswegen müsse „auch jetzt geholfen werden“. Die beantragte Hilfe könne man als „außerplanmäßige Ausgabe einplanen, wenn man denn will“. Sie warf Deutschland vor, das russische Militär „über Jahre mitfinanziert“ zu haben. MV habe durch eine „fragwürdige Nebenaußenpolitik mitgeholfen, dass Putin für harmloser gehalten wurde als er es in Wirklichkeit ist“. Die Klimaschutzstiftung und auch das Schweigegelübde, das es dazu „scheinbar gibt“, hätten ihren Anteil an dem „Scherbenhaufen“, vor dem man nun stehe. „Wir haben Fehler gemacht“ und es sei Zeit für „Wiedergutmachung“. Dazu soll dieser Antrag dienen. Sollte das Stiftungskapital künftig doch noch zur Verfügung stehen, könne man die nun geleistete Hilfe damit ausgleichen. Ann Christin von Allwörden hätte aber auch „nichts dagegen“, wenn diese 20 Millionen Euro dann für weitere Hilfen verwendet würden. Das Geld soll an Hilfsorganisation vor Ort gehen.

Finanzminister **Dr. Heiko Geue** (SPD) mahnte, dass der Krieg in der Ukraine „viel zu schrecklich ist“, als dass man versuchen sollte, daraus politischen Nutzen zu ziehen. Beim vorliegenden Antrag dränge sich ihm der Eindruck auf, „dass genau dies versucht wird“. Damit das Stiftungskapital nach Klärung aller rechtlichen Fragen für die humanitäre Hilfe bereitgestellt werden kann, sichere die Landesregierung derzeit alle Klimaschutz-Projekte der Stiftung mit 20 Millionen Euro ab. Der Ansatz sei richtig, den Menschen in der Ukraine humanitär zu helfen, nur habe dafür „die Bundesregierung die Zuständigkeit, die rechtlichen Mittel und die Möglichkeiten, so zu helfen, dass die Hilfe auch dort ankommt, wo sie ankommen soll“. Die Bundesregierung habe die Länder sogar „dringend gebeten, nicht selbstständig tätig zu werden“. Aus diesen Gründen empfahl er, den Antrag abzulehnen.

**Martin Schmidt** (AfD) zeigte sich irritiert, „dass die Jamaikaner hier politisches Kapital schlagen wollen, mit diesem billigen populistischen Antrag“. In der Stiftung würden nicht „mir nichts, dir nichts 20 Millionen Euro rumliegen, die man in die Landeskasse überweisen kann“. Er stimmte zu, dass die Menschen jetzt Hilfe brauchen, vor allem die Flüchtlinge in MV, aber „planmäßige Haushaltsausgaben“ seien dafür im Haushaltrecht gar nicht möglich. Auch er führte wie Dr. Heiko Geue das Zuständigkeitsargument an, „bei Soforthilfen in politischen Konflikten“ liege die nun mal beim Bund. Die 20 Millionen Euro für die Ukraine-Hilfe nun in den Haushalt einstellen zu wollen, bezeichnete Martin Schmidt als „unnützlich und unverschämte“. Das Land sei nicht zuständig, es gebe keine Idee der Gegenfinanzierung und bereits ausreichend Hilfen. Die AfD-Fraktion lehne den Antrag daher ab.

**Torsten Koplín** (DIE LINKE) fragte, was man zu einem Antrag sage, von dem doch jeder wissen müsse, „dass er so im Haus nicht angenommen werden kann“, und beklagte weiter, „und was macht man mit einem Antrag, bei dem die, die ablehnen, an den Pranger gestellt werden könnten, diese Abgeordneten würden die Hilfe verweigern.“ Einen solchen Antrag nannte er „verwerflich, nie-

derträchtig und schäbig“. Es sei nicht die Frage, ob man helfen wolle, sondern wie man helfen könne. Er berichtete über ein Gespräch mit dem DRK, „die sagten, es fehle nicht an Geld“. Es sei wichtig, dass auf Bundesebene „international abgestimmt“ gehandelt würde. Das Land kümmere sich um die Flüchtlinge vor Ort in MV, dafür sei „eine siebenstellige“ Summe schon eingeplant. Er machte noch einmal deutlich: „Wir können nicht Geld aus dem Landeshaushalt in einen anderen Staat transferieren, um dort etwas zu bewirken.“ Man könnte es über die Hilfsorganisationen, aber die sagten, „wir kriegen es über den Bund“.

**Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagte in Richtung Finanzminister, Dr. Heiko Geue: „Sie haben den Ton dieser jetzigen Diskussion gesetzt.“ Er nannte Begriffe wie „Niedertracht“, „lasst euch nicht mit den GRÜNEN ein“, für einen Minister sei das „unwürdig“. Den Vorwurf, man würde diesen Antrag „instrumentalisieren“, wies er zurück. Schließlich hätte bereits die Ministerpräsidentin das Stiftungskapital „für sich in Anspruch genommen“, auch andere Fraktionen hätte diese Forderung aufgemacht. Er sah darin eine „Brücke“ für die Regierung, diese 20 Millionen Euro als Hilfe für die Ukraine einzuplanen. Auch wenn es nur „ein symbolischer Betrag“ wäre, angesichts der großen Hilfsprogramme weltweit. Er bemängelte weiter, dass der Finanzminister Dr. Heiko Geue „Klimaschutz gegen humanitäre Hilfe ausgespielt hat“.

**Sabine Enseleit** (FDP) nannte zwei entscheidende Argumente für den Antrag, erstens: Der Krieg „erfordert jetzt entscheidende Maßnahmen“. Das Land müsse jetzt helfen. Zweitens nannte sie die Stiftung, die „unter höchst fragwürdigen Bedingungen“ gegründet worden sei. Sie verwies auf die Tatsache, dass jede Stiftung regeln müsse, was mit dem Stiftungskapital bei einer Auflösung der Stiftung passiere: „Warum war das bei der Klimaschutzstiftung nicht der Fall?“ Sie kritisierte, dass eine landeseigene Stiftung ihre Ziele mit ausländischem, nämlich russischem Geld finanzierte. „Möchten Sie wirklich Bäume pflanzen mit russischem Geld, während russische Soldaten in der Ukraine die Zivilbevölkerung beschießen?“ Sie be-

tonte, dass es einheitlicher Wunsch im Landtag war, diese Stiftung aufzulösen. Es sei die Ministerpräsidentin selbst gewesen, die das das Stiftungskapital humanitären Zwecken zuführen wollte. „Mit diesem Antrag nehmen wir die Ministerpräsidentin beim Wort.“ Sie räumte ein, dass die Gelder nicht sofort freigesetzt werden könnten, ihr Vorschlag: 1,5 Millionen Euro sofort im vorläufigen Haushalt und der Rest im Doppelhaushalt 2022/2023“.

**Philipp da Cunha** (SPD) sagte, man könne diesem Antrag „heute nicht zustimmen“. Wie die Finanzmittel eingestellt werden sollen, gestückelt oder in einer Summe, sei noch gar nicht geklärt. Einig sei man sich darin, „dass die Stiftung aufgelöst und geprüft wird, ob das Stiftungskapital einem humanitären Zweck zugeführt werden kann“. Er erinnerte daran, dass das Geld ursprünglich dafür gedacht war, den Klimaschutz zu fördern. Dieses Geld soll künftig auf jeden Fall für den Klimaschutz bereitstehen. Er lehnte den Antrag ab, „weil er haushaltsrechtlich nicht umsetzbar ist“.

Der Antrag zur Überweisung in den Finanzausschuss wurde mit den Stimmen der Regierungskoalition und AfD abgelehnt. Der Antrag selbst wurde ebenfalls mit diesen Stimmen abgelehnt.

*Antrag der Fraktionen der CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 8/469*

# Meldungen

## Dringlichkeitssitzung

■ Am 24. März fand eine seitens der Landesregierung beantragte Dringlichkeitssitzung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern statt. Unter der Überschrift des einzigen Tagesordnungspunktes „Aktuelle Lage 'Corona-Virus'“ brachte die Landesregierung den Antrag auf „Feststellung nach § 28a Abs. 8 Infektionsschutzgesetz“ ein, welchen das Parlament mehrheitlich annahm. Der gemeinsame Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Corona erfordert weiterhin Schutz, Rücksichtnahme und Impfen“ wurde ebenfalls angenommen.

*Antrag Landesregierung*

*Drucksache 8/538*

*Antrag der Fraktionen der SPD,*

*DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*

*Drucksache 8/539*

## Mehr Sonnenenergie für MV

■ Mecklenburg-Vorpommern hat beste Voraussetzungen für Solarenergie – nutzt diese aber nicht konsequent. So sieht es die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die deswegen den Antrag „Solarenergiepotentiale in MV endlich nutzen“ einreichte. Mit den Stimmen von SPD, DIE LINKE und AfD wurde der Antrag in allen Punkten abgelehnt.

Nach jahrelangen Bekräftigungen und Beteuerungen rief die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Regierung dazu auf, endlich zu handeln. In ihrem Antrag schlägt die Fraktion zwei einfache und konsequente Maßnahmen vor: Bis zum 30. Juni 2023 soll ein Solarpotentialkataster in MV freizugänglich zur Verfügung stehen. Außerdem soll ein Leitfaden, der sogenannte Solarenergieerlass, den Ausbau der Solarenergie in MV erleichtern und beschleunigen. Dass das nötig ist, darauf verwies die FDP, denn der Anteil der

Solarenergie im Land ist im nationalen Vergleich unterdurchschnittlich.

Mit dem Leitfaden griff die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein Vorhaben von SPD und CDU aus dem Jahr 2016 wieder auf. Die Parteien hatten in ihrem damaligen Koalitionsvertrag festgehalten, dass der Ausbau der Solarenergie „durch einen Leitfaden begleitet werden“ soll. Auch „ein Potentialkataster für alle Flächen“ war damals schon angekündigt. DIE LINKE forderte 2018 in der Drucksache 7/2810 die Umsetzung dieser Ziele ein und auch im aktuellen rot-roten Koalitionsvertrag heißt es: „Langfristiges Ziel ist es, dass möglichst auf jedem Dach in Mecklenburg-Vorpommern PV-Anlagen genutzt werden.“ Die SPD erwartet durch neue Rahmenbedingungen vom BUND einen massiven Ausbau der Solarenergie und sprach sich für schnellere Genehmigungsverfahren aus. Eine Herausforderung sah die Partei in der Akzeptanz der Bürger, etwa dadurch, weil diese davon auch wirtschaftlich profitieren. Das im Koalitionsvertrag festgehaltene Vorhaben Solarleitfaden werde man umsetzen.

*Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/*

*DIE GRÜNEN – Drucksache 8/413*

*Beschluss: abgelehnt*



*Christian Winter (SPD) zum Vorsitzenden der Enquete-Kommission „Jung sein in MV“ gewählt.*

*Foto: Susie Knoll*

## Neuer Vorsitzender der Enquete-Kommission „Jung sein in MV“

■ Die SPD-Fraktion schlug Christian Winter zum Vorsitzenden der Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ gemäß Paragraph 5 Absatz 1 des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Enquete-Kommissi-

onen vor. Bei der geheimen Wahl stimmten 42 Abgeordnete für den Kandidaten der Regierungskoalition, 19 dagegen und 5 enthielten sich der Stimme. Der Kandidat nahm die Wahl an. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) mit 43 Ja-Stimmen, 16 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen gewählt. Der Kandidat von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nahm die Wahl an.

## Keine Entlastung beim Spritpreis

■ Der Anstieg der Preise für Benzin-, Gas- und Dieselmotorkraftstoff belastet weite Teile der Bevölkerung. Insbesondere jene, die aus beruflichen Gründen auf ein Kraftfahrzeug angewiesen sind. Die AfD forderte deshalb vorerst für ein halbes Jahr für Benzin-, Diesel- und Heizkraftstoffe eine Absenkung der Mehrwertsteuer auf den reduzierten Satz von derzeit 7 Prozent. Zudem sollte das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) außer Kraft gesetzt und somit die CO<sub>2</sub>-Abgabe abgeschafft werden. Die für 2024 geplante Erhöhung der Pendlerpauschale auf 38 Cent für jeden Entfernungskilometer möchte die AfD auf 2022 vorziehen. Der Antrag fand bei den anderen Fraktionen keine Zustimmung.

Für den starken Anstieg in den letzten Monaten sind neben den Weltmarktpreisen für Rohöl auch Abgaben und Steuern verantwortlich. Unternehmen, aber auch tausende Arbeitnehmer, die über lange Strecken zu ihren Arbeitsplätzen pendeln müssen, erreichen die Grenzen ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Zum Antrag äußerte der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion, dass eine Absenkung des Mehrwertsteuersatzes aufgrund der Beschränkungen in der Mehrwertsteuersystemrichtlinie rein rechtlich nicht möglich sei. Die SPD schätzte den Antrag als veraltet und überholt ein.

*Beratung des Antrages*

*der Fraktion der AfD –*

*Drucksache 8/398*

*Beschluss: Ablehnung des Antrages*

## Ein zusätzlicher Feiertag in MV

■ Die Fraktionen SPD und DIE LINKE hatten sich in ihren Koalitionsverhandlungen vorgenommen, den 8. März, den Internationalen Frauentag, zu einem gesetzlichen Feiertag zu erklären. Mit der Zustimmung zum vorliegenden Gesetzesentwurf wurde nun die noch ausstehende Anpassung des Feiertagsgesetzes vollzogen.

Die Koalitionsparteien nannten die Einführung des Internationalen Frauentags ein Zeichen für die Gleichberechtigung der Geschlechter. In den Reden der Fraktionen wurde mehrfach auf die besonderen Leistungen der Frauen in der Gesellschaft hingewiesen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen des zusätzlichen Feiertages seien noch nicht exakt zu beziffern. Die Regierungskoalition geht davon aus, dass sich die negativen und positiven Folgen zumindest teilweise ausgleichen. So sei mit einer Absenkung des Arbeitsvolumens, einem Produktionsrückgang sowie mit Einnahmefällen im Dienstleistungsgewerbe zu rechnen. Andere Bereiche, etwa Gastronomie und Tourismus, werden profitieren. Auf kommunaler und Landesebene wird mit kaum wahrnehmbaren Effekten gerechnet.

In der Begründung führten SPD und DIE LINKE an, dass weltweit bereits 26 Staaten den seit mehr als 100 Jahre begangenen 8. März zum gesetzlichen Feiertag erklärt haben. In Deutschland legte Berlin durch eine Änderung des Sonn- und Feiertagsgesetzes am 24. Februar 2019 als erstes Bundesland den 8. März als gesetzlichen Feiertag fest. Die CDU-Fraktion forderte angesichts der aktuell steigenden Rohstoff- und Energiepreise eine Verschiebung des zusätzlichen Feiertags auf das Jahr 2025. Die LINKE sagte dazu, man dürfe den Energiepreis nicht gegen die Rechte der Frauen ausspielen. Außerdem hätte MV weniger Feiertage als andere Bundesländer. Die FDP verlangte ernsthafte Maßnahmen, die Frauen eine bessere Teilhabe sowie finanzielle Unabhängigkeit ermöglichen, etwa durch besseren Zugang zu Führungspositionen oder bessere Angebote in den Kindererziehungszeiten. Ein zusätzlicher Feiertag helfe da nicht,

schade aber der Wirtschaft. FDP und die AfD lehnten den Gesetzesentwurf ab.

*Gesetzesentwurf der Fraktionen  
DIE LINKE und SPD - Drucksache 8/404  
Beschluss: Zustimmung zum Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Feiertagsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern*

## Schnellere Eilverkündung von Rechtsverordnungen

■ Rechtsverordnungen zur Eindämmung akuter Gefahrenlagen können nur in Kraft treten, wenn sie schnell verkündet werden. In der COVID-19-Pandemie zeigte sich, dass das Landesrecht in dieser Hinsicht der Krisenlage nicht immer gerecht wurde. In einer kaum 30-minütigen ersten Lesung wurde der Entwurf von DIE LINKE und SPD zum Gesetz über die Eilverkündung von Rechtsverordnungen in Gefahrenlagen und die Aufhebung erledigter Rechtsverordnungen einstimmig in den Justizausschuss überwiesen.

Bei akuten Gefahrenlagen, wie etwa in der Hochphase der Pandemie kann im Einzelfall eine tagesaktuelle, das heißt bis 24:00 Uhr vollständig erfolgte, rechtswirksame Verkündung notwendig sein. Nach Meinung der antragstellenden Partei DIE LINKE könne davon das Leben vieler Menschen abhängen. Der Herstellungsprozess mit dem Druck des Gesetz- und Verordnungsblattes verlangsamt das Inkrafttreten von Rechtsverordnungen. Eine elektronische Eilverkündung über die Internetseiten der

Landesregierung ist in MV noch nicht möglich. Mit dem vorliegenden Entwurf soll schnellstmöglich ein durchgängig medienbruchfreier, digitaler Krisenreaktionsmechanismus installiert werden.

Der Bund und eine Vielzahl anderer Länder verfügen bereits über elektronische Eilverkündungsformen für Rechtsverordnungen. Die CDU kritisierte, dass Bürger die Eilverordnungen nach jetzigem Stand des Entwurfs auf vier unterschiedlichen Unterseiten suchen müssten und vielleicht nicht finden könnten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN forderte eine Ausführungsbestimmung. Die FDP hätte sich eine ausführlichere Begründung des Entwurfs gewünscht. Die notwendige, langfristig archivsichere und fortlaufend redaktionell erschlossene amtliche Druckfassung des Gesetz- und Verordnungsblattes für Mecklenburg-Vorpommern wird im Nachgang zur rechtswirksamen elektronischen Verkündung durch das Justizministerium im geordneten Verfahren herausgegeben.

*Gesetzesentwurf der Fraktionen  
DIE LINKE und SPD - Drucksache 8/403  
Beschluss: Einstimmige Überweisung in den Justizausschuss*

## Landtag trauert



Am 13. März ist im Alter von 88 Jahren der ehemalige langjährige Abgeordnete des Landtages, Neithardt Völker, verstorben. Landtagspräsidentin Birgit Hesse würdigte Neithardt Völkers unermüdliches Engagement für die Rechte der Bürgerinnen und Bürger. Er war während der zweiten Wahlperiode Mitglied des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern.

Foto: Landtag MV

# Laufende Gesetzgebung

Stand: 14.03.2022

| Drs.-Nr. | Initiator      | Gesetz   | Federführender Ausschuss | Beratungsverlauf                                       |
|----------|----------------|--|--------------------------|--|
| 8/91     | AfD            | Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes bei der Grunderwerbsteuer  | -                        | 1. Lesung: 15.12.2021<br><br>Ablehnung der Überweisung |
| 8/97     | FDP            | Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Mecklenburg-Vorpommern (Landesverfassungsschutzgesetz - LVerfSchG M-V)        | -                        | 1. Lesung: 15.12.2021<br><br>Ablehnung der Überweisung |
| 8/98     | FDP            | Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern (Sicherheits- und Ordnungsgesetz - SOG M-V) | -                        | 1. Lesung: 15.12.2021<br><br>Ablehnung der Überweisung |
| 8/99     | FDP            | Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes  | -                        | 1. Lesung: 15.12.2021<br><br>Ablehnung der Überweisung |
| 8/239    | AfD            | Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern  | -                        | 1. Lesung: 26.01.2022<br><br>Ablehnung der Überweisung |
| 8/403    | DIE LINKE, SPD | Entwurf eines Gesetzes über die Eilverkündung von Rechtsverordnungen in Gefahrenlagen und die Aufhebung erledigter Rechtsverordnungen                              | Rechtsausschuss          | 1. Lesung: 09.03.2022<br><br>in Beratung               |
| 8/404    | DIE LINKE, SPD | Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Feiertagsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern   | Innenausschuss           | 1. Lesung: 09.03.2022<br><br>in Beratung               |
| 8/410    | FDP            | Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Ladenöffnungszeiten für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Ladenöffnungsgesetz – LöffG M-V)                | -                        | 1. Lesung: 09.03.2022<br><br>Ablehnung der Überweisung |

# Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 9. März 2022 entschieden | Stand: 14.03.2022

| Drs.-Nr. | Gesetz  | Initiator | Abstimmung im Plenum                           | Beschluss |
|----------|---|-----------|--|-----------|
| 8/236    | Entwurf eines Gesetzes über eine einmalige Sonderzahlung aus Anlass der COVID-19-Pandemie in Mecklenburg-Vorpommern | LReg.     | 1. Lesung: 26.01.2022<br>2. Lesung: 09.03.2022 | Annahme   |

## 42. Plenartagung

Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates ohne Beteiligung der Russischen Föderation

■ Die hybrid ausgerichtete 42. Tagung des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates (KGRE), auf der der Landtagsabgeordnete Tilo Gundlack MV online vertrat, fand vom 22. bis 24. März 2022 in Straßburg statt. Auf der Tagesordnung standen die Lage in der Ukraine, die Einbeziehung von Kindern in die nachhaltige Entwicklung ihrer Städte, Jugend im ländlichen Raum, Fake News und Gewalt gegen Bürgermeister, die Monitoring-Missionen in der Türkei, Großbritannien, Luxemburg und in Deutschland zur Umsetzung der Charta der lokalen Selbstverwaltung sowie Wahlbeobachtungen in Dänemark und Marokko. Außerdem wurden die Bedingungen für unabhängige Kandidaten und für die Opposition bei Kommunal- und Regionalwahlen thematisiert.

### Ausschluss Russlands aus dem Europarat

Erstmals seit 26 Jahren fand eine Sitzung des Kongresses der Gemeinden und Regionen beim Europarat ohne Beteiligung der Russischen Föderation statt. Seit dem 16. März 2022 ist sie kein Mitglied im Europarat mehr. Bereits am 25. Februar 2022 wurde die Mitgliedschaft Russlands suspendiert als Reaktion auf den schweren Verstoß gegen Satzung und Grundwerte der internationalen Organisation, den der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine darstellt.

Tiny Knox, Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, bezeichnete die Entscheidung über den Ausschluss als „höchst traurig“ und „im Europarat nie dagewesen“. Er bedauerte, dass die russischen Bürger dadurch die Unterstützung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) und der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) verlieren.

In der Debatte über die Lage in der Ukraine gaben der ukrainische Minister für die Entwicklung von Gemeinden und Gebieten, Oleksij Tschernyschow, der Bürgermeister von Kiew, Vitali Klitschko, und der Bürgermeister von Mykolaiv, Oleksandr Senkevych, den KGRE-Mitgliedern einen Situationsbericht. Der Kongress gedachte der tausenden Kriegsoffer in der Ukraine und verabschiedete eine institutionelle Erklärung, in der er die Russische Föderation auffordert, ihren Krieg in der Ukraine sofort bedingungslos einzustellen, das internationale/humanitäre Völkerrecht zu achten und humanitäre Korridore für die sichere Evakuierung der Zivilbevölkerung bereitzustellen.

Der KGRE hat außerdem kurzfristig die Plattform „Cities4Cities“ geschaffen, auf der europäische Städte ukrainischen Städten Unterstützung gewähren können.

### Einbeziehung von Kindern

In seiner Entschliebung zur Einbeziehung von Kindern in die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) in Städten forderte der Kongress die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften auf, die Broschüre „Wie du deine Stadt zu einem besseren Ort machen kannst“ und die dazugehörigen Leitlinien zu nutzen, um ihre Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) zu stärken. Er rief die nationalen Verbände der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften ferner dazu auf, die Broschüre und die Leitlinien zu übersetzen, zu verbreiten und über Netzwerke weithin bekannt zu machen. Die Broschüre soll Kindern die SDGs nahebringen und sie ermutigen, sich aktiv an der Umsetzung der SDGs in ihrer Stadt zu beteiligen. Sie enthält Leitlinien für lokale und regio-



Screenshot: Landtag MV

Tilo Gundlack, MdL (rechts oben) mit dem Vorsitzenden der Lokalen Kammer des KGRE, Bernd Vöhringer (l.) und dem Bürgermeister von Kiew (r.), Vitali Klitschko

nale Behörden, wie sie mit Kindern arbeiten und die Broschüre nutzen können, um die Beteiligung von Kindern an ihrer Nachhaltigkeitspolitik zu fördern.

### Jugend im ländlichen Raum stärken

Eine weitere Entschliebung und Empfehlungen nahmen die KGRE-Mitglieder zum Thema Jugend in ländlichen Gebieten an und forderten, neben dem Zugang zu Bildung, Beschäftigung, bezahlbarem Wohnraum, öffentlichen Diensten und Teilhabe am öffentlichen Leben eine bestmögliche Vertretung Jugendlicher aus Minderheiten, Migrantengemeinschaften und anderweitig des Schutzes bedürftiger Jugendlicher, die Teil der ländlichen Jugend sind. Hierunter fallen auch „queere“ junge Menschen, die sich in ländlichen Lebensbezügen stärker der Diskriminierung oder männlichen/weiblichen Stereotypen ausgesetzt sehen als Menschen aus Städten.

Zudem hielt der Präsident der Konferenz der regionalen gesetzgebenden Versammlungen Europas (CALRE) und Präsident des wallonischen Parlaments in Belgien, Jean-Claude Marcourt mit den Mitgliedern der Regionalen Kammer des KGRE einen Meinungs austausch ab und bedauerte die Festnahme russischer Anti-Kriegsdemonstranten in der Russischen Föderation.



Foto: Landtag MV

(v.l.n.r.) Rebecca Knopf-Micheletti (Landeskoordinatorin von „Jugend debattiert“), Yannic Wöldecke, Miguel Julian Leetz, Hannah Blaschke, Luna-Alessandra Schmidt, Peer Holbe, Konstantin Oskar Günther, Daniel Drüsedau, Goran Bartha und Ansgar Kemmann (Leiter von „Jugend debattiert“)

## Jugend debattiert 2022

Landesfinale im Plenarsaal des Schweriner Schlosses

■ Am 29. März 2022 fand das Landesfinale Jugend debattiert Mecklenburg-Vorpommern im Plenarsaal des Landtages statt. Acht Finalistinnen und Finalisten aus ganz Mecklenburg-Vorpommern, die sich in den letzten Wochen bei den Regionalentscheiden in zwei Altersstufen für das Landesfinale qualifiziert haben, debattierten die Themen „Sollen Inhalte populärer Serien Gegenstand des Schulunterrichts sein?“ und „Soll die Schule zu einem akzeptierenden Blick auf den eigenen Körper erziehen?“. Für die Teilnehmenden ging es um den Einzug ins Bundesfinale, das am 18. Juni 2022 in Berlin stattfindet.

Landtagspräsidentin Birgit Hesse begrüßte die Finalistinnen und Finalisten: „Ich finde es ganz hervorragend, dass wir diesen Wettbewerb schon seit so vielen Jahren hier im Land haben, denn er führt jüngere Menschen an Demokratie heran und an Debattenkultur.“ Sie freute sich jedes Mal über die lebendigen Debatten, die hier stattfin-

den, und bedankte sich besonders bei den Lehrerinnen und Lehrern die den Wettbewerb Jugend debattiert in den Schulen so engagiert vorbereiten. Neben Schülerinnen und Schülern aus den Schulen der teilnehmenden Finalistinnen und Finalisten sowie einzelnen Lehrkräften, waren auch Abgeordnete des Parlaments anwesend, die beim Saalgespräch ihre Begeisterung für die Debatten und deren Niveau zum Ausdruck brachten.

Zu Gast waren auch Dr. Uwe Viole, Abteilungsleiter im Ministerium für Bildung und Kindertagesförderung M-V sowie Direktor des IQ M-V, Ansgar Kemmann, Leiter von „Jugend debattiert“ bei der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung und Jochen Schmidt, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern. Herr Kemmann und Herr Schmidt bildeten zusammen mit sechs ehemaligen Finalistinnen und Finalisten die Jury, die die acht Debattierenden nach genau festgelegten Regeln bewertete.

Die neue Landeskoordinatorin von „Jugend debattiert“ in Mecklenburg-Vorpommern, Rebecca Knopf-Micheletti, äußerte sich zu den Schwierigkeiten, den Wettbewerb im Land trotz aller aktuellen Widrigkeiten erfolgreich durchzuführen: „Jugend debattiert“ lebe davon, dass sich sehr viele Menschen engagieren, um das Projekt an den einzelnen Schulen durchzuführen und so zu dessen Gelingen beizutragen. Ge-

rade in der Pandemiesituation wäre es besonders herausfordernd gewesen, stets den Mut und den Optimismus zu behalten. Sie sei froh, hier stets vielfältige Unterstützung bei der Umsetzung des Wettbewerbs erfahren zu haben und dankte allen Beteiligten.

Am Ende der spannenden Debatten standen folgende Platzierungen fest:

Altersgruppe I

**„Sollen Inhalte populärer Serien Gegenstand des Schulunterrichts sein?“**

1. Peer Holbe, Gerhard-Hauptmann-Gymnasium, Wismar
2. Konstantin Oskar Günther, Gerhard-Hauptmann-Gymnasium, Wismar
3. Goran Bartha, Richard-Wossidlo-Gymnasium, Waren an der Müritz
4. Daniel Drüsedau, Eldenburg-Gymnasium, Lübz

Altersgruppe II

**„Soll die Schule zu einem akzeptierenden Blick auf den eigenen Körper erziehen?“**

1. Hannah Blaschke, CJD Christophoruschule, Rostock
2. Luna-Alessandra Schmidt, Albert-Einstein-Gymnasium, Neubrandenburg
3. Yannic Wöldecke, Albert-Einstein-Gymnasium, Neubrandenburg
4. Miguel Julian Leetz, Richard-Wossidlo-Gymnasium, Waren an der Müritz

Peer Holbe und Konstantin Oskar Günther vom Gerhard-Hauptmann-Gymnasium in Wismar sowie Hannah Blaschke

von der CJD Christophorusschule aus Rostock und Luna-Alessandra Schmidt vom Albert-Einstein-Gymnasium aus Neubrandenburg werden nun Mecklenburg-Vorpommern in Berlin beim großen Bundesfinale vertreten.

## REISE NACH NEW YORK

Landtagspräsidentin Birgit Hesse reiste in die USA

■ In ihrer Doppelfunktion als Parlamentspräsidentin und Präsidentin des Tourismusverbandes Mecklenburg-Vorpommern e.V. (TMV) hat Landtagspräsidentin Birgit Hesse vom 20. März bis zum 24. März 2022 verschiedene Termine in New York (USA) wahrgenommen. Anlass für die Dienstreise war eine gemeinsame Pressekonferenz des Landestourismusverbandes und der Usedomer Musikfestspiele mit dem New York Philharmonic Orchestra zu den geplanten Konzerten des Orchesters bei den Usedomer Musikfestspielen im Mai dieses Jahres. Nachdem das vom TMV getragene Projekt im Dezember 2021 in Schwerin gemeinsam mit dem US-Generalkonsul Darion Akins vorgestellt wurde, ist dies nun in New York erfolgt. Mit dabei waren TMV-Geschäftsführer Tobias Weitendorf und der Intendant der Usedomer Musikfestspiele, Thomas Hummel.

„Ich freue mich sehr, dass es gelungen ist, die Konzerte des New York Philharmonic Orchestra in Peenemünde möglich zu machen. Die Chance zu nutzen, nun in den USA auf die Konzertreise hinzuweisen und so Aufmerksamkeit auf Mecklenburg-Vorpommern zu lenken, ist richtig und auch wichtig in Hinblick auf den internationalen Tourismus, bei dem wir in Mecklenburg-Vorpommern zulegen wollen.“, so die Landtagspräsidentin.



Fotos: Landtag MV

Thomas Hummel (Intendant der Usedomer Musikfestspiele), Birgit Hesse (Landtagspräsidentin MV) und Tobias Weitendorf (Geschäftsführer Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.)



Landtagspräsidentin Birgit Hesse besichtigte in New York ein Polizeirevier.

Den Aufenthalt in New York nutzte Landtagspräsidentin Birgit Hesse zudem für weitere Termine mit Bezug zu ihrer politischen Arbeit. Über das Auswärtige Amt wurde hierfür durch das Protokoll des Landtages in Zusammenarbeit mit dem deutschen Generalkonsulat in New York ein Programm ausgearbeitet.

Im Deutschen Haus traf die Präsidentin unter anderem den deutschen Generalkonsul David Gill. Im Anschluss fand ein Gespräch mit Frau Anna Oberle-Brill vom Deutschen Akademischen Auslandsdienst e.V. (DAAD) und German Academic International Network (GAIN) statt. Am Abend traf die Präsidentin Herrn Dietmar Rieg, Präsident der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer New York (GACC).

Im Rahmen ihrer New-York-Reise besuchte Birgit Hesse zudem ein NYPD-Polizeirevier einschließlich Führung und Gespräch mit einem Vertreter des NYPD Intelligence Bureau. Im Anschluss traf die Präsidentin Herrn Lee Laurendeau, CEO EEW American Offshore Structures. Das weltweit agierende Unternehmen stellt Fundamente für die Offshore Windindustrie her und hat unter anderem einen Standort in Rostock. An den Termin schloss sich der Besuch des Leo Baeck Instituts (unabhängige Forschungs- und Dokumentationseinrichtung für die Geschichte und Kultur des deutschsprachigen Judentums) an. Dort traf die Landtagspräsidentin den Direktor des Instituts, Herrn William Weitzer.

### Landtagsdirektor:innenkonferenz

Am 28. und 29. März nahm Landtagsdirektor Armin Tebben (3. v.l.) an der Landtagsdirektor:innenkonferenz in Bremerhaven teil. Die Konferenz der Direktorinnen und Direktoren der deutschen Landesparlamente, des Deutschen Bundestages und des Bundesrates (Kurzform: Landtagsdirektor:innenkonferenz, Abk. LDK) ist ein regelmäßig und kontinuierlich zusammentretendes Konferenzgremium zum Erfahrungsaustausch und zur Koordinierung von rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen der deutschen Landesparlamente. Der Direktor eines Parlamentes leitet die gesamte Parlamentsverwaltung und trägt für sie dem Präsidenten gegenüber die Verantwortung. Im parlamentarischen Bereich ist der Direktor Berater des Präsidenten, der Präsidentin. Im Rahmen der zweimal jährlich stattfindenden Tagungen werden insbesondere Fragen zu Stellung und Aufgaben der Landesparlamente, des Föderalismus und des Parlaments- und des Abgeordnetenrechts erörtert. Dabei dient die Frühjahrskonferenz wesentlich der Vorbereitung der einmal jährlich tagenden Landtagspräsidentenkonferenz (LPK).



Foto Credits: Vankann/fotoetage

### Tag der offenen Tür

Am 19. Juni 2022 ist es wieder so weit: das Schweriner Schloss öffnet seine Türen. Seien sie dabei, beim „Tag des offenen Landtages“ und erleben sie den Plenarsaal, das Büro der Landtagspräsidentin und weitere besondere Räume des Schweriner Schlosses. Treffen sie die Abgeordneten, lernen sie die Arbeit des Landesparlaments besser kennen und besuchen sie die Fraktionen und Ausschüsse. In einem bunten Programm erfahren sie mehr über den Bürgerbeauftragten und den Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit. Zudem haben sie Zutritt zur Schlosskirche und dem Schlossmuseum. Ein einmaliger Tag im Schweriner Schloss.



LANDTAG  
Mecklenburg-Vorpommern

Tag der offenen Tür  
im Landtag MV  
am 19. Juni 2022



Foto: Uwe Sinnecker